Niedergang einer Dynastie:
Die Skandale der Familie Bismarck S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 15 – 11. April 2015 Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Festhalten an verfehlter Flüchtlingspolitik: Sachsens Ministerpräsident Reiner Haseloff will keinen Schritt zurückweichen Bild: pa

Das Volk hat zu gehorchen

Asylpolitik: Regierende und Medien erhöhen massiv den Druck auf die Bürger

„Keinen Schritt zurück“: Nach dem Tröglitzer Brand wollen die Regierenden ihre Asylpolitik mit der Brechstange durchsetzen.

Die etablierte Politik und ihr nahestehende Medien nehmen den Brand eines geplanten Asylbewerberheims im Dorf Tröglitz bei Naumburg zum Anlass für eine breit angelegte Kampagne. Ängste der Bürger vor den Folgen der steil ansteigenden Zahl von Zuwanderern, die als Asylbewerber ins Land kommen, werden nicht etwa endlich ernstgenommen, im Gegenteil.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) fasst die Marschroute in eindeutige Worte: „Wir bleiben dabei: Es werden Flüchtlinge in Tröglitz leben. Wir weichen keinen Schritt zurück.“ Die Linkspartei-Politikerin Petra Pau fordert einen „Aufstand der Anständigen“, Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt will „mehr Unterstützung“ (sprich: noch mehr Geld) für Initiativen „gegen Rechts“.

Der „Aufstand der Anständigen“ war erstmals am 4. Oktober 2000 vom damaligen Bundeskanzler Schröder nach einem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge ausgerufen worden, um den „Rechtsextremismus“ zu bekämpfen. Die rot-grüne Bundesregierung legte daraufhin umfangreiche finanzielle Förderprogramme für den „Kampf gegen Rechts“ auf. Wie sich indes herausstellen sollte, hatten drei orientalische Muslime die Synagoge attackiert. Von den Steuergeld-Millionen für den „Kampf gegen Rechts“ profitieren seitdem auch linksextreme Zellen aus dem Umfeld der sogenannten „Antifa“.

Neuer »Aufstand der Anständigen« soll Kritiker einschüchtern

Mit dem „Kampf gegen Rechts“ ist es gelungen, weite Teile des Volkes in die Schmuddelecke zu drücken, Kritik zu kriminalisieren sowie Millionen Bürger zu verunsichern und einzuschüchtern. Darum scheint es auch jetzt wieder zu gehen. Schon versuchen als „Experten“ firmierende Propagandisten, die Bürgerbewegungen der Pegida für den Tröglitzer Vorfall verantwortlich zu machen und auf diese Weise zu diffamieren.

Haseloffs herrischer Kommentar lässt jedenfalls nicht darauf schließen, dass die etablierte Macht bereit wäre, ihre Politik mit den Bürgern zu diskutieren und sie der Kritik des demokratischen Souveräns, des Volkes also, auszusetzen, stattdessen: „ ... keinen Schritt zurück“. Eher hat es den Eindruck, als komme den Mächtigen die Eskalation, die die Folge ihrer desaströsen Zuwanderungspolitik ist, ganz gelegen. Bietet sie doch die Möglichkeit, umso verbissener jedwede politische Abweichung im Volk niederzuschimpfen.

Die Frage bleibt, ob sich der „Erfolg“ des Jahres 2000 noch einmal wiederholen lässt. Die Pegida-Bürgerbewegung ist nicht totzukriegen. Mit der Nominierung der Reizfigur Tatjana Festerling zu ihrer Oberbürgermeister-Kandidatin hat die Dresdener Pegida vielmehr signalisiert, dass der massive politisch-mediale Druck eher Trotz als Zurückweichen provoziert. Das könnte für die politische Elite noch ungemütlich werden.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Feiglinge

Mit dem Begriff Völkermord sind Politiker schnell bei der Hand. So war es 1994, als die Hutu in Ruanda massenweise Tutsi umbrachten, so war es, als sie uns 1998 eine deutsche Beteiligung an der militärischen Intervention im Kosovo-Konflikt schmackhaft machen wollten, so ist es heute, wenn sie ihr Entsetzen über die widerwärtigen Gräuel der IS-Terroristen kundtun, und so ist es erst Recht, wenn vom Nationalsozialismus die Rede ist. Wenn es aber um die Ermordung von über einer Million Armeniern durch die Türken geht, wollen sie dieses Wort nicht in den Mund nehmen. Nach Überarbeitung durch die Fraktionsspitzen und das Auswärtige Amt ist es nämlich aus dem gemeinsamen Papier der Parteien für die Sitzung des Bundestages am 100. Jahrestag dieses Genozids verschwunden.

Der Grund ist allzu offensichtlich: Man will alles vermeiden, was von türkischer Seite als Affront verstanden werden könnte. Michael Roth (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, zeigt viel Verständnis für die Weigerung der Türken, ihre Verantwortung für den Völkermord an den Armeniern zuzugeben. Denn, so meint er, eine Erinnerungskultur könne nicht „von außen und oben verordnet“ werden. Da kann man sich als Deutscher nur wundern. Schließlich wird uns – gerade auch von der Politik – permanent eingehämmert, dass Auschwitz nicht nur ein unauslöschlicher Teil unserer Erinnerungskultur, sondern sogar unserer nationalen Identität sei.

Die Politiker agieren in dieser Sache nicht nur feige, sondern eben auch inkonsequent. Halt – nicht alle. Es gibt einige Couragierte, die dieses Spiel nicht mitmachen wollen. Hoffentlich können sie sich noch gegen die Feiglinge durchsetzen.

Pressefreiheit bedroht

EU-Parlament debattiert Richtlinie gegen Enthüller

Eine derzeit im Europäischen Parlament debattierte neue EU-Richtlinie zum Schutz von Unternehmensgeheimnissen droht die Arbeit von investigativen Journalisten und Betriebsräten massiv zu erschweren. Einem Bericht des österreichischen Magazins „Profil“ zufolge sieht die intern „Secret Affairs“ getaufte Richtlinie, vor, dass künftig aus internen Firmendokumenten höchstens noch unter strengen Auflagen öffentlich zitiert werden darf. Für Journalisten würde die Neuregelung bedeuten, dass sie vor der Veröffentlichung von Unternehmensgeheimnissen prüfen müssten, ob dieses dem „allgemeinen Interesse“ dient. Kritiker befürchten, dass diese Pflicht faktisch einem Enthüllungsverbot gleichkommt. Der Begriff des „allgemeinen Interesses“ lässt sich nämlich sehr restriktiv auslegen.

»Allgemeines Interesse« vonnöten

Ein Blick auf einen aktuellen Fall, der derzeit Luxemburgs Justiz beschäftigt, macht deutlich, auf welch dünnem Eis sich Enthüller und Skandalaufdecker, sogenannte Whistleblower, schon heute bewegen, wenn sie auf der Grundlage von Unternehmenspapieren auf Missstände hinweisen. Im Großherzogtum sitzt derzeit ein Buchhalter auf der Anklagebank, weil ihn sein früherer Arbeitgeber Pricewaterhouse-Coopers wegen Diebstahls und Verrats von Unternehmensgeheimnissen angezeigt hat. Der 28-jährige Franzose hatte mit seinen Enthüllungen eine Debatte angestoßen über Steuerdumping innerhalb der EU im Allgemeinen und das Agieren Luxemburgs in Jean-Claude Junckers Amtszeit als Regierungschef und Finanzminister im Besonderen. Ob Veröffentlichungen zum sogenannten Lux-Leak im allgemeinen Interesse liegen, werden Steuerzahler und Medien wahrscheinlich anders beurteilen als die Regierung Luxemburgs und die von Juncker geführte EU-Kommission. *N.H.*

Terroristen milliardenschwer

Bundesregierung: IS macht gute Geschäfte mit Öl und Diebesgut

Die Bundesregierung schätzt den Kapitalstock der islamistischen Terrororganisation IS auf ein bis zwei Milliarden US-Dollar. Er kontrolliere, so die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion, in Syrien derzeit die Öl-Fördergebiete al-Furat (300 Millionen Barrel an nachgewiesenen Ölreserven) und Dayr az-Zawr (50 Millionen Barrel) sowie im Irak die Ölfelder Himrin und Safiyah mit jeweils unbekannten Reserven und Qayarah mit 800 Millionen Barrel Ölreserven. Allerdings erleide der IS durch den Rückgang der Preise am internationalen Ölmarkt erhebliche Einbußen im Ölgeschäft. Der größte Teil der Ölproduktion dürfte für die Versorgung der eigenen Truppen und Gebiete verbraucht werden und für den Export im Höchstfall eine Menge von 10 000 Barrel pro Tag zur Verfügung stehen. Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft schätzt die Bundesregierung daher auf höchstens 200 000 US-Dollar pro Tag.

Keine Abhängigkeit von Finanzströmen

Die Abhängigkeit des IS von ausländischen Finanzströmen sei dennoch grundsätzlich gering. So würden illegale Einkommensquellen dazu beitragen, die Verluste im Ölgeschäft auszugleichen. In dem vom IS kontrollierten Gebieten seien die staatlichen Steuern aufgehoben und die traditionelle islamische Almosensteuer („Zakat“) eingeführt worden. Einkommensabhängig werden von den Bewohnern fünf bis 15 Prozent des jeweiligen Einkommens erhoben. Zudem werde eine sogenannte Steuer für nichtmuslimische „Schutzbefohlene“ verlangt, („Dschizya“). Daneben erhebe der IS diverse Gebühren und Abgaben, beispielsweise für Strom, Telefon, Wasser und Straßenbenutzung. Weitere Finanzquellen seien die Ausbeute aus der Plünderung der Nationalbank in Mossul, das Konfiszieren von Bankeinlagen sowie insbesondere Lösegelderpressung und der Verkauf geplünderter antiker Fundstücke. *J.H.*

MELDUNGEN

Soros lobt Merkel

Wien – Positiv über Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich der US-amerikanische Milliardär George Soros geäußert. „In der Ukraine-Frage hat Merkel agiert wie eine echte europäische Politikerin, anstatt enge deutsche Interessen zu verfolgen“, so der umstrittene Investor in einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Standard“. Anerkennung zollte Soros ebenfalls dem Agieren Merkels in der Sanktionsfrage: „Ohne Merkel gäbe es keine Russland-Sanktionen.“ Den Gesamtbedarf für ein wirksames Entwicklungsprogramm für die Ukraine schätzt er auf 50 Milliarden Euro. Er selbst würde bei einem entsprechenden politischen Umfeld rund eine Milliarde Euro etwa in die Landwirtschaft oder die Infrastruktur investieren. Um die Attraktivität zu erhöhen, sei eine politische Risikoversicherung für Investoren nötig. „Die könnte etwa in Mezzanine-Finanzierung bestehen, zu EU-Zinssätzen, also sehr nahe an null“, so Soros in dem Interview wörtlich. *N.H.*

Assad zum Dialog bereit

Damaskus/Washington – Syriens Präsident Bashar al-Assad ist zu Gesprächen mit der US-Regierung bereit. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Souveränität seines Landes nicht infrage gestellt werde, sagte er in einem Interview mit dem US-Fernsehsender CBS. „Wir sind für jeden Dialog mit jedem offen, auch mit den USA, wenn er auf gegenseitigem Respekt basiert.“ Es habe allerdings bisher keinen direkten Kontakt zwischen den beiden Regierungen gegeben, fügte Assad hinzu. Washington hingegen setzt bei der Lösung des Syrien-Konflikts offensichtlich mehr auf Sanktionen und militärische Mittel als auf Worte, wie US-Außenminister John Kerry erneut klarstellte. In einem Fernsehinterview schloss er Verhandlungen mit Assad über eine einvernehmliche Beilegung des Konflikts aus und erklärte, der Druck auf den syrischen Machthaber müsse erhöht werden, um ihn zu Gesprächen über einen politischen Übergang in seinem Land zu zwingen. *U.M.*

Niedergang einer Dynastie

Bismarck ist in diesem Jahr in aller Munde, doch seine Familie macht nur noch durch Skandale von sich reden

Allerorten wird in diesem Jahr anlässlich seines 200. Geburtstages an Otto von Bismarck erinnert. Wenn jemand von sich behaupten kann, einen großen Namen zu tragen, dann sind es die Bismarcks. Doch was die Nachfahren des Altreichskanzlers angeht, hat der Name längst an Strahlkraft verloren. Es gibt viele Stimmen, die der Meinung sind, dass die fürstliche Familie sich ihres großen Erbes nicht mehr als würdig erweist.

Die große Berliner Bühne war der angemessene Rahmen für den Festakt anlässlich des Bismarck-Jubiläums am 1. April. Bundespräsident Joachim Gauck und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU), in dessen Bundesland Bismarcks Geburtsort Schönhausen liegt, sprachen Grußworte und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hielt die Festrede. Landauf, landab gibt es darüber hinaus das ganze Jahr Ausstellungen, Vorträge und Veranstaltungen zum Thema Bismarck. Sogar in der einstigen russischen Residenzstadt St. Petersburg wurde eine Bismarck-Büste enthüllt. Der Familie Bismarck selbst scheint hingegen nicht mehr daran gelegen zu sein, dass ihres Ahnherrn, dem sie gesellschaftliche Stellung und Wohlstand verdankt, gedacht wird.

Ein für jedermann sichtbares Symbol für diesen Verfall ist im doppelten Sinn die Bismarcksäule unweit von Friedrichsruh. Das denkmalgeschützte Bauwerk auf Bismarckschem Privatgrund, 19 Meter hoch, von der Deutschen Studentenschaft bezahlt und 1913 eingeweiht, befindet sich in einem desolaten Zustand. Auf dem Dach wachsen Bäume, aus den Fugen sprießt Gestrüpp, gelöste Mauerbrocken liegen herum, das verwahrloste Gelände ist wegen der Steinschlaggefahr mit Flatterband abgesperrt.

> Erbe verfällt im wahrsten Sinne des Wortes

Doch die Familie Bismarck denkt offenbar nicht daran, etwas an diesem Zustand zu ändern. Sogar das Angebot einer privaten Initiative um einen im Baugewerbe tätigen CDU-Kreistagsabgeordneten, das Monument mit ehrenamtlichen Helfern auf eigene Kosten zu sanieren, hat sie vor Jahren zurückgewiesen. Stattdessen verweist sie auf die Gemeinde Reinbek, auf deren Gebiet das Areal liegt. Die sieht aber nicht den Steuerzahler, sondern ausschließlich den Eigentümer in der Pflicht.

Schlimm steht es auch um das Mausoleum, in dem der Eiserne Kanzler und seine Gattin Johanna ruhen. Das Gebäude direkt neben dem Schloss ist schon seit Jahren sanierungsbedürftig. Vielen Besuchern fehlt jedes Verständnis dafür, dass die millionenschwere Familie Bismarck es überhaupt so weit hat kommen lassen. Die Eigentümer aber scheinen nicht einmal im Bismarck-Jubiläumsjahr etwas gegen den Verfall dieses historischen Ortes von nationaler Bedeutung tun zu wollen.

Irritierend ist auch der Umgang des Hauses Bismarck mit den Kreisen, die Bismarck in Ehren halten. So wurde Mitgliedern des lockeren „Freundeskreises Otto von Bismarck“, die jedes Jahr am 1. April aus dem ganzen Bundesgebiet in Friedrichsruh zusammenkamen, um des Begründers der nationalen deutschen Einheit zu gedenken, im vergangenen Jahr mitgeteilt, dass dies nicht mehr erwünscht sei. Obwohl sie nur Blumen an Bismarcks Sarkophag niederlegen wollten und sogar regulär Eintrittskarten erworben hatten, wurde ihnen der Zutritt zum Mausoleum verwehrt.

Brüskierend war auch die Reaktion auf den Wunsch einer Gruppe von ehemaligen und Reserveoffizieren aus Schleswig-Holstein, an Bismarcks Geburtstag in Zivilkleidung im Mausoleum einen Kranz niederzulegen. Eine entsprechende Anfrage an die Familie blieb zunächst ebenso unbeantwortet wie mehrere Nachfragen. Erst nach einem halben Jahr erteilte Gregor von Bismarck, der mittlerweile das Zepter in Friedrichsruh führt, die Genehmigung dazu. Allerdings knüpfte er das an die Bedingung, dass es keine Ansprache geben und dass nicht die Nationalhymne gesungen wird. Begründung für Letzteres: Kaiser Wilhelm II. habe Bismarck entlassen und darüber sei die Familie noch immer verärgert. Was die bundesdeutsche Nationalhymne mit diesem 125 Jahre zurückliegenden Vorgang zu tun hat, behielt der Graf für sich. Grundsätzlich wolle die Familie „das Nationale“ nicht mehr, stattdessen solle der Umgang mit ihrem Vorfahren „europäischer“ werden, ließ er außerdem wissen.

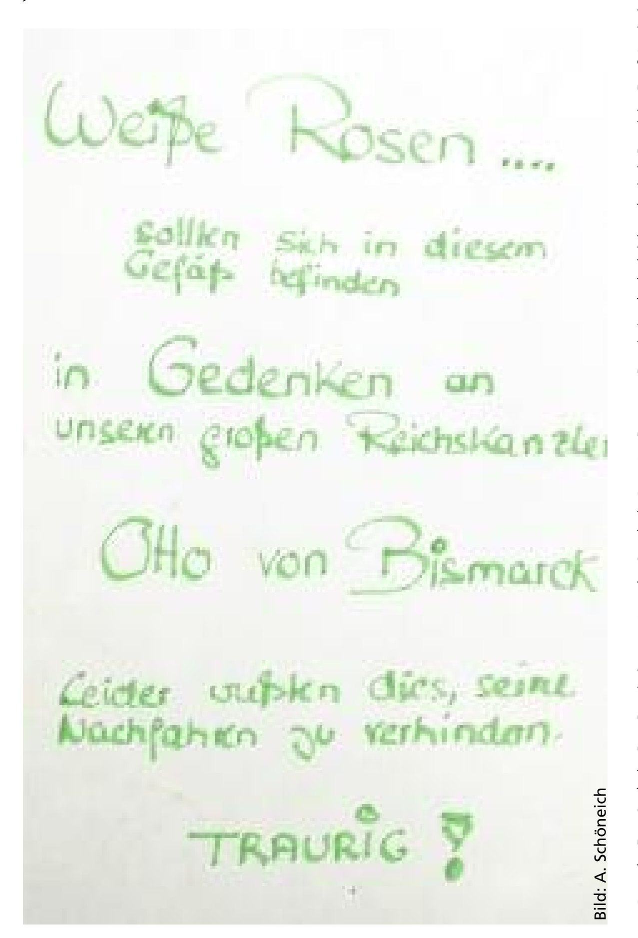


Bild: A. Schöneich

Stiller Protest: Zettel im Bismarck-Mausoleum

Überhaupt haben gleich mehrere Mitglieder der fürstlichen Familie in den vergangenen Jahren alles getan, um deren guten Ruf zu beschädigen. Unter denjenigen, die durch wenig standesgemäßes Verhalten auffielen, dürfte der exzentrische Gottfried von Bismarck das schillerndste Beispiel sein. Ausschweifende Partys, Drogenexzesse, Auftritte in extravaganter Kleidung und zwei Todesfälle in seinen Wohnungen in Oxford und London machten den homosexuellen, HIV-positiven Fürstensohn zu einem Dauerthema in der Regenbogenpresse. Im Juli 2007 wurde er selbst tot in seinem Penthouse aufgefunden. Während die Familie von einem tödlichen epileptischen Anfall sprach, ermittelten die Gerichtsmediziner eine Überdosis Kokain als Todesursache.

Auch der Erstgeborene und designierte Chef des Hauses, Carl-Eduard, brachte mit seiner von ihm selbst öffentlich eingestandenen Alkoholsucht, Verkehrsdelikten, hohen Schulden und drei krisenreiche Ehen den Namen der Familie immer wieder in Verruf. Bundesweit in die Schlagzeilen geriet er 2007 als „Deutschlands faulster Abgeordneter“ („Bild“), womit seine Bundestagskarriere nach nur gut zwei Jahren beendet war. Im Oktober 2010 musste übereinstimmenden Medienberichten zufolge die Polizei mit einem Großaufgebot im fürstlichen Schloss anrücken, weil er im Verlauf eines Familienstreits gegenüber seiner Mutter handgreiflich geworden sein und sie sogar mit einer Waffe bedroht haben soll. Den Streit darüber, wer eines Tages die Nachfolge des greisen Fürsten antreten soll, trugen Carl-Eduard auf der einen sowie sein jüngerer Bruder Gregor und ihre Mutter auf der anderen Seite zeitweilig sogar in den Medien aus – mit Vorwürfen, die teilweise weit unter der Gürtellinie lagen.

Und schließlich ließ im November 2011 eine illustre Bismarcksche Jagdgesellschaft, der auch einige jüngere Familienmitglieder angehörten, in einem Vier-Sterne-Hotel im Sachsenwald „die Sau raus“, wie die „Bergedorfer Zeitung“ titelte. Die Medien berichteten von verwüsteten Zimmern, aus den Angeln getretenen Türen, Brandflecken auf den Teppichen, offen herumliegender Munition, leeren Bierflachen, Essensresten und Zigarettenkippen auf den Fußböden der Zimmer und Flure neben Unterwäsche und dem, was zivilisierte Menschen gemeinhin nur auf der Toilette hinterlassen. Der Schaden soll bei über 100 000 Euro gelegen haben.

Zu dieser Zeit geriet auch das Familienoberhaupt selbst in ein schiefes Licht. Dabei ging es um Vorgänge im „Bismarckbund“, dessen Schirmherr Ferdinand Fürst von Bismarck war. Zweck des eingetragenen Vereins war die „Wahrung deutschen Geschichtsbewusstseins“ und des Andenkens des Altreichskanzlers. Einige Mitglieder, unter ihnen der Schatzmeister, warfen dem Vorstand finanzielle Unregelmäßigkeiten und die Begünstigung eines Vereinsmitglieds durch Zahlung eines weit überzogenen Geschäftsführergehalts vor. Doch noch bevor die ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Existenz des Vereins gefährdenden Missstände bei der anstehenden Mitgliederversammlung behandelt werden konnten, schloss der Vorstand die kritischen Mitglieder einfach aus dem Verein aus. Das sei gleich in mehrfacher Hinsicht rechtswidrig gewesen, stellten die Gerichte daraufhin in mehreren Instanzen fest. Die Urteile liegen der *PAZ* vor.

Vereinsmitglieder, die in dieser prekären Situation auf den Schirmherrn setzten, wurden allerdings schwer enttäuscht. Wiederholt wiesen sie ihn auf die Schieflage des Bismarckbundes hin und baten dringend um seine Intervention. Doch der Fürst ließ alle Schreiben und Bitten um ein Gespräch unbeantwortet. Seine einzige Reaktion: ein schriftliches, „unwiderrufliches“ Hausverbot für die kritischen Mitglieder für das Schloss und das ansonsten öffentlich zugängliche Mausoleum. Erst, als der Verein am Ende war, meldete er sich gegenüber den Vereinsmitgliedern in einem Rundschreiben zu Wort. Darin erklärte er seinen Rücktritt als Schirmherr und stellte sich hinter den Vorstand. Die alleinige Schuld am Kollaps des Vereins wies er den kritischen Mitgliedern zu, da diese den Verein mit den Gerichtsverfahren in den Ruin getrieben hätten.

> Nationalhymne im Bismarck-Mausoleum nicht mehr erwünscht

Tatsächlich hat der Verein seine Prozessschulden bei den auf ganzer Linie erfolgreichen Klägern nie beglichen. Als er es hätte tun müssen, meldete der Vorstand kurzerhand Insolvenz an. Laut einer der *PAZ* vorliegenden Aufstellung des Insolvenzverwalters haben diese und weitere Gläubiger Forderungen in Höhe von insgesamt 93 000 Euro angemeldet. Bekommen werden sie davon vermutlich mangels Masse keinen Cent. Gegen den ehemaligen Vereinsvorsitzenden, der trotz des von ihm zu verantwortenden Desasters offensichtlich die uneingeschränkte Wertschätzung des Fürsten genießt, ist eine Klage beim Landgericht Lübeck anhängig.

Das Haus Bismarck befindet sich schon lange in einem „tiefen Fall“, wie die „Bild“ schreibt. Wenn es auch noch diejenigen zurückweist und verprellt, die ihm noch immer gewogen sind, dürfte sein Untergang nicht mehr aufzuhalten sein. Den hielt das „Hamburger Abendblatt“ schon Ende 2013 für gekommen. *Jan Heitmann*

Früher war man klüger

Vor 30 Jahren war die Ablehnung des muslimischen Kopftuches noch gesellschaftlicher und politischer Konsens

Als zu Beginn des Jahres 2010 der Feuilletonchef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Patrick Bahners, sein Anti-Sarrazin-Buch „Die Panikmacher – Die deutsche Angst vor dem Islam“ veröffentlichte, meldete sich im Nachrichtenmagazin „Spiegel“ auch die renommierte Schriftstellerin Monika Maron zu Wort, die darüber sinnierte, „warum die Grünen und die SPD, deren Mitglieder und Anhängerschaft des religiösen Fundamentalismus dieser und jener Art kaum verdächtig sind, kleinstadtartige Riesenmoscheen und die Kopftuchpflicht für kleine Mädchen zu Zeichen aufklärerischer Toleranz erheben; warum der sich als links verstehende Journalismus eine geschlossene Kampffront bildet für das Eindringen einer vormodernen Religion mit ihrem reaktionären Frauenbild, ihrer Intoleranz gegenüber anderen Religionen und einem archaischen Rechtssystem“. Und sie stellte schließlich die Frage, warum „die Wächter der richtigen Gesinnung nicht auf der Seite der Säkularen aller Konfessionen“ stünden, ja sie geradezu „islamische Rechte gegen europäische Werte und nicht umgekehrt“ verteidigten.

In diesem Zusammenhang dürfte es interessant sein, einmal drei Jahrzehnte zurückzuschauen, als in der deutschen Gesellschaft wie auch in der Parteienlandschaft noch weitgehend Konsens darüber herrschte, wo die Toleranzgrenze gegenüber muslimischen Einwanderern ende. So gab beispielsweise das Forum für Schule und Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg seit 1980 die wissenschaftliche Zeitschrift „Ausländerkinder“ heraus, in der alle Fragen rund um diese Thematik erörtert wurden.

Man darf wohl annehmen, dass es sich bei den von Anfang an dort wirkenden Wissenschaftlern nicht um Islam-Gegner handelte. Umso aufschlussreicher mutet deshalb ein Beitrag unter der Überschrift „Kampf den Kopftüchern“ an, der dort 1982 erschien und an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ. Verfasst wurde er von zwei Lehrerinnen aus Hamburg, einer deutschen und einer türkischen. Beide erklärten unisono, das Kopftuch stelle für sie „weniger einen Teil türkischen Brauchtums dar als vielmehr einen Ausdruck einer politischen Grundhaltung“. Und schon damals betonte die Redaktion, dass man die Namen der beiden Lehrerinnen nicht nennen könne, weil sie „Repressalien rechtsgerichteter türkischer Gruppen befürchten“ müssten.

> »Nicht Brauchtum, Ausdruck politischer Grundhaltuung«

In ihrem Aufsatz bemängelten die Autorinnen, dass die Kopftücher türkischer Schülerinnen von Lehrern oft „widerspruchslos ... akzeptiert, zumeist auch nicht kritisch angesprochen“ würden. Sinn der Ausführungen sei es daher, aufzuzeigen, „dass diese Haltung nicht unproblematisch ist und politische Gründe außer Acht lässt“. Dabei sei zunächst festzustellen, „dass die deutsche Schule in diesem Punkt der türkischen Tradition seltsamerweise verständnisvoller gegenübersteht als die Schule des Heimatlandes selbst: Seit der Gründung der türkischen Republik ist im Zuge der Gleichstellung der Frau und der Trennung von Religion und Staat das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Schulen der Türkei verboten.“

Leider beobachte man dort mittlerweile jedoch „ein Wiederaufblühen der Kopftuchtradition“, das „Hand in Hand mit dem Aufbau und dem Erstarken rechtsradikaler, faschistischer Gruppen“ verlaufe, die den „islamischen Traditionalismus“ nutzten, „um ihre faschistischen Ideologien und Aktivitäten zu verbreiten“. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Korankurse, die „unter dem Mantel der Religion reaktionäre bis faschistische Politik betreiben. Ein äußerer Teil dieser religiös-reaktionären Ausrichtung“ aber sei das Tragen von Kopftüchern. Leider sei dennoch von Seiten deutscher Behörden so gut wie nichts dagegen unternommen worden, und Toleranz alleine könne hier nicht als Begründung für die Untätigkeit akzeptiert werden. Es bleibe festzuhalten, „dass auch in der Bundesrepublik das Tragen eines Kopftuchs durch Türkinnen verstärkt auf eine Verbindung zu rechtsradikalen Gruppen schließen lässt, die auf diese Weise ihre ‚Zeichen‘ ungehindert verbreiten können. Solchen Zeichen muss grundsätzlich etwas entgegengestellt werden.“

Es darf nun darüber gerätselt werden, warum deutsche Linksintellektuelle die warnenden Hinweise von damals inzwischen aufgegeben haben und sich stattdessen islamistischen Positionen gegenüber nicht nur offen zeigen, sondern sie sogar noch fördern. Aber vielleicht manifestiert sich ja hier auch der Vorsatz der Alt-68er zur Umgestaltung Deutschlands in eine andere, eine „entdeutschte“ Republik. *Wolfgang Reith*

Ein weiterer toter NSU-Zeuge

Die junge Frau fühlte sich bedroht und wollte deshalb nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit aussagen

Nur kurze Zeit bevor, sich der dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeschriebene Heilbronner Polizistenmord vom 25. April 2007 zum achten Mal jährt, sorgt der plötzliche Tod einer 20-jährigen Zeugin für neue Spekulationen.

Noch vor Kurzem hatte diese Zeugin im Stuttgarter NSU-Untersuchungsausschuss ausgesagt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit, da sich die junge Frau bedroht fühlte. Nun ist sie tot. Zwar hat die Obduktion nach Angaben der Polizei keine Hinweise auf ein Fremdverschulden ergeben, dennoch besitzt der Todesfall der jungen Frau eine gewisse Brisanz. Schon ihr Ex-Freund Florian H. war im Jahr 2013 kurz vor einem Polizeiverhör in seinem Auto verbrannt. Der junge Mann hatte behauptet, er besitze Informationen zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter.

Dass mit jedem weiteren toten Zeugen die Gerüchteküche brodelt, kann eigentlich nicht verwundern. In Sachen NSU-Aufklärung herrscht mittlerweile ein weitverbreitetes Misstrauen. Gerade bei dem im April 2007 in Heilbronn verübten Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter und dem Mordversuch an ihrem Kollegen Martin Arnold ist auffallend schlecht ermittelt worden. Ob es sich nur um „schlampige Ermittlungen“, so die Wertung von Autor Stefan Aust, oder gar um „Sabotagen der Ermittler ab den ersten Tagen“, so einBlogger, der unter dem Pseudonym „Fatalist“ im Internet veröffentlicht, gehandelt hat, ist schwer zu beurteilen. Kaum noch zu klären ist etwa, warum die Staatsanwaltschaft auf die Auswertung des privaten E-Mail-Verkehrs der ermordeten Polizistin verzichtet hat.

Hingegen schwerlich in das Raster von „Pleiten, Pech und Pannen“ passt, was sich bei den Ermittlungen zu einem mutmaßlichen Fluchtfahrzeug abgespielt hat. Ein Zeuge hatte auf einen Audi 80 mit Mosbacher Kennzeichen hingewiesen. Obwohl bei der Aussage eine derartige Eingrenzung nicht gemacht worden war, wurde jahrelang nur nach einem Diesel-Fahrzeug gefahndet.

Aus der Kette der Taten, die dem NSU zugeschrieben werden, gibt der Heilbronner Polizistenmord auch ohne solche Ungereimtheiten immer noch die meisten Rätsel auf. Zwar wurden nach offizieller Darstellung die Tatwaffen und auch die Pistole der getöteten Polizistin Kiesewetter in den Hinterlassenschaften des NSU-Trios gefunden, ansonsten ist die Beweislage allerdings erstaunlich dürftig. So wurde auf beiden Heilbronner Tatwaffen statt Spurenmaterial von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt unbekannte DNA gefunden.



Bei Florian H. lautete die offizielle Todesursache nicht Lungenembolie wie jetzt bei seiner Ex-Freundin, sondern Selbstmord: Seine verkohlte Leiche wurde in seinem verbrannten Peugeot 306 gefunden Bild: pa

Wichtige Kernargumente, mit denen eine NSU-Täterschaft untermauert wurde, haben sich als nicht belastbar erwiesen. Nicht zutreffend ist etwa die Behauptung, dass am Tattag ein vom NSU-Trio genutztes Wohnmobil mit dem Kennzeichen C-PW 87 bei einer Ringfahndung erfasst worden sei. Professor Bernd von Heintschel-Heinegg, der im Auftrag des NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages tausende Akten zum Heilbronner Fall durchgesehen hat, fand in den Unterlagen zum Wohnmobil-Kennzeichen „keine Treffer“. Der Ausschuss ignorierte den Befund seines eigenen Gutachters, bei dem es nur ein „wurde erfasst“ Eingang in den Abschlussbericht fand.

> Auch ihr Ex-Freund Florian H. war Zeuge, und auch er ist tot

Fragen wirft auch eine Jogginghose auf, die nach dem Auffliegen des NSU-Trios im Jahr 2011 in der Zwickauer Frühlingsstraße gefunden worden sein soll. Auffällig ist, dass die Hose mit Spurenmaterial der Polizistin Kiesewetter nicht auf der 35 Seiten langen Liste von Asservaten auftaucht, die am 8. November 2011 ins Labor des sächsischen Landeskriminalamts zur Untersuchung gegeben wurde. Zudem hat die Jogginghose auch im Münchner NSU-Prozess bislang als Beweisstück keine relevante Rolle gespielt.

Schon länger aufgefallen war, dass der Heilbronner Polizistenmord nicht in das Schema der anderen mutmaßlichen NSU-Taten passt. Die Opfer waren keine Ausländer, sondern deutsche Polizisten. Auch die Tatwaffen wichen ab. Zudem ähnelt keines der nach Zeugenaussagen angefertigten Phantombilder einem Mitglied des NSU-Trios.

Nachdem im Zuge von „NSU-Leaks“ die Ermittlungsakten durch den Internet-Blogger „Fatalist“ und den Arbeitskreis NSU schrittweise ausgewertet und veröffentlicht wurden, haben sich noch ganz andere Fragen ergeben. So geht aus den Akten hervor, dass sich die ermittelnde Soko „Parkplatz“ im Laufe des Jahres 2011 mit der Frage beschäftigt hat, ob Polizisten beim Mord an Michèle Kiesewetter eine Rolle gespielt haben könnten. Nachdem erstaunlicherweise über Jahre DNA-Analysen der Opferbekleidung unterblieben waren, wurde im März 2011 an der Kleidung der beiden Opfer DNA-Material von vier Beamten der Böblinger Bereitschaftspolizei identifiziert, die offiziell am 25. April 2007 gar nicht im Dienst waren. Aufgetaucht sind zudem zwei Zeugenaussagen, die für die Anwesenheit eines weiteren Polizeifahrzeuges auf der Heilbronner Theresienwiese kurz vor dem Mord sprechen. Nach dem Auffliegen des NSU im November 2011 wurden diese Spuren allerdings nicht mehr weiter verfolgt.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Verwaltung statt Förderung

Nürnberg – Die Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit (BA) haben im vergangenen Jahr von den 3,1 Milliarden Euro, die für Wiedereingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose vorgesehen waren, 522 Millionen Euro zur Deckung ihrer Verwaltungskosten verwendet. Zur Begründung heißt es, Tariflohnerhöhungen sowie steigende IT- und Heizkosten hätten die Verwaltungskosten in die Höhe getrieben. Deshalb griffen die Jobcenter zunehmend auf den sogenannten Eingliederungstitel zurück. Diese Umschichtung ist laut BA erlaubt, weil Verwaltungs- und Eingliederungstitel „gegenseitig deckungsfähig“ seien. Das Geld fehlt nun bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen. *U.M.*

Gericht drückt sich um Urteil

Karlsruhe – In bayerischen Grundschulen muss per Gesetz „in jedem Klassenraum ein Kreuz“ hängen – nicht im Sinne eines christlichen Symbols, sondern als „Zeichen der kulturellen und geschichtlichen Prägung Bayerns“. Mit dieser listigen Begründung hebelte der Landtag eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1995 aus, das das „Lernen unter dem Kruzifix“ für nicht mit der Religionsfreiheit vereinbar hielt. Ein Lehrer an einer Kleinstadt-Grundschule in der Nähe von Augsburg wollte die Kruzifix-Pflicht nicht akzeptieren. Nachdem er auf dem Verwaltungsgerichtsweg eine Abfuhr erhalten hatte, legte er 2010 Verfassungsbeschwerde ein. Eingedenk der öffentlichen Schelte, die die Richter 1995 auf sich gezogen hatten, griffen sie nun ihrerseits zu einer List: Sie drückten sich um das mit Spannung erwartete Grundsatzurteil, indem sie die Klage einfach so lange unbearbeitet ließen, bis der Lehrer pensioniert war. Damit fehlt ihm nun das Rechtsschutzbedürfnis und die Sache hat sich erledigt. *J.H.*

Zahlreiche Hürden

Auch dem zweiten NPD-Verbotsverfahren droht ein Scheitern

Das Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist in eine entscheidende Phase geraten und könnte erneut in einem Fiasko für die Antragssteller enden. Die Bundesländer, die den Antrag gestellt hatten, müssen bis zum 15. Mai die Frage beantworten, wie viele der bezahlten Informanten auf welche Weise vom Verfassungsschutz abgeschaltet wurden. Außerdem muss der Bundesrat nachweisen, dass in dem Verbotsantrag keine Geheimdienstinformationen über die Prozessstrategie der Partei verwertet wurden. Mit diesem Beschluss haben die Richter des Bundesverfassungsgerichts die Debatte über Sinn und Zweck des zweiten Verbotsverfahrens abermals befeuert. Das erste Verfahren scheiterte im Jahr 2003, weil Spitzel des Verfassungsschutzes in der Parteispitze nicht offengelegt worden waren. Damals hatten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gemeinsam vor den Karlsruher Richtern gegen die Rechtspartei geklagt.

Der Grünen-Innenexperte Volker Beck äußerte sich nach dem Beschluss des Verfassungsgerichts denn auch skeptisch: „Ich bin froh, dass der Bundestag mehrheitlich der Versuchung widerstanden hat, sich an dem Verfahren zu beteiligen.“ Die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sah sich in ihren Bedenken gegen einen neuen Verbotsantrag bestätigt. „Hoffentlich haben die Innenminister der Länder bei ihrem Antrag die gebotene Sorgfalt walten lassen“, sagte die FDP-Politikerin der „Frankfurter Rundschau“ und fügte hinzu: „Sonst wäre das eine nicht zu überbietende Blamage.“

> Zweifel an einer akuten Bedrohung der Ordnung

Dass sich das neue Verfahren in die Länge zieht, beunruhigt viele Beobachter. Ursprünglich wollte das Gericht Anfang des Jahres in die mündliche Verhandlung einsteigen, nun scheint es erst im Herbst in die heiße Phase zu gehen. Die Innenminister der Länder sehen unterdessen keine Probleme im Umgang mit den V-Leuten. Die Verfassungsschutzbehörden hätten jene in den Führungsgremien vor dem aktuellen Verfahren abgeschaltet, sagte der rheinland-pfälzische Minister Roger Lewentz (SPD) als Vorsitzender der Innenminister-Konferenz. Und der CSU-Innenexperte Stephan Mayer sieht bei dem bisherigen Vorgehen der Länder ebenfalls keine Versäumnisse: „Man kann den Ländern beileibe nicht vorwerfen, dass sie ihrer Nachweispflicht nicht in ausreichendem Maße nachkommen“, erklärte er gegenüber der „Passauer Neuen Presse“. Leutheusser-Schnarrenberger wies auf die wohl größte Schwachstelle des Verfahrens hin, indem sie daran erinnerte, dass das Verfassungsgericht auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte berücksichtigen muss. Der habe für die Zulässigkeit eines Verbots auch den Nachweis verlangt, dass eine Partei in der Lage sei, die Verfassungsordnung eines Landes zu bedrohen.

Die NPD hat in den vergangenen fünf Jahren im Osten der Bundesrepublik Ergebnisse zwischen 2,2 und 6,0 Prozent erzielt und ist nur noch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern mit einer Fraktion vertreten. Im Westen ist die Partei traditionell noch schwächer. „Ich bezweifle doch sehr stark, dass man eine solche Partei als akute Bedrohung ansehen kann“, sagte Leutheusser-Schnarrenberger. *Peter Entinger*

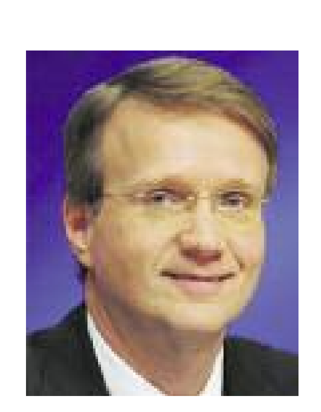
Zeitzeugen



Rüdiger Grube – Als der 63-jährige, früher unter anderem bei MBB und Daimler-Benz tätige Manager 2009 den Chefposten der Deutschen Bahn AG übernahm, wurden große Erwartungen an ihn geknüpft. Es gelang ihm auch, einige Fehlentwicklungen zu korrigieren, die unter seinem Vorgänger Hartmut Mehdorn um sich gegriffen hatten. So stoppte er den politisch motivierten Börsengang, dem alles andere untergeordnet worden war und den Kritiker für nahezu alle Pannen bei der Bahn verantwortlich machten. Grube gilt als „Mann der Praxis", was wohl auch auf seine Ausbildung zurückzuführen ist. Das zeigte sich vor wenigen Tagen, als Sturmlief Niklas zeitweise den Bahnverkehr in Deutzschland lahmlegte: Grubes Krisenmanagement funktionierte, nach zwei Tagen waren die meisten Schäden behoben.



Alexander Dobrindt – Der 44-jährige CSU-Politiker ist seit Dezember 2013 als Bundesverkehrsminister auch für die Belange der Bahn zuständig. Kritiker werfen ihm allerdings vor, er habe sich bislang fast nur um das Lieblingsprojekt seines Parteivorsitzenden Horst Seehofer gekümmert – die Pkw-Maut. Die ist nun erst einmal durch im Deutschen Bundestag. Der ehemalige CSU-Generalsekretär kommt damit in Zugzwang. Nun muss er sich verstärkt darum kümmern, für das Staatsunternehmen DB mit einem Grundkapital von 2,15 Milliarden Euro politisch die Weichen richtig zu stellen. Eine Weichenstellung, die längst vollzogen wurde, muss er nun umsetzen: Die Zahl der Beamten bei der Bahn wird stetig reduziert; spätestens 2041 soll es hier nur noch Angestellte und Arbeiter geben.



Ronald Pofalla – Der 55-jährige CDU-Politiker, Ex-Bundesminister und vormaliger CDU-Generalsekretär, arbeitet seit dem 1. Januar 2015 als „Generalbevollmächtigter für politische und internationale Beziehungen" der Deutschen Bahn in Berlin und soll spätestens 2017 in deren Konzernvorstand wechseln. Sein Wechsel von der Politik in die Wirtschaft wurde nicht nur von politischen Gegnern heftig kritisiert. Sein neuer Chef Rüdiger Grube aber setzt auf ihn. Denn angesichts der zunehmenden Vernetzung des europäischen Eisenbahnwesens benötigt er einen erfahrenen Politiker, der auch in Brüssel die Belange der Deutschen Bahn zu vertreten weiß.

Auf die schiefe Bahn geraten

Beim teilprivatisierten Staatskonzern DB läuft nicht alles »wie auf Schienen«

Ist es das legendäre „verflixte siebte Jahr"? Oder einfach nur „höhere Gewalt"? Oder doch die bittere Erkenntnis, besser als der Vorgänger, aber noch nicht gut genug zu sein?

In wenigen Wochen, am 1. Mai, beginnt für Rüdiger Grube das siebte Amtsjahr als Chef der Deutsche Bahn AG (DB). Und es beginnt mit einer eher durchwachsenen Bilanz.

In fast allen Sparten des Staatskonzerns wurden die Umsatz- und Gewinnprognosen verfehlt. Das Ziel, sich gegen die Konkurrenz der Straße zu behaupten, wurde – nach anfänglichen Erfolgen – weder im Personen- noch im Güterverkehr erreicht. Was freilich nicht allein dem Dienstherrn über 300 000 Eisenbahner anzulasten ist; die Defizite bei der Bahn haben viele und vielfältige Ursachen.

Anfangs erfüllte der erfahrene Manager durchaus die Erwartungen, die Politik und Öffentlichkeit an seine Berufung auf dem Chefsessel gestellt hatten. Grube zeigte sich als Mann der Tat, als Praktiker, der lieber anpackt (beziehungsweise der weiß, wann er wen an der richtigen Stelle anpacken lässt), als – wie sein Vorgänger – die Realität den politisch-ideologischen Vorgaben anzupassen. Totalprivatisierung und Gewinnmaximierung mit dem Endziel des Börsengangs – das war nicht Grubes Sache. Und das war gut so für die Bahn, vor allem für die Reisenden. Denn unter seinem Vorgänger Hartmut Mehdorn schienen Pünktlichkeit, Reisekomfort und letztlich auch die Sicherheit immer mehr an Stellenwert zu verlieren. Immerhin erwies der Ex-Chef seiner Bahn noch einen letzten Dienst, indem er ihr für viele Jahre die Konkurrenz eines zentralen Hauptstadtflughafens ersparte.

> Rüdiger Grubes bisherige Bilanz ist eher durchwachsen

Dafür nahte Konkurrenz aus einer völlig anderen Richtung. Als der Dritte Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig im Juni 2010 das Fernreiseprivileg der Deutschen Bahn quasi aufhob, stand die private Konkurrenz schon an der Haltestelle. Zumindest da, wo sie direkte Verbindungen anbieten kann, wartet sie mit unschlagbar niedrigen Preisen auf. In unserem Schnäppchenzeitalter, da es vielen offenbar nur noch darauf ankommt, „unterwegs" zu sein – egal wohin, Hauptsache billig –, ist der Preis ein gewichtiges, vermutlich gar ausschlaggebendes Argument.

Diesen Effekt hatte die Bahn anfangs nicht richtig eingeschätzt. Eher halbherzig versuchte sie, auf den neuen Fernbusstrecken mit eigenem Gefährt mitzufahren, und bekam nicht mit, dass sich schon die nächste Konkurrenz formierte: die Mitfahrzentrale Uber, die nicht durch Eisenbahner, sondern durch Taxiunternehmen und die Judikative in die Schranken verwiesen wurde.

Grube hingegen musste in den letzten zwei Jahren erleben, wie der bis dahin gewinnträchtige Personenfernverkehr in die roten Zahlen absackte. Allerdings zeichnet sich inzwischen eine Konsolidierung der Branche ab; Busreisen zu Dumpingpreisen wird es bald nicht mehr geben.

Der Bahnchef hat offenbar die Zeichen der Zeit erkannt. Er geht in die Offensive. Mit neuen Zügen sollen Nah- und Fernverkehr attraktiver werden. Sowie sie im Einsatz sind, sollen bundesweit die Fahrplantakte kundenfreundlicher gestaltet werden. Auf den Filetstücken – Berlin–Hamburg, Berlin–Ruhrgebiet und Berlin–München – sollen kürzere Fahrzeiten endlich die Konkurrenz des Kurzstreckenflugzeugs ausschalten. Dem Nahverkehr werden zusätzliche Haltepunkte und bessere Tarifverknüpfungen angeboten.

Ob Grubes Strategie aufgeht, hängt auch davon ab, wann die neuen ICx von Siemens und die Doppelstockzüge von Bombardier endlich rollen. Alle bisherigen Erfahrungen mit der Prüfpraxis des Eisenbahnbundesamts lassen hier nichts Gutes erwarten.

Hans-Jürgen Mahlitz



Ob Rüdiger Grubes Strategie aufgeht, hängt auch davon ab, wann er endlich rollt: Der neue ICx von Siemens

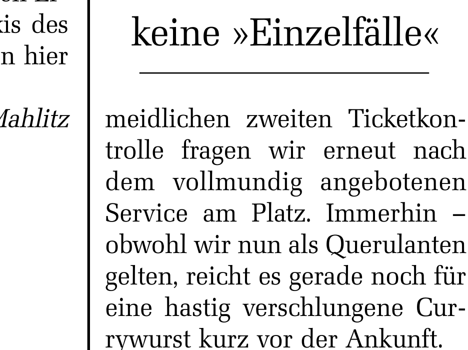
Bild: Getty

Ein Fremdwort namens Dienstleistung

Im Mittelpunkt stehe für ihn „der Kunde, der Kunde und nochmals der Kunde", verkündete Rüdiger Grube auf einem Neujahrsempfang. Doch scheinen die Worte des Bahn-Chefs erst mit großer Verspätung da anzukommen, wo der direkte Kontakt mit eben diesem Kunden stattfindet: beim Personal in den Zügen auf den Bahnhöfen.

Ende März, fast drei Monate nach besagtem Neujahrsempfang, sitzen wir im ICE von München nach Düsseldorf. Der Zug ist gut belegt, aber nicht überfüllt. Kurz vor Nürnberg stellt ein Bahnbediensteter in Aussicht, demnächst eine Essensbestellung aufzunehmen. Bis zum Personalwechsel in Frankfurt lässt er sich nicht mehr blicken. Bei der unvermeidlichen zweiten Ticketkontrolle fragen wir erneut nach dem vollmundig angebotenen Service am Platz. Immerhin – obwohl wir nun als Querulanten gelten, reicht es gerade noch für eine hastig verschlungene Currywurst kurz vor der Ankunft.

> Zu viele Fälle sind keine »Einzelfälle«



Ein Einzelfall? Als wir die Rückfahrt mit knurrendem Magen beenden, haben wir das Gefühl: Bei der Bahn gibt es entschieden zu viele „Einzelfälle".

Ein anderer „Einzelfall": Am Bahnhof Rosenheim ist seit Tagen ein Personenaufzug kaputt. Auf die Frage, wie lange das noch dauere, hören wir von einem Uniformierten in schnoddrigem Ton: „Weeß ich nicht, ich habe ihn nicht kaputt gemacht!" Nun, das hatten wir eigentlich auch nicht erwartet.

Übrigens: Gehbehinderte sowie Reisende mit Rollstuhl oder Kinderwagen sind zwingend auf diese Aufzüge angewiesen, anders sind die Bahnsteige für sie nicht zu erreichen. Oder gehören sie nicht zu Grubes „Kunden, Kunden und nochmals Kunden"?

H.J.M.

Deutsche Bahn in Zahlen

Auf den Schienen der »DB Netz« anderthalbmal rund um die Erde

Die Deutsche Bahn – beziehungsweise deren Tochter „DB Netz" – betreibt mit über 33 000 Kilometer das längste Streckennetz Europas. Die zusammengefasste Länge aller Gleise würde mit über 60 000 Kilometer sogar anderthalbmal um die Erde reichen.

In 3256 Stellwerken werden die insgesamt fast 70 000 Weichen und Kreuzungen überwacht und gesteuert. An fast 14 000 Bahnübergängen begegnet die Eisenbahn direkt dem Individualverkehr, in fast 700 Tunnels können Nostalgiker von uralter, dank moderner Beleuchtungstechnik längst überholter Romantik träumen. Ein- und aussteigen kann man an 5373 Bahnhöfen.

Pünktlich im Sinne der Bahn (maximal 5,59 Minuten Abweichung vom Fahrplan) verkehren 95,1 Prozent; weniger als 16 Minuten Verspätung haben sogar 99,1 Prozent. Andererseits verlängert sich die durchschnittliche Reisezeit durch zumeist altersbedingte Mängel am Netz um 2,4 Prozent. Die Gleise sind durchschnittlich 20 Jahre alt, die Weichen 17 Jahre – Erneuerungsbedarf also auch hier und nicht nur bei den insgesamt 25 000 Eisenbahnbrücken.

Mit imposanten Zahlen kann auch der Güterbereich der DB (DB Schenker Rail) aufwarten. Mit 1284 elektrischen und 1783 Diesellokomotiven bewegt sie 91 930 Güterwaggons. Die Ladekapazität übersteigt 5,5 Millionen Tonnen; täglich sind fast 5000 Güterzüge unterwegs.

> Die DB betreibt Europas längstes Streckennetz

Die DB Bahn Fernverkehr betreibt 253 ICE, ferner 266 Lokomotiven mit 1854 Reisezugwagen im IC- und EC-Verkehr. Das verteilt sich auf 1351 Zugebewegungen täglich. In der 1. Klasse finden 43 523 Fahrgäste einen Sitzplatz, in der 2. Klasse 161 001.

Im Regionalverkehr (DB Bahn Regio) sind 1039 überwiegend elektrische Lokomotiven und 4076 Reisezugwagen im Einsatz, ferner 3654 Triebzüge, davon allein 1587 S-Bahnen, sowie 9899 Triebwagen. Angeboten werden 917 094 Sitzplätze in der 2. und 73 418 Sitzplätze in der 1. Klasse. Regio bringt es auf 21 770 Bahnfahrten und fast 14 000 Busfahrten täglich. Hinzu kommen 120 000 Sitzplätze in Bussen und S-Bahnen der DB Arriva.

Insgesamt nutzen 2,25 Milliarden Reisende pro Jahr die Bahn. Allein die ICE-Züge legen fast 25 Milliarden Kilometer jährlich zurück. Die Fernverkehrszüge sind durchschnittlich zu 50 Prozent ausgelastet. Die Gesamtzahl der Personenkilometer ging 2014 mit 79,8 Milliarden um 0,7 Prozent zurück. Die Leistung im Güterverkehr sank mit 102,8 Milliarden Tonnenkilometer um 1,4 Prozent.

Zwar stieg der Umsatz um 1,5 Prozent auf 39,7 Milliarden Euro. Jedoch sank der operative Gewinn (nach Zinsen, vor Steuern) um 7,8 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro.

Mit 28 Prozent erlebte insbesondere der Schienengüterverkehr einen Gewinneinbruch; er machte 41 Millionen Euro Verlust. Lediglich der Personennahverkehr konnte mit 794 Millionen Euro ein Plus von acht Prozent erzielen.

H.J.M.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Ermittlern droht ein Fiasko

Maskenmann-Affäre: Sind Polizisten unter Druck gesetzt worden?



Könnte für die Ermittler noch peinlich werden: Prozesstag in Frankfurt an der Oder mit dem angeblichen „Maskenmann" Mario Kleinfeld

Bild: Ullstein

Als im September 2013 ein Einsatzkommando der Brandenburger Polizei den damals 46-jährigen Mario K. festnahm, schien einer der spektakulärsten Kriminalfälle der jüngsten Zeit gelöst zu sein. Aus Hass auf Reiche soll der sogenannte Maskenmann zwei Millionärsfamilien brutal überfallen, einen Wachmann niedergeschossen und einen Investmentbanker entführt haben.

Bereits im August 2011 war die Frau eines wohlhabenden Berliner Immobilienunternehmers vor der Villa der Familie in Bad Saarow (Oder-Spree) von einem mit einem Imkernetz maskierten Unbekannten niedergeknüppelt und schwer verletzt worden. Drei Hunde der Familie schlugen den Täter in die Flucht.

Im Oktober des Jahres dann der nächste Überfall. Ebenfalls ein maskierter Mann schießt vor dem Anwesen auf die 23-jährige Tochter des Unternehmers. Getroffen wird ein Wachmann, der schwer verletzt wird und querschnittsgelähmt bleibt. Im Oktober 2012 sorgt dann der Fall eines unter abenteuerlichen Umständen entführten 51-jährigen Berliner Investment-Bankers für Schlagzeilen.

Wiederum ein maskierter Mann soll in dessen Haus in Storkow (ebenfalls Oder-Spree) eingedrungen sein und den Manager über einen angrenzenden See zu einem Versteck auf einer Schilfinsel verschleppt haben, um eine Millionensumme zu erpressen. Das Opfer gibt an, dass es sich nach zwei Nächten unter freiem Himmel selbst von seinen Fesseln lösen und fliehen konnte. Da sich der Täter in allen Fällen stets auffällig maskiert hatte, war in den Medien schnell vom „Maskenmann" die Rede.

Bereits seit dem Frühjahr 2014 steht in Frankfurt an der Oder ein 47-jähriger Dachdecker vor Gericht, dem die Staatsanwaltschaft vorwirft, der Täter zu sein. Ein gutes Jahr nach Aufnahme der Verhandlung stehen aber längst nicht mehr die brutalen Überfälle im Mittelpunkt des Interesses. Vielmehr wachsen die Zweifel an der Arbeit der Ermittler.

So hatten schon kurz nach Prozessauftakt im Frühjahr 2014 Ermittlungsbeamte selbst gegen die Polizeiführung Brandenburgs den Vorwurf erhoben, dass diese ihre Arbeit behindert habe. Im Mai 2014 wurde zum Beispiel von Ermittlern im RBB-Politikmagazin „Klartext" sogar dem damaligen Polizeipräsidenten und heutigen Innenstaatssekretär Arne Feuring vorgeworfen, er habe noch während der polizeilichen Vernehmung persönlich mit dem entführten Opfer aus Storkow telefoniert.

Vor drei Monaten schien sogar ein Platzen des Prozesses bevorzustehen. Ein Hauptkommissar hatte vor Gericht erklärt, dass eine Mitarbeiterin der Mordkommission auf Anweisung ihres Chefs aus dem Abschlussbericht an die Staatsanwaltschaft alle „entlastenden Maßnahmen", die für die Unschuld des jetzt Angeklagten gesprochen haben, habe herauslassen sollen. Da die betreffende Beamtin den Sachverhalt vor Gericht anders darstellte, blieb der bereits befürchtete Skandal aus.

Dass der Maskenmann-Prozess letztendlich mit einem Freispruch und damit in einem Fiasko für Ermittler und Ankläger endet, ist dennoch nicht ausgeschlossen. So räumte der langjährige Chef der Mordkommission in Frankfurt an der Oder selbst vor Gericht ein, dass es hinsichtlich des Entführungsfalles „Fragen und Vorbehalte über den Ablauf unter den Kollegen" gegeben habe. Hinter der vorsichtigen Formulierung verbirgt sich nicht weniger, als dass beteiligte Kriminalbeamte die Beschreibungen des Investmentkaufmanns von dessen Flucht aus der Geiselhaft für so unglaubwürdig hielten, dass sie sogar eine vorgetäuschte Straftat vermuteten.

> Einem wohlhabenden Mann stelle man keine kritischen Fragen

So schilderte eine Kriminalbeamtin vor Gericht, dass es aus ihrer Sicht bei der Entführung des Managers eine ganze Reihe von Ungereimtheiten gegeben habe. Unklar sei etwa, warum ein Hubschrauber mit einer Wärmebildkamera am mutmaßlichen Verbringungsort, einer Insel, keine Personen geortet habe.

Fragen und Ungereimtheiten in diesem Zusammenhang hätten allerdings nicht angesprochen werden dürfen, so die Zeugin. Der Leiter der Frankfurter Kripo habe sinngemäß über das Opfer gesagt, einem so wohlhabenden Mann und einer Person des öffentlichen Lebens stelle man keine kritischen Fragen.

Als die Beamtin im März dieses Jahres erneut als Zeugin aussagen sollte und dienstrechtliche Konsequenzen durch ihre Aussagen befürchtete, war die Geduld des Gerichts am Ende: Noch im Gerichtssaal wurden die Unterlagen der Kriminalbeamtin beschlagnahmt.

Aus Sicht der brandenburgischen CDU ist damit ein „Machtwort des Innenministers überfällig". Es sei bedenklich, wenn sich eine Polizeibeamtin vor Gericht derart eingeschüchtert zeige, so der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Björn Lakenmacher.

Im Prozess sind die Folgen dieses Drucks auf die Ermittler inzwischen unübersehbar – die Indizienkette gegen den Angeklagten zerbröselt immer weiter. Noch bevor der Vorsitzende Richter die Beweisaufnahme schließen konnte, hat die Verteidigung neue Beweisanträge gestellt. Erreicht werden soll, dass vor Gericht der Nachbar des Entführungsopfers vernommen wird.

Geklärt werden soll mit dessen Hilfe, ob am Tatabend am Bootsanleger ein Ruderboot gelegen hat, das den bisher geschilderten Ablauf der Verschleppung äußerst unwahrscheinlich macht. Statt der eigentlich bereits erwarteten Plädoyers sind vom Gericht nun weitere Verhandlungstermine bis in den Juni angesetzt worden. *Norman Hanert*

Rechtsempfinden schwer beschädigt

Von Theo Maass

Der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) hatte für den Sonntag, 29. März, eine Ausnahmegenehmigung zur Öffnung von Läden in seiner Stadt erteilt. Das Besondere daran war, dass das Oberverwaltungsgericht zuvor die fragliche Öffnung der Geschäfte untersagt hatte. „Die Ausnahmegenehmigung", so Gerichtssprecher Ruben Langer, „ist rechtswidrig." 35 Potsdamer Geschäfte ignorierten das Verbot und hörten auf ihren Oberbürgermeister statt auf das Gericht.

Die Mitarbeiter der Ordnungsämter waren unterwegs und verhängten gegen die betreffenden Geschäftsleute Bußgelder. Die Gewerkschaft Verdi in Brandenburg sah in der illegalen Geschäftsöffnung den Versuch, sich einen unlauteren Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Hier geht es jedoch gar nicht um die Frage, ob und in welchem Umfang die traditionelle Sonntagsruhe gebrochen oder umgangen wird. Das ist eine ganz andere Frage.

Viel wichtiger ist es, ob politische Entscheidungsträger bereit sind, sich an die im Staat geltende Gewaltenteilung zu halten oder nicht. Wenn Gerichte Urteile fällen, die den politisch Handelnden missfallen, dann steht ihnen der Rechtsweg offen. Sich einfach über Gerichtsentscheidungen hinwegzusetzen zeugt von unerträglicher Überheblichkeit gepaart mit einem gefährlichen Defizit beim Rechtsbewusstsein, das bei den Bürgern Spuren hinterlassen wird.

Immer wieder beklagen Politiker, dass Bürger immer weniger Neigung zeigen, staatlichen Maßnahmen Folge zu leisten. Autofahrer, die zu schnell unterwegs sind, Steuerbürger, die versuchen, einige Euro am Finanzamt vorbeizujonglieren. Eine Liste, die sich beliebig fortsetzen ließe. Aber wären dann nicht die Politiker gefordert, selbst als gutes Beispiel der Gesetzestreue voranzugehen?

Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs ist lange genug im politischen Geschäft. Er wusste genau, was er tat. Die Geschäftsinhaber könnten vielleicht geltend machen, dass sie sich auf die Zusagen ihres Bürgermeisters verlassen konnten. Schließlich sind sie Händler und keine Politiker.

Der kurzfristige Schaden ist überschaubar. Einige Ladenbesitzer werden die Verwarnung bezahlen, weil ihnen der Aufwand zu hoch ist. Andere werden vor Gericht ziehen, und dann dürfte dort die Rolle des Oberbürgermeisters thematisiert werden. Was ist mit dem juristischen Grundsatz von „Treu und Glauben"? Ausgang ungewiss. Vor Gericht und auf hoher See – sagt der Volksmund – sind wir alle in Gottes Hand. Aber der von Jacobs angerichtete Langzeitschaden für das Rechtsbewusstsein der Steuern zahlenden Bürger dürfte nachhaltig sein.

Verbrechen: Falsche Zahlen

Brandenburgs Kriminalitätsstatistik wurde systematisch geschönt

Im Januar stellte der Sender RBB Belege vor, laut denen die brandenburgische Kriminalstatistik für 2014 geschönt ist. Seitdem werden die offiziellen Zahlen überprüft. Das jetzige Zwischenergebnis der laufenden polizeiinternen Untersuchung ist verheerend: Die Zahlen wurden systematisch und weit umfangreicher als gedacht beschönigt, besonders bei Diebstahl und Einbruch.

Der inzwischen zum Innenstaatssekretär aufgestiegene einst verantwortliche Polizeipräsident Arne Feuring steht im Kreuzfeuer. Er verteidigt das Vorgehen als „mögliche Variante der Kriminalitätserfassung". Tatsache ist: Die Vorgaben des Bundeskriminalamts galten bis vor Monaten wenig in der Mark, das Land zählte nach eigenen Regeln. Der RBB machte eine entsprechende interne Handlungsanweisung öffentlich. Die Bundesinnenministerkonferenz rügte die eigenwillige Praxis. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) ging auf Distanz zu Feuring.

In Wochenend- und Sonderschichten stellten eigens abberufene Polizisten das wahre Bild nach. Ihre Funde werfen ein neues Licht auf die lange politisch als „subjektives Sicherheitsgefühl" abgetanen Erfahrungen Brandenburger Bürger, beispielsweise mit der Grenzkriminalität.

> Bürger lagen richtig mit ihrem »subjektiven Sicherheitsgefühl«

Die Beamten fanden 3985 in der alten Zählung nicht berücksichtigte Straftaten, besonders häufig Diebstahl. 997 Mal mehr als offiziell eingestanden brachen Verbrecher in Boden- und Kellerräumen ein. 267 Autos wurden gestohlen, ohne dass die Statistik es vermerkte. Einbrüche wurden unter Feuring zusammen veranschlagt, weil es sich vermeintlich um dieselben Täter handelte.

Die Brisanz liegt in den mutmaßlichen politischen Vorgaben. Die rot-rote Politik machte Kritiker ungewollt erst auf Ungereimtheiten aufmerksam. Weniger Straftaten trotz massiven Stellenabbaus bei der Polizei passten nicht zusammen. Der Bund Brandenburger Staatsanwälte stützte bald die Kritik des RBB. Feuring wie Rot-Rot stehen im Landtag viele peinliche Fragen bevor. So steht im Raum, ob Rot-Rot die Anweisung gab, die Daten zu schönen, um die Folgen der Polizeireform und die Lage in den Grenzregionen herunterzuspielen. Immerhin war Feuring federführend an der aus massiven Kürzungen bestehenden Reform beteiligt. Die echten Zahlen für 2013 wird die Öffentlichkeit nach Einschätzung der Prüfer nie erfahren – eine Nachprüfung ist wegen des Aufwandes nicht vorgesehen. *SG*

Schon wieder

Stromausfall als ungeplanter »Klimaschutz«

Nachdem es im März in Berlin-Friedrichshain bereits zu einem großflächigen Stromausfall inklusive Plünderungen und Randale gekommen war (die *PAZ* berichtete), führten zum Monatsende Pannen beim örtlichen Versorger nochmals zu einem Ausfall.

Am 28. März traf es ein Gebiet in Berlin-Mitte. Zwischen Hackeschem Markt und Alexanderplatz saßen an einem Sonnabendabend für eine halbe Stunde rund 20000 Haushalte und 4000 Betriebe, wie etwa die in dem Gebiet zahlreich vorhandenen Restaurants, Kneipen und Cafés, im Dunkeln. Nach Angaben von Vattenfall war die Ursache ein Defekt im Umspannwerk Koppenplatz.

Ereignet hat sich der Stromausfall in Berlin-Mitte ausgerechnet am Tag der „Earth Hour". Bei der bereits seit einigen Jahren vom WWF initiierten „Klimaschutz"-Veranstaltung wird an zahlreichen teilnehmenden Orten in aller Welt der Strom abgestellt. So wurde in diesem Jahr unter anderem am Kölner Dom, dem Hamburger Rathaus und der Dresdner Frauenkirche das Licht abgedreht.

> Ausgerechnet zur »Earth Hour«

Bereits traditionell fand in Deutschland die zentrale Veranstaltung der "Earth Hour" in Berlin-Mitte auf dem Pariser Platz statt. Während zahlreiche Bewohner und Berlin-Touristen am Abend des 28. März unfreiwillig im Dunkeln saßen, blieb als geplante Beteiligung der deutschen Hauptstadt an der „Earth Hour" die Beleuchtung des Brandenburger Tores aus. Unter dem Jubel mehrerer hundert WWF-Aktivisten, wurde um Punkt 20.30 Uhr für eine Stunde die Beleuchtung der weltbekannten Sehenswürdigkeit abgestellt und 2500 Kerzen entzündet. *N.H.*

Pädophilie: Grüne im Feuer

Nur wenige Monate nach Erscheinen eines Abschlussberichts des „Göttinger Instituts für Demokratieforschung" zur Pädophilie-Debatte bei den Grünen in den 80er Jahren, hat der Berliner Abgeordnete Thomas Birk (Grüne) neue Enthüllungen zu Missbrauchsfällen aus der Frühzeit der Partei angekündigt. Der Berliner Landesverband werde Mitte April einen „leider sehr umfangreichen" Bericht vorlegen, so die überraschende Ankündigung von Birk auf einer Veranstaltung der parteinahen Heinrich-Böll-Stiftung. Es habe in Berlin bis in die 90er Jahre rund zehn aktive Grüne als Täter gegeben, die „eventuell Tausende von Opfern produziert" hätten. Verurteilte Pädophile hätten aus der Justizvollzugsanstalt heraus für die Partei kandidiert, so Thomas Birk, der bei den Berliner Grünen als sogenannter queerpolitischer Sprecher fungiert. Seit Jahren sehen sich die Grünen schweren Vorwürfen ausgesetzt, Pädophilie in ihren frühen Jahren toleriert zu haben. *N.H.*

MELDUNGEN

Polen stellt Wachtürme auf

Warschau/Königsberg – Polen will die Überwachung seiner Grenze zum Königsberger Gebiet verstärken und dazu Wachtürme errichten. Wie eine Sprecherin der polnischen Grenzpolizei gegenüber der polnischen Nachrichtenagentur PAP Anfang der Woche erklärte, sollen die sechs bis zu 50 Meter hohen Wachtürme bis Juni aufgestellt werden. Die Baukosten werden voraussichtlich 14 Millionen Zloty (umgerechnet 3,7 Millionen Euro) betragen. Die EU unterstützt die Aufrüstung der Anlagen an der Grenze zur russischen Exklave. Rund drei Viertel der Baukosten werden aus einem EU-Fonds für die Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union finanziert. *U.M.*

Krim: Mehrheit für Russland

Moskau – Nach dem deutsch-ukrainischen Meinungsforschungsinstitut GfK Ukraine (siehe *PAZ* 11/2014) haben auch deren russische Kollegen von WZIOM eine Umfrage auf der Krim durchgeführt. Danach sind 90 Prozent der Einwohner für einen Verbleib bei Russland, während fünf Prozent eine Rückkehr als Autonome Republik in den Staatsverband der Ukraine befürworten. Fast 70 Prozent sind mit den bisherigen Ergebnissen der Annexion zufrieden, 18 Prozent sehen gar alle Probleme der Übergangszeit als bereits behoben an. Das positive Ergebnis der Volksabstimmung zum Staatswechsel wird durch diese eindeutigen Zahlen grundsätzlich bestätigt. Auch ein erheblicher Teil der ukrainischen und sogar eine nennenswerte Anzahl von Vertretern der tatarischen Bevölkerungsgruppe stimmt dem Übergang an Russland zu. *T.W.W.*

Paradebeispiel für die US-Strategie

Bilanz der durch den Westen betriebenen gewaltsamen Demokratieverbreitung in Libyen verheerend

„Libyen im Chaos“, „Libyen, ein Sprungbrett für Flüchtlinge nach Europa“, „Libyen als Hochburg des IS“ – solche und ähnliche Schlagzeilen lassen den toten Staatschef Muammar Ghaddafi manchem im Nachhinein in einem günstigeren Licht erscheinen. Die Bilanz der gewaltsamen Demokratieverbreitung durch das US-Militär ist dürftig.

Libyen bleibt das Paradebeispiel für die US-Strategie im arabischen Raum und in Mittelasien, auch in der Hinsicht, dass es Washington weitestgehend gelingt, die wahren Vorgänge zu verschleiern. Dabei muss man nur die handelnden Personen betrachten, um zu mehr Klarheit zu kommen. In Libyen war wieder einmal Senator John McCain ein Hauptakteur. Für den 4. Februar 2011 hatte die Nato in Kairo ein Treffen anberaumt, das McCain leitete. Mit ihm war der Franzose Bernard Levy gekommen, der zwar kein öffentliches Amt innehatte, aber in seiner Heimat einen gewissen Ruf als Philosoph genoss. Dazu kamen Unterhändler aus der Golf-Region und syrische Exilanten. Das Thema war die Frage, wie man sowohl in Libyen als auch in Syrien Aufstände entfachen könne, damit die Nato dann, im Namen von Freiheit und Menschenrechten, eingreifen könnte.

In Libyen machte man sich neben dem stets vorhandenen sozialen Gefälle vor allem ethnische Spannungen zunutze. Im Westen des Landes ist der Prozentsatz der Araber höher, im Osten derjenige der Berber. Speziell in der Gegend von Derna lebt der Stamm der Harabi, traditionell mit dem Clan Gaddafis, der berberischer Abstammung war, verfeindet.

Diese Gegebenheiten reichten indes nicht aus, um einen Flächenbrand anzufachen. Daher hatte schon lange zuvor die CIA einen Emissär nach Afghanistan gesandt, der dort, im Taliban-Lager Chost nahe Ghanzi im äußersten Nordosten des Landes, einen Libyer namens Abdel Hakim al-Hasidi anwarb. Nahe seiner Heimatstadt Derna stellte er später eine 300 Mann starke Miliz zusammen, den Kern der nachmaligen „Libyan Islamic Fighting Group“ (LIFG). Diese LIFG wurde durch 460 Mann verstärkt, die die CIA aus ihrem Gefängnis in Guantanamo rekrutierte. Ihr Ausbilder wurde der ehemalige Mudschaheddin Abu Sufian Ibrahim Ahmed Hamuda bin Qumu, der zuvor für Osama bin Laden im Sudan tätig gewesen war. Kommandeur wurde Salah al Barrani, ebenfalls ein früherer Mudschaheddin. Diese Truppe wurde durch eine Einheit des privaten Sicherheitsunternehmens Blackwater aus den USA verstärkt, und so konnte das libysche Kapitel des „arabischen Frühlings“ eröffnet werden.

Autarkiestreben wurde Ghaddafi zum Verhängnis

Vielfältig war auch das Interesse der Nato an Ghaddafis Beseitigung. Seine Regierungsweise indes konnte es nicht gewesen sein. Ungeachtet seiner bizarren Art führte Ghaddafi sein Land mustergültig. Die Menschen hatten Anteil am Ölreichtum, Bildung, medizinische Versorgung und Existenzgründungen waren kostenlos und mit dem Tiefenwasser aus der Sahara revolutionierte er die libysche Landwirtschaft. Das Land und einige seiner Nachbarn waren auf dem Weg, sich selbst zu ernähren.

Dies aber war schon ein Stein des Anstoßes. Es erregte den Widerstand der US-amerikanischen Agrar-Multis. Deswegen wurden auch schon zu Beginn des Krieges die Wasserpipelines zerbombt. Ganz entscheidend für den Krieg aber war Ghaddafis Plan, ganz Afrika unabhängig vom weltweiten Dollar-Regime zu machen und dafür eine afrikanische Investitionsbank einzurichten, ein Vorhaben, das schon Saddam Hussein den Kopf gekostet hatte. Die Begehrlichkeiten, die das Öl hervorrief, rundeten die Motivation ab. Für Frankreich gab es noch einen speziellen Aspekt. Präsident Nicolas Sarkozy war Ghaddafi 40 Millionen Euro schuldig, mit denen dieser seinen Wahlkampf finanziert hatte. Die wollte er lieber mit Bomben als mit Bargeld begleichen. Das Ergebnis ist bekannt: Libyen ist ruiniert, ein großzügiges Sozialsystem hat bitterster Not weichen müssen, Gewalt beherrscht das Land, das in mehrere Teile zerfallen ist. Der IS triumphiert.

Eingedenk der Gespräche in Kairo überquerte im Mai 2013 Senator McCain die türkisch-syrische Grenze, um in der Nähe von Idlib die Führer der „bewaffneten Opposition“ zu treffen, jene „guten Revolutionäre“, die man heute nicht mehr von den anderen unterscheidet. Zwei Jahre zuvor waren nach dem Umsturz in Libyen vom Hafen Tobruk aus umgehend Söldner und Waffen nach Syrien verschifft worden, denn auch der syrische Bürgerkrieg war bereits in vollem Gange und der Nachschub wurde dringend gebraucht.

Um sich ein Bild zu machen, traf also McCain den „Generalstab“ der „Freien Syrischen Armee“, die angeblich ein Gegner des IS ist. Nur existieren Bilder, auf denen McCain im Gespräch mit dessen Funktionsträgern zu sehen ist, darunter der ehemalige syrische Brigadegeneral Selim Idriss, aber eben auch Ibrahim al-Badri, auf den die USA als einen der fünf meistgesuchten Terroristen ein Kopfgeld von zehn Millionen Dollar ausgesetzt haben. Besser bekannt ist der Mann unter seinem Kriegsnamen al-Baghdadi. Darunter kennt ihn die Welt als den Befehlshaber des IS, den die USA angeblich angestrengt bekämpfen. *Florian Stumfall*



Spielt eine besonders unrühmliche Rolle: Der republikanische US-Senator John McCain Bild: imago

Deutscher will König werden

Fast 100 Jahre alter Anspruch auf den Thron von Litauen

Der deutsche Adlige Inigo Fürst von Urach, Graf von Württemberg will wie schon sein Großvater König von Litauen werden. Seine Familie entstammt einer morganatischen Seitenlinie des württembergischen Herrscherhauses aus dem 19. Jahrhundert, die in ihrem südwestdeutschen Stammland nicht erbberechtigt war, aber zahlreiche dynastische Verbindungen quer durch das vor allem katholische Europa besaß. Inigos Großvater Wilhelm Karl von Urach wurde daher, nach früheren Vorschlägen unter anderem für Monaco und Albanien, während des Ersten Weltkrieges als Thronkandidat für ein wiedergegründetes Königreich Polen und ein neuerrichtetes Großherzogtum Elsaß-Lothringen vorgeschlagen, ehe ihm im Juli 1918 der litauische Landesund spätere Staatsrat die Königswürde Litauens antrug: Er sollte als Mindaugas II. erster König des neuentstandenen Litauen werden.

Litauen war damals durch deutsche Truppen von der russischen Herrschaft befreit worden und seine Vertreter wollten ihr Land als eigenständiges Königreich mit dem Deutschen Reich verbinden. Dies wurde soweit auch vom Kaiser und der Berliner Regierung akzeptiert, wobei aber gerade die Reichsregierung unter Georg von Hertling die Anerkennung der Wahl Wilhelm Karls absichtlich verschleppte – man wollte den litauischen Thron für den sächsischen König sichern. Während Wilhelm Karl noch auf grünes Licht aus Berlin wartete und sich dort vor allem Matthias Erzberger massiv für ihn einsetzte, geriet der litauische Landesrat politisch unter Druck, sich für eine republikanische Verfassung ohne deutschen König zu entscheiden. Als im Oktober 1918 schließlich die neue Reichsregierung unter Prinz Max von Baden den Litauern vollständige Autonomie in ihren politischen Entscheidungen zusicherte, war es denn auch für eine Wahlannahme bereits zu spät – der litauische Staatsrat hatte seine Entscheidung zurückgezogen.

Durch Kampagne in den Medien und Vermarktung zum Ziel

Wilhelm Karl, der noch im hohen Alter die litauische Sprache erlernte, hat aber auch danach an seinem Anspruch auf den litauischen Thron festgehalten und dieser ging, als Teil des Adelstitels geführt, auf seinen 1962 geborenen Enkel Inigo über. Letzterer besuchte 2009 erstmals selbst Litauen, was seinem Großvater zeitlebens nicht vergönnt war. Seitdem betreibt der deutsche Adlige kleinere geschäftliche Aktivitäten im Lande und wirbt öffentlich für seine Einsetzung als König. Zu diesem Zweck hat er einen Litauer angestellt, der als Sohn einer litauischen Mutter und eines mestizischen Vaters in Mexiko geboren wurde. Mit gut 20 Jahren kehrte dieser 2005 in die Heimat seiner baltischen Vorfahren zurück, wo er bisher aber nicht Fuß fassen konnte. Die Anstellung bei Inigo ist seine erste überhaupt und er bemüht sich sehr, sie engagiert anzugehen.

Ende 2014 startete er im Auftrag seines Dienstherren eine Kampagne, die Frage des Königtums erneut in die litauischen Medien zu lancieren, während Inigo selbst den Kontakt zu den deutschen Medien sucht. Im März 2015 erschien ein Bericht über den Fürsten im NDR, in dem er sich durchaus Chancen auf den litauischen Thron zuwies. Zumindest seien, so ließ der vermeintliche Monarch in spe auf eine kritische Nachfrage des Reporters wissen, dass mit dem „Merchandising“, das heißt der Vermarktung von Souvenirartikeln rund um die Monarchie, durchaus Einnahmen zu erzielen seien. Ob dies freilich den Litauern ausreicht, sich auf das Wagnis einer neuerlichen Monarchie einzulassen, bleibt abzuwarten. *Thomas W. Wyrwoll*

Kalifornien trocknet aus

US-Westküstenstaat erlebt das vierte Jahr extremer Dürre

Einen Winter, der ein Sommer war, erlebte Kalifornien in der letzten Saison, genossen von Millionen von Touristen und beneidet vom ganzen Land. Während Schneemassen wie nie zuvor New York, Boston und die meisten Staaten der Ostküste einhüllten und ungewohnte Massen von Tornados im mittleren Westen der Vereinigten Staaten ganze Gemeinden flachlegten, saßen die Kalifornier im tiefsten Winter hemdsärmelig in den vielen Straßencafés, grillten an ihren Schwimmbädern bis in die Nacht hinein und joggten halbnackt durch die von Palmen, blühenden Büschen sowie leuchtenden Zitronen- und Apfelsinenbäumchen gesäumten Straßen. Die Skiläufer in den Wintersportgebieten wie Big Bear und Lake Tahoe standen auf trockenem Boden, wenn der täglich über die Pisten gepumpte künstliche Schnee zu schnell in der Sonne schmolz. Die Skiregionen verloren durch den ausbleibenden Schnee 2,2 von früher 7,4 Millionen Besuchern. Der letzte Winter war der trockenste seit 1895 und hatte Temperaturen bis zu 15 Grad über allen bisherigen Rekorden.

Kalifornien erlebt das vierte Jahr einer besorgniserregenden Austrocknung. Der satellitengestützte „US-Dürre-Monitor“, der Daten von 50 verschiedenen Wetter-Indikatoren gesammelt hat, erkannte für Kalifornien eine seit 2011 sich ständig erweiternde Trockenheit – so für 2012 eine „ernsthafte Dürre“, für 2013 eine „extreme Dürre“ und für 2014 bis jetzt eine „außergewöhnliche Dürre“. „Hat Kalifornien in einem Jahr kein Wasser mehr?“, lauten bereits einige Schlagzeilen.

Eine apokalyptische Vorstellung. Doch ob die ständige Sonne die Hirne austrocknet oder einfach nur optimistische Gefühle schürt – die Kalifornier nehmen die Drohung einer Naturkatastrophe mit typischer Gelassenheit. So dürfen Gärten nur dreimal in der Woche gewässert werden. Immer mehr Rasenflächen verschwinden. Apartmenthäuser statten ihre Toiletten mit wassersparenden Armaturen aus, und die Fernsehwerbung ruft regelmäßig dazu auf, in der Dusche, beim Zähneputzen und Geschirrspülen, den Hahn schnellstens wieder zu schließen. Dafür müssen die Bürger dann, wie in Los Angeles, erleben, dass ein uraltes Wasserrohr nach dem anderen platzt, Millionen Gallonen von kostbarem Nass Straßen, Häuser und Garagen überfluten und die Kinder auf Autoreifen Boot fahren.

Die Menschen nehmen es mit Gelassenheit

Die Wassermengen von oben hingegen kann man an den Fingern einer Hand abzählen. Zweimal ergossen sich kurz sintflutartige Regenströme in diesem Jahr, was zu Häuser verschlingenden Schlammlawinen und schlimmen Verkehrsunfällen führte. Doch sie genügten nicht, die seit Langem ausgetrocknete Erde, die Flüsse und Speicher genügend zu füllen. Hauptleidtragende der Dürre ist die Landwirtschaft, die 80 Prozent des Wasservorrats verbraucht und oft vor verdorrten Feldern steht. Die Farmer pumpen immer intensiver Grundwasser. Langsam versiegen dadurch die Quellen, und das Land sinkt, wie im Central Valley, über 30 Zentimeter im Jahr. Doch es wird an diversen neuen Methoden gearbeitet. Gouverneur Edmund G. Brown jr. hat soeben eine Milliarde US-Dollar für Investitionen in die Frischwasser-Infrastruktur und für sofortige Hilfen für die Farmer bereitgestellt. Auch wird eine noch striktere Rationierung des Trinkwassers erwartet. *Liselotte Millauer*

Annäherung auf Pekings Kosten

Nordkorea möchte seine Abhängigkeit von China reduzieren und sucht die Nähe zu Russland

Kaum bemerkt von der politischen Öffentlichkeit in Europa hat Russlands Premier Wladimir Putin unlängst den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un zum 8. Mai nach Moskau eingeladen. Äußerer Anlass ist die dortige große Siegesparade anlässlich der Beendigung des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren. Kim Jong-un hat die Einladung nach Moskau inzwischen offiziell angenommen. Bahnt sich damit eine nordkoreanisch-russische Symbiose auf Kosten Chinas an?

Ob Kim Jong-un tatsächlich kommen wird, ist fraglich angesichts seiner generellen Abneigung gegenüber Flugreisen und seinem Desinteresse an internationalen Themen, die er voll und ganz seinem Außenminister überlässt. Gegenüber seinen eigenen Untertanen würde jeder Empfang im Kreml indes zweifellos eine weitere Stärkung seines Personenkults darstellen.

Außenpolitisch wäre eine engere Verbindung mit Russland eine gewisse Durchbrechung der allgemeinen Isolation Nordkoreas. Insbesondere könnte Moskau die im UN-Sicherheitsrat gegen Pjöngjang gerichtete Resolution wegen Verletzung der Menschenrechte durch sein Veto blockieren. Für die Politik Putins wiederum ist der Nordteil Koreas ein wichtiger strategischer Stützpunkt, um Einfluss in Fernost sowie im Pazifikraum zu gewinnen und diesen nicht völlig seinem alten Rivalen China zu überlassen.

Zur Bekräftigung der beiderseitigen Beziehungen haben beide Länder während der letzten Wochen einen breitangelegten Handelsvertrag geschlossen. Hatte der Handel zwischen den beiden Staaten im letzten Jahr ein Volumen von umgerechnet nur rund 100 Millionen US-Dollar, so soll er bis 2020 auf eine Milliarde Dollar steigen. Da Nordkorea unter chronischem Strommangel leidet, soll insbesondere der bereits bestehende Import von Kohle verstärkt werden. Dringend benötigt werden ebenfalls Investitionen.

Ob Moskaus Wirtschaft diese Wünsche aber erfüllen kann, erscheint in der gegenwärtigen Situation angesichts der fallenden Ölpreise und auch der westlichen Sanktionen zweifelhaft. Was Nordkorea an Russland zusätzlich liefern könnte, ist bisher unklar. Denn an Pjöngjangs Exportschlager, wertvolle Mineralien, hat Moskau keinen wirklichen Bedarf. Und an ihrem Goldbestand hat die Demokratische Volksrepublik Korea bisher stets als letzte Rettungsreserve festgehalten. So dürfte auch in fünf Jahren der Handel mit Russland bestenfalls ein Sechstel von dem mit Peking betragen.

> Einladung an Kim Jong-un zur Moskauer Siegesparade

Nach den letzten veröffentlichten Zahlen beläuft sich letzterer auf jährlich 6,4 Milliarden US-Dollar. Wie unbedeutend das für chinesische Verhältnisse ist zeigt ein Vergleich mit dem chinesischen Handel mit Südkorea. Der hat ein Volumen von 209,6 Milliarden Euro. Umgekehrt ist für Nordkorea China jedoch ein wichtiger Handelspartner. Entsprechend hart traf es die Demokratische Volksrepublik, als Peking vergangenes Jahr vertragswidrig den Export von Rohöl völlig einstellte. In China denkt man stets sehr pragmatisch. Alles Gerede vom „Kommunismus“ oder „Sozialismus“ ist – wie bei all diesen Staaten – voller Phrasen, hinter denen rein machtpolitische Interesse stehen. In Führungskreisen Pjöngjangs hält man es daher für nicht unmöglich, dass Peking eines Tages seinen ungeliebten Nachbarn fallen lassen könnte zugunsten des wirtschaftlich und gerade technisch viel stärkeren Südkorea. Die blutigen Schießereien der Chinesen gegen die scheinbar so eng befreundete Sowjetunion damals am Ussuri-Fluss wird man auch in Pjöngjang nicht vergessen haben.

Vor diesem Hintergrund ist der Wunsch von Pjöngjang verständlich, seine Abhängigkeit vom Handel mit China zu reduzieren. Und angesichts dieses Wunsches war es sicherlich eine geschickte Investition Moskaus, letztes Jahr Nordkorea 90 Prozent seiner Schulden von umgerechnet elf Milliarden US-Dollar zu erlassen. Nordkoreanische wie auch russische Zeitungen verkündeten in den letzten Monaten wiederholt, 2015 solle „ein Jahr der Freundschaft“ werden und die beiderseitigen Beziehungen auf „ein neues höheres Niveau“ bringen.

F.W.Schlomann



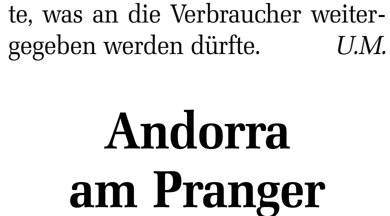
Bild: ddp images

Er und die Seinen halten Ausschau nach einer Alternative zu den Chinesen: Kim Jong-un, hier bei einem Übungsschießen

MELDUNGEN

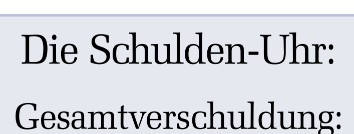
Konsum auf Rekordniveau

Nürnberg – Kaufen statt sparen: Die niedrigen Zinsen treiben den Konsum in die Höhe. So hat der von dem Marktforschungsunternehmen GfK veröffentlichte Konsumklimaindex mit 10,0 Punkten den höchsten Stand seit 13 Jahren erreicht. Zu dessen Berechnung werden die Erwartungen der Deutschen an die Konjunktur, die Einkommensentwicklung und die Anschaffungsneigung ermittelt. Einzelhandelsexperten gehen davon aus, dass es mit der Konsumfreude bald wieder vorbei sein wird, denn der schwächer werdende Euro führe zu einer Verteuerung der Importe, was an die Verbraucher weitergegeben werden dürfte. *U.M.*



Andorra am Pranger

Andorra la Vella – Wegen Geldwäschevorwürfen hat Andorras Bankenaufsicht die Kontrolle über die Banca Privada D'Andorra (BPA) übernommen. Nach Ermittlungen der US-Antibetrugsbehörde Fincen soll die BPA Gelder mafiöser Organisationen in Milliardenhöhe gewaschen haben. Andorra, dessen Staatsspitze sich der französische Präsident und der Bischof im spanischen Urgell teilen, ist mit nur 76 000 Einwohnern Standort von fünf Banken mit Einlagen in Höhe von rund 40 Milliarden Euro. *N.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.049.107.085.611 €
Vorwoche: 2.048.901.704.663 €

Verschuldung pro Kopf:
25.370 €
Vorwoche: 25.367 €

(Dienstag, 31. März 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Frische Brise fürs Konto

Steigende Strompreise machen Kleinwindanlagen attraktiv

Große Windenergieparks sind in Deutschland neben Wasserkraft die wichtigste Ökostromquelle. In der Miniaturversion, der Kleinwindanlage für Dach und Garten, spielen sie aber bislang kaum eine Rolle – anders als Solarstromanlagen. Das könnte sich ändern, wenn die Politik der Kleinwindkraft mehr Rückenwind gibt. Zurzeit zahlt der Gesetzgeber den ins Netz eingespeisten Strom neu installierter Kleinwindanlagen mit 8,5 Cent je Kilowattstunde ab – wie bei Großwindanlagen, zahlbar vom Versorger auf 20 Jahre.

„Kleinwindenergieanlagen ermöglichen Windenergie für jedermann“, sagt Martin Maslaton, Rechtsexperte des Bundesverbandes Windenergie (BWE). Der private Propeller sei eine gute Ergänzung zur Fotovoltaikanlage. Voraussetzung: „Der produzierte Strom sollte mehrheitlich selbst verbraucht werden, so dass möglichst kein oder wenig zusätzlicher Strom extern bezogen werden muss.“ Denn ob sich das Ungetüm mit Mast lohnt, hängt ganz davon ab, ob man 8,5 Cent je erzeugter Kilowattstunde kassiert oder satte 25 Cent an Eigenverbrauch spart. Uwe Hallenga, Betreiber des Internetportals „Kleinwindanlagen.de“, pflichtet bei: „An einem guten Standort bringt eine Kleinwindanlage mehr als eine Solaranlage.“ Für eine Anlage mit drei Kilowatt Nennleistung muss man bis zu 10 000 Euro in die Hand nehmen. Wer gleich in die Vollen geht, ärgert sich über die Besteuerung des Eigenverbrauchs. Seit 1. August 2014 sind 1,87 Cent je selbst verbrauchte Kilowattstunde Windstrom fällig, wenn die Anlage über 10 Kilowatt stark ist. Tendenz steigend: Ab 2017 sind es 2,5 Cent. Ein 3,5 Kilowatt starkes Modell produziert im Jahr, abhängig vom Standort, 2500 bis 3500 Kilowattstunden Strom. Im Eigenverbrauch spart das rund 600 bis 900 Euro im Jahr. Bei Einspeisung zahlt der Versorger nur 212 bis 297 Euro – das reicht oft kaum für die Darlehenszinsen.

> Noch fehlt der Rückenwind der Politik

Die Windmaschine will allerdings klug ausgesucht sein, denn, so Hallenga, „auf dem Markt tummeln sich Betrüger, die Schwachsinnsgeräte verkaufen“. Mickrige Stromerträge und abgerissene Rotorblätter sind dann programmiert. Ein weiteres Ärgernis sind geschönte Hersteller- und Händlerangaben zum Ertrag.

Zulegen könnten die Windmaschinen, wäre auch hierzulande das „Net Metering“ erlaubt: Der häusliche Stromzähler läuft dann rückwärts, wenn mehr Strom erzeugt als verbraucht wird. Kleinwindmüller erhalten ihren eingespeisten Strom vom Versorger indirekt zum Preis des Haushaltsstroms vergütet – also zu über 25 statt 8,5 Cent die Kilowattstunde. Steigende Versorgertarife machen den Eigenverbrauch über kurz oder lang attraktiver. Im Eigenverbrauch kann sich Kleinwindkraft längst rechnen. In zehn Jahren könne man die Kosten der Anlage bei guter Lage raus haben, sagt Hallenga und folgert: „Kleinwindanlagen werden zulegen.“

Andere Länder haben Kleinanlagenbetreibern mit Zuschüssen, Steuervorteilen und der Freigabe von Rücklaufzählern unter die Arme gegriffen. Ihr Nischendasein zwischen Sylt und Feldberg haben die Mini-Windwerke deutscher Politik und Bürokratie zu verdanken. Für die Genehmigung sind je nach Kommune teure Schall-, Statik-, Vogelflug- und Schattengutachten nötig. Selbst unter zehn Metern Nabenhöhe braucht man in fast allen Bundesländern eine Baugenehmigung. *Kai Althoetmar*

Österreich EU-Vorreiter

Wien schafft die staatliche Einlagensicherung von Sparguthaben ab

Österreich schafft die staatliche Einlagensicherung von Sparguthaben ab. Ab Juni stehen nur noch die Banken für Spareinlagen gerade. Die Alpenrepublik wird so zum Vorreiter in Europa und folgt einer EU-Richtlinie, nach der die Staaten sich als Garanten der Spargroschen zurückziehen sollen.

Die Einlagengensicherung dient dem Schutz der Sparer. Ist eine private Bank zahlungsunfähig, springt in der Bundesrepublik der gesetzliche Schutz, die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB) ein. Zudem gibt es eine freiwillige Absicherung der Banken untereinander. In der EU ansässige Banken müssen Mitglied einer Entschädigungseinrichtung sein. Sparbeträge bis zu 100 000 Euro sind formal abgesichert.

Doch die EU weicht ihre 2011 auf diesen Betrag festgelegte Sicherheit für die Bürger jetzt wieder auf. Nach einer neuen EU-Richtlinie sollen nur noch die Banken das Risiko tragen, der Staat zieht sich zurück. Im November traf es deutsche Bankkunden. Der Fonds des Bankenverbandes sicherte Einlagen zu diesem Zeitpunkt noch bis zu 30 Prozent des Eigenkapitals der Bank. Seit Januar sind es noch 20 Prozent, für 2025 sind 8,75 Prozent vorgesehen. Entsprechende Briefe an Bankkunden sind abgesandt, deren Brisanz bleibt vielen Sparern verborgen. Ließen Staaten einst Banken pleitegehen, um Spareinlagen zu retten, zeichnet sich nun eine umgekehrte Tendenz ab. Da die Staaten ihre Verantwortung abgeben, die Banken indes die nun von Vorneherein und allein zu leistende Absicherung faktisch nicht finanzieren, also mit genug Eigenkapital absichern können, hat der Bürger das Nachsehen. Kaum eine Bank will zur ausreichenden Absicherung Kredite aufnehmen, und so sinkt die Einlagensicherung.

> Bei Bankenpleiten haben künftig Bürger das Nachsehen

Österreichs aktuelle Gesetzesinitiative zur Einlagensicherung ist für bundesdeutsche Sparer relevant, weil Österreich damit eine vor zwei Jahren beschlossene EU-Richtlinie umsetzt. Die ist für alle EU-Staaten verpflichtend. Im Rahmen der Bankenunion wird sie früher oder später auch die Bundesrepublik betreffen. Österreichs Gesetzesentwurf schreibt den Geldhäusern eine Einlagensicherung von 1,5 Milliarden Euro vor. Ist eine Bank insolvent, müssen die anderen den Sparern Einlagen bis zu 100 000 Euro ersetzen. Bisher hatten die Banken 50 000 Euro garantiert und 50 000 Euro kamen von der staatlichen Einlagensicherung hinzu. Nun wendet sich das Blatt, die Schere zwischen echter Absicherung und gesetzlich verbrieftem Anspruch droht auseinanderzuklaffen. Der Sicherungsaufwand der Banken bleibt jedenfalls hinter dem zurück, was im Falle einer größeren Bankenpleite gebraucht wird. Das Problem: Der Vorab-Fonds von 1,5 Milliarden Euro umfasst nicht einmal ein Prozent der österreichischen Spareinlagen.

Stutzig macht Kritiker die lange Übergangsfrist für die Banken. Die erhalten bis 2024 Zeit, den Vorabfonds zur Einlagensicherung aufzustocken. Wer in der Zwischenzeit haftet, bleibt unklar. Österreichs Gesetzgeber plant zudem Hintertüren ein. So ist auch ein Haftungsverbund zwischen Banken erlaubt, um nicht für die Pleite bestimmter Institute einstehen zu müssen. Außerdem sollen bestimmte Gruppen von Sparern auch jenseits der 100 000-Euro-Grenze abgesichert sein – warum, bleibt fraglich. Angespartes aus dem Verkauf von Immobilien oder aus Erbschaften beispielsweise sollen die Banken bis zu 500 000 Euro garantieren. *SV*

Niemand ist sicher

Von Florian Stumfall

Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier äußert Verständnis dafür, dass Saudi-Arabien den Jemen bombardiert – ohne rechtliche Grundlage, aber auf Anweisung der USA. Kein Wunder, Deutschland hat ja auch das damalige Jugoslawien bombardiert, ohne rechtliche Grundlage, aber auf Anweisung der USA. Doch auch wenn man dafür kein Verständnis hat, ist die Motivlage klar: Hier wird ein Stellvertreterkrieg inszeniert, federführend durch die Saudis, um mittelbar den Iran zu treffen. Was die Sache delikat macht, ist, dass sich als Waffenbrüder der Saudis auch noch die Israelis einfinden, geplagt von ihrer Paranoia in allem, was den Iran angeht.

Soweit wären die Fronten klar. Was leider in der allgemeinen Berichterstattung untergeht, sind die seit Jahren anhaltenden Bombenangriffe der USA – nicht nur – auf den Jemen mit Drohnen und den 80 Prozent Kollateralschäden auf Seiten der Zivilbevölkerung, mit denen man halt rechnen muss. Ob Afghanistan, Pakistan, der Jemen oder Somalia – niemand ist vor den US-Drohnen sicher, die unsichtbar, leise und völkerrechtswidrig Gut und Böse niederbomben, wie es gerade trifft.

Doch wenn die USA auch vom Völkerrecht nur Gebrauch machen, wenn es zu ihrem Vorteil ist, so haben sie sich doch ein rechtliches Konstrukt geschaffen, das den staatlichen Mord rechtfertigen soll. Es heißt „National Defense Authorization Act" und stellt ein in der westlichen Hemisphäre, wenn nicht sogar weltweit, einmaliges Produkt öffentlicher Gesetzgebung dar. Dieser „Act" hat einen Abschnitt 1867, der die Verfolgung, Bekämpfung und Liquidierung von Terrorverdächtigen legitimiert. Und weil man schon dabei war, machte man die Sache gründlich. Diese Bestimmung ist nämlich nicht auf Ausländer beschränkt, sondern gilt auch für US-Bürger, wenn sie sich als „feindliche Kämpfer" entpuppen. Robert Chesney von der University of Texas, Experte für Militärrecht, stellt fest: „Die Inhaftierungsvollmacht erstreckt sich auch auf US-Bürger." Dem US-Militär wurde also das Recht übertragen, Verdächtige ohne Haftbefehl oder Beweis auf unbestimmte Zeit wegzusperren. Wer verdächtig ist, ein „feindlicher Kämpfer zu sein", bestimmt kein Gericht, sondern der zuständige Offizier. Die Habeas-Corpus-Akte von 1679, ein Meilenstein in der Geschichte der Freiheit, und heute noch gültig als Richtlinie des Internationalen Gerichtshofes, ist in den USA Makulatur.

Als das befremdliche Gesetz im Jahre 2011 vorbereitet wurde, wollte Senatorin Dianne Feinstein, Vorsitzende des Ausschusses für die Nachrichtendienste, zumindest erreichen, dass die USA selbst vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgenommen werden. Vergeblich. Dennoch stimmte sie wie 92 von 100 anderen Senatoren mit „Ja". Kokett spielte eine Zeit lang das Weiße Haus, das heißt, Präsident Barack Obama, mit der Möglichkeit, ein Veto einzulegen, ließ es aber dann bleiben.

Natürlich sollte angesichts einer solchen Rechtslage die Politik der Atlantiker neu justiert werden. Zu überlegen wäre etwa, was Obama darunter versteht, wenn er von der „Verteidigung der Werte" spricht. Wahrscheinlich meint er tatsächlich nur diejenigen, die in Fort Knox lagern oder von Goldman Sachs gehortet werden. Man hat ja Verständnis dafür, so wie Steinmeier für die Bombardierung des Jemen.

Ende der Griechenland-Lüge

Von Eberhard Hamer

Inzwischen ist klar geworden, dass Griechenland seit der Aufnahme auf Kosten des Euro Korruptions- und Defizitwirtschaft betrieben hat, die Solidaritätshilfen der Europäer die Situation nicht verbessert, sondern nur den Konkurs verschleppt haben, Griechenland die 320 Milliarden Euro Schulden nie mehr zurückzahlen kann, das Geld also verloren ist, aber auch eine Zukunft Griechenlands im Euro nur mit ständigen Subventionen möglich wäre.

Die angeblich „ohne Alternative" gegebenen Hilfen an Griechenland waren also ökonomisch sinnlos. Der Weg des Euro-Lügners Jean-Claude Juncker („Wenn man nicht weiter weiß, muss man lügen"), die Wirtschaftsunion gegen alle ökonomische Vernunft zur Haftungs-, Schulden- und Transferunion auszubauen, war Betrug an den Solidaritätsländern. Es lässt sich nun nicht mehr leugnen, dass die Solidaritätsleistungen nicht nur vergeblich, sondern verloren waren. Man hat zur Konkursverschleppung gutes Geld dem schlechten hinterhergeworfen. Nun stehen die Euro-seligen Geber ebenso wie die korrupten Nehmer vor dem Problem, ihren Bürgern gegenüber den Misserfolg zugeben zu müssen, wobei die Euro-Länder mehr als 300 Milliarden Euro Griechenlandkredite ausbuchen, also in eigene Schulden verwandeln müssen, die EZB die faulen Griechenlandanleihen ebenfalls abschreiben und deshalb wohl um neues Einlagekapital ihrer Mitgliedsländer betteln muss, die griechische Regierung ihren Wählern gegenüber zugeben muss, dass ihre Wahlversprechen nicht haltbar sind und dass Misswirtschaft und Korruption sowie öffentliche Beglückung mit fremdem Geld nicht durchzuhalten sein werden.

Geber und Nehmer fürchten Wut der Wähler

Hinter den Kulissen tobt nun der Kampf, ob die Konkursverschleppung Griechenlands weitergehen oder beendet werden muss. Die Geber wie auch die Griechen fürchten die Wut der Wähler, wenn man ihnen die Wahrheit eingestehen muss, aber auch, wenn man den Griechen ihre Schlamperei weiterfinanziert. Sie wollen rhetorisch Griechenland im Euro halten, praktisch aber das Experiment nun endlich beenden.

Dagegen steht aber der Befehl aus Washington an die EU-Kommission, Griechenland weiter im Euro und in der EU zu halten, weil Griechenland für die Südflanke der Nato unverzichtbar wäre. Nicht aus Sanierungsgründen, sondern nur aus US-militärischen Gründen des Nato-Aufmarsches gegen Russland und gegen Syrien sollen die Euro-Gelder an Griechenland weiter fließen. Begründet wird dies mit „europäischer Solidarität".

Die EU-Länder stehen also in der Zwickmühle zwischen einem teuren weiteren Belügen ihrer Bürger oder der Rückkehr zur Wahrheit des Scheiterns des griechischen Experiments und des Zugebens, dass 320 Milliarden Euro verloren sind – also entweder ein Schrecken ohne Ende oder ein Ende mit Schrecken. Dass Griechenland angesichts der Nato-Hilfe weiterhin frech und unverschämt argumentiert, ist verständlich. Die Lösung hängt davon ab, wie lange die Nato-Gründe noch gegen die finanz- und innenpolitischen Gründe, gegen die Eigeninteressen vor allem Deutschlands durchgesetzt werden können.



EU-Geld soll weiter nach Griechenland fließen, weil das Land unverzichtbar für die Nato ist: Athens Verteidigungsminister Panos Kammenos (links) und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg

Bild: pa

Frei gedacht



Aufwachsen im »Gefängnis«

Von Eva Herman

Ein Kind wird geboren. Unschuldig liegt es in den weißen Kissen, zart, zerbrechlich, beschützenswert. Wie in Erinnerung an eine andere Welt strahlen seine Augen, weltenfern oft der Blick. Renommierte Hirnforscher haben festgestellt, dass ein großer Prozentsatz der Neugeborenen mit hohen, individuellen Fähigkeiten ausgestattet ist, die es für uns dringend zu erkennen und zu fördern gilt. Über 90 Prozent der Babys sollen hochbegabt sein; nach dem Durchlaufen von Schule und Erziehung sind es dann noch knapp drei Prozent. Was geschieht in den ersten, alles bestimmenden Jahren eines Menschen? Wie wäre er wohl ohne unsere „moderne" Sozialisierung?

Ein Blick in das Leben der Familie XY: Schon beim Frühstück läuft der Fernseher. Man muss schließlich informiert sein, die zahlreichen Morgenmagazine arbeiten auf unterhaltsame Weise die aktuellen Themen von Politik und Gesellschaft auf, heißt es. Dazwischen läuft Werbung. Der Säugling ist jetzt einige Monate alt. Er brabbelt in seinem Stubenwagen vor sich hin, während die Familie sich eilig fertigmacht. Wenn die Musik der Spots lauter wird, hebt das Kind das Köpfchen: Werbung für Säfte, Kaffee, für Autos und kosmetische Artikel der Schönheitsindustrie. Das wachsende Gehirn erhält erste Hinweise darauf, wie die Welt sich den modernen Menschen vorstellt, was sie von einem jeden erwartet. Noch ist der innere Blick des Kindes in fremde Welten gerichtet, in unbekannte Sphären, die das zarte Wesen einst geprägt, noch sind Schleier der Erinnerung an Licht und unerklärliche Bewegungen des Raums wahrnehmbar auf seinem Antlitz, in jenem Bruchteil eines Augenblicks der Betrachtung. Und schon ist er auch wieder fort, dieser wertvolle Moment des Eins-Seins mit der Kraft des unendlichen Universums – spätestens beim nächsten Werbejingle, der laut in den Raum kracht.

Nicht ganz ein Jahr alt ist das Kind nun, als es in die ganztägige Fremdbetreuung gegeben wird. Als die Erzieherin der erschrockenen Mutter erklärt, dass der allmorgendliche Schreikrampf des Kindes völlig normal sei, dass das Kind auch sofort aufhören werde, sobald sie das Gebäude jetzt verlasse, versucht sie sich zu beruhigen: Schließlich halten alle anderen Mütter und Kinder diese tägliche Trennung ja auch irgendwie ganz gut aus. Oder? Nach wenigen Wochen bleibt das Kleine dann auch stumm bei der täglichen Übergabe in die Betreuungsanstalt. Die Erwachsenen haben keine Zeit, lange über das Innere nachzudenken, weder über die Seelenentwicklung des Kindes, noch über die eigene mahnende, innere Stimme, die doch ganz andere Dinge formulieren möchte als das, was die Welt da draußen wie selbstverständlich vorgibt. Zu erschöpft ist man, zu müde, um neben den täglichen Aufgaben über Derartiges zu sinnieren, was zum Beispiel Seele und Geist heißt, was spirituelle Kraft bedeutet, und was der Schöpfer sich eigentlich in Wirklichkeit für uns Menschen vorgestellt hatte. Hin und wieder, wenn sich die Morgensonne über den Häusern bricht in rosig-goldenem Tone, wenn das Zwitschern der heimischen Vögel wie eine Melodie aus Balsam und Wohltat die Seele streichelt, den Geist erinnert an die Schönheit der Natur, des Lebens und des ewigen Seins, dann möchten sie hervorbrechen, die unterdrückten Tränen des Schmerzes und der endlosen Sehnsucht nach dem wahren Zweck unserer Bestimmung.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal", fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Das Kind wächst. Es ist in der Schule. Hier wird das moderne Leben gelehrt, abseits von wahrer Kultur und wirklicher Erziehung. Es sind jene „Werte", die unsere Gesellschaft heute ausmachen. Nahezu den ganzen Tag verbringt das Kind auch hier nun wieder, es lernt jetzt, dass man die Jeans von letztem Jahr nicht mehr tragen soll, auch die Blusen und T-Shirts werden schnell unmodern. Immer neue Ideen präsentieren Modeschöpfer und Kreative, das Rad dieser „Entwicklung" steht nie mehr still. Auch Crèmes und pharmazeutische Mittel sollen eingesetzt werden, um gewissen Idealen von Schönheit und Perfektion folgen zu können. Wie eine große Schraube zieht es jeden mit hinein, ob er will oder nicht. Wer den Blick kurz öffnet, um die Wahrheit des Treibens zu erkennen, der sieht flächendeckend uniformierte Menschen, sie sehen ähnlich aus, sie tragen die gleiche Kleidung, sprechen ähnliche Dinge aus, bewegen, verhalten sich gleichförmig. Wer anders ist, wer ausscheren will, gehört nicht dazu. Er ist ein Sonderling, wird als solcher ausgemustert.

Das Kind schwimmt mit, längst ist es Bestandteil dieser Gesellschaft, tut alles, um nur dazuzugehören. In der Schule lernt es, wie man heute zu denken hat. Es erfährt, dass die Politiker sich angeblich für das Volk einsetzen. Es schreibt Klassenarbeiten über die Hergänge von Geschichte und Kriegen. Symptome sind es, die allgemein als Bildung bezeichnet werden. Wer allerdings nach den Ursachen fragt, erhält kaum Antworten. Es wird immer klarer, dass man „falsche Fragen" nicht stellen sollte. Es geht nicht mehr um Wissen, sondern um Erlerntes. Das System funktioniert, die Abrichtung läuft. Kaum einer spürt die Beklemmung, oder doch, da ist schon etwas, was hin und wieder mal drückt auf das Sonnengeflecht, und was den Geist in einer Art Nebel festhalten will. Doch wer spürt diesen Hinweisen noch nach? Wo kommt man denn da hin, wenn man der inneren Stimme wirklich einmal Gehör schenken wollte? Grübeleien, Zweifel, Ängste kämen auf, das spürt man schnell, unbekannte Gefilde sind es, die keiner freiwillig betreten will, da es viel zu unbequem ist. Und da die anderen es ja schließlich auch nicht tun. Es geht alles viel leichter, indem man einfach mitschwimmt in dem großen Strom.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt mit Ehemann und Kind in Hamburg.

Wenn das Kind erwachsen ist, hat es alles gelernt, was es zum Überleben in dieser Gesellschaft braucht: Es weiß sich anzupassen in jeder Situation, spürt genau, was von ihm erwartet wird. Von früh an war sein Leben kollektiv geprägt, die Masse war sein Lehrer. Nur wenige lernten, zu hinterfragen, wer denn die Masse eigentlich steuert. Nur einige wagten es, Fragen zu stellen, die über das Vorgegebene hinausgingen. Es ist ihnen nicht gut bekommen, denn die Masse möchte gar nicht über anderes nachdenken, als das, was zum täglichen Überleben gehört. Der Fernseher läuft von der Wiege bis zur Bahre, die Hinweise auf unser Leben sind immer die gleichen.

Macht es Sinn, eigene Fragen zu stellen, fernab von dem großen Strom der Gleichförmigkeit? Fernab von dem pulsierenden, bunten, lauten Leben, das doch in Wahrheit so spärlich und dünn verläuft? Wo bleiben wir ohne die innere Sehnsucht nach dem wahren Leben, warum stellen wir sie nicht mehr, die Fragen nach dem urewigen Zwecke unseres Daseins? Ist es schon zu spät? Und wohin treibt uns der mächtige Strom der globalen Welt?

Ich kann die Worte des renommierten deutschen Hirnforschers Gerald Hüther nicht vergessen, der mit seinen Kollegen feststellte: Weit über 90 Prozent aller Neugeborenen sind hochbegabt, nach Durchlaufen von Schule und Erziehung sind es noch drei Prozent. Warum wehren wir uns eigentlich nicht ganz entschieden gegen diese Entwicklung? Warum drehen wir unser Leben nicht einfach um, und machen zur Masse, was gut und richtig ist? Die Zeit dafür ist gekommen, fangen wir doch einfach an!

Bismarck satt

Bier- und Diätkur für den Eisernen Kanzler – Zahlreiche Orte wetteifern im Bismarck-Jahr mit Ausstellungen

Schönhausen und Bad Kissingen gehören zu den wichtigsten Erinnerungsorten hinsichtlich Otto von Bismarcks. Doch auch Tangermünde und Stendal sind im Wettlauf um die beste Ausstellungen mit von der Partie.

Otto von Bismarck wurde am 1. April 1815 im altmärkischen Schönhausen geboren. Im fränkischen Bad Kissingen verbrachte er 15 Kuraufenthalte. Beide Orte haben ein Bismarck-Museum. Anlässlich des 200. Geburtstags des „Eisernen Kanzlers“ präsentieren sie Sonderausstellungen.

Ottos Vater, Ferdinand von Bismarck, ließ folgende Geburtsanzeige in die Zeitung setzen: „Die gestern erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau von einem gesunden Sohne verfehle ich nicht allen Verwandten und Freunden, unter Verbittung des Glückwunsches, bekannt zu machen. Schönhausen, den 2. April 1815.“

Solche Bescheidenheit blieb Otto in seinem weiteren Leben erspart. Er war bestrebt, im Mittelpunkt zu stehen, und ließ sich gern feiern. Den Höhepunkt bildeten die Ehrungen zu seinem 80. Geburtstag: Ihn erreichten Tausende von Glückwunschtelegrammen und -briefen sowie 32 Waggons voller Geschenke. Bereits 1891 hatte er durch seinen Sohn Herbert in Schönhausen ein Museum einrichten lassen, in dem seine Ehrengaben ausgestellt waren. Es wurde 1948 aufgelöst.

Zum 200. Geburtstag Bismarcks hat das Bundesfinanzministerium jetzt eine 62-Cent-Sonderbriefmarke und eine 10-Euro-Gedenkmünze herausgebracht.

In der Dauerausstellung des heutigen Schönhausener Museums wird neben persönlichen Gegenständen wie Bismarcks weißer Galauniform, in der er auf dem berühmten Gemälde „Kaiserproklamation in Versailles“ zu sehen ist, eine Auswahl der Geschenke gezeigt. Zu den auffälligsten Stücken gehören die Statuette einer das Schwert schwingenden Germania, die ihm Kaiser Wilhelm I. verehrte, und ein Bierseidel in Form von Bismarcks Kopf mit aufklappbarer Pickelhaube, den ihm ein Verehrer zum 80. Geburtstag schenkte. Eine Sonderschau stellt das alte Bismarck-Museum in Texten und Fotografien vor. Es hatte neun Räume, darunter einen Fürsten-, Diplomaten- und Kuriositätensaal.

In der zweiten Schönhausener Sonderausstellung wird man anhand von Porträtreproduktionen mit Ottos Vorfahren bekannt gemacht. Schönhausen war seit 1562 in Familienbesitz. Die DDR-Regierung ließ 1958 das Hauptgebäude des Schlosses sprengen. Erhalten ist der Seitenflügel. In ihm ist das Museum untergebracht. Im Garten hat der Jubilar Spuren hinterlassen. Die vier Kanonen sind Beute aus dem Deutsch-Französischen Krieg. Die bemooste Herkules-Statue hat ein durchsiebtes Hinterteil, nachdem sie der 14-jährige Otto mit Schrot beschossen hatte. Das Bismarck-Museum wird überragt von der 1212 geweihten Patronatskirche. In der Gruft liegen Familienmitglieder bestattet, im Kirchenschiff hängen ihre Epitaphe. Ottos Taufstein wird gerade restauriert. Die Familie von Bismarck ist seit dem 13. Jahrhundert in der Altmark nachweisbar. Heute leben rund 300 Bismarcks in aller Welt. Elf von ihnen stellen sich in der mit Objekten aus Familienbesitz bestückten Schau „Familie im Wandel“ im Altmärkischen Museum Stendal vor.

Tangermünde feiert Otto von Bismarck im Burgmuseum. Den Privatsammler Hans-Joachim Mellies fasziniert der Bismarck-Mythos. Den dokumentiert er mit Bildpostkarten, Büsten und Statuetten, die ganz unterschiedliche Vorstellungsbilder von Bismarck bedienen: etwa als Schmied des deutschen Nationalstaates, kernigen Pickelhaubenträger oder Privatier in Gesellschaft seiner Doggen „Rebekka“ und „Tyras“. Kuriositäten wie Bismarck als Nussknacker und Gebrauchsartikel wie ein Rasiermesser Marke „Bismarck“ runden die Schau ab.

Obwohl Bismarck in Bad Kissingen 1874 fast einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, kehrte er zwischen 1876 und 1893 zu 14 Kuraufenthalten zurück. Solebäder, strenge Diät und das verdauungsfördernde Rakoczy-Heilwasser hatten auf den übergewichtigen Kanzler wohltuende Wirkung. Um weiteren Attentaten vorzubeugen, wurde er mit Gattin Johanna und den Kindern Marie, Herbert und Wilhelm auf Geheiß des bayerischen „Märchenkönigs“ Ludwig II. weit vom Schuss in der 20 Gehminuten von der Stadt entfernten Oberen Saline untergebracht. Auf dem Weg dorthin begegnet man dem ersten Standbild, das Bismarck errichtet wurde. Die Aufstellung des mit Spendengeldern finanzierten, 1877 enthüllten Denkmals ist Ludwig II. zu verdanken, denn für eine solche Ehrung einer noch lebenden Person war eine königlich bayerische Genehmigung erforderlich.

Bronzener Kanzler: Bismarckdenkmal in Bad Kissingen Bild: Thiede

Während Bismarcks Kuraufenthalten war die Obere Saline sowohl Erholungsort als auch Regierungssitz. Damit der Reichskanzler seinen Amtsgeschäften zügig nachgehen konnte, wurde eine Telegrafenstation eingerichtet. In den ehemaligen Wohnräumen Johannas befindet sich eine Dauerschau, die von Bismarcks Leben und Wirken in Kissingen erzählt. Blickfang ist die mit einem roten Sessel ausgestattete „Bismarck-Waage“. Regen Absatz fanden die Porträts, die der Kissinger Prominentenfotograf Jacques Pilartz anfertigen durfte.

Neben seinem „Hoffotografen“ unterhielt Bismarck beste Beziehungen zum Prominentenmaler Franz von Lenbach, den er 1874 in Bad Kissingen kennenlernte. Lenbach schuf rund 80 Porträts von ihm. Sein Haupt ließ Lenbach stets der Dunkelheit hervortreten: Bismarck als „heller Kopf“, wenn nicht gar als „Erleuchteter“.

Heutige Bismarck-Porträts sind unter dem Titel „Otto – 200“ zu sehen. Die Sonderschau ist das Ergebnis eines 2009 von Roland Halbritter gestarteten Brief-Projekts. Inzwischen sind per Post aus aller Welt an die 1000 Vorstellungsbilder von Bismarck eingegangen. An den 200 ausgestellten Porträts fällt auf, dass sie oft Klischeevorstellungen gehorchen. Zu deren Grundbestand gehören mächtiger Schnauzbart, Pickelhaube und Bismarck-Hering.

Unverändert sind Bismarcks Wohnräume erhalten: der Festsaal, das Schlafzimmer mit Nachttopf unter dem Bett und das Arbeitszimmer. In ihm diktierte er seinem Sohn Herbert 1877 seine grundsätzliche Lagebeurteilung und Zielsetzung der Außenpolitik. Für wünschenswert hielt er „eine politische Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.“ Dieses als „Kissinger Diktat“ berühmte Grundsatzpapier liefert den Anstoß zu einer Sonderschau, die ab Mai im Museum gezeigt wird: „Schlüsselworte für Deutschlands Politik in Europa: Bismarcks Kissinger Diktat von 1877“. *Veit-Mario Thiede*

Ausstellungshinweise

„Herkunft und Familie“ und **„Geschenkt: Das Schönhausener Bismarck-Museum von 1891 und seine Schätze“** bis 31. Dezember im Bismarck-Museum Schönhausen, Kirchberg 4–5. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr; Telefon (039323) 38874, Internet: www.bismarck-stiftung.de. **„Familie im Wandel – Dargestellt am Beispiel der altmärkischen Familie von Bismarck“** bis 21. Juni im Altmärkischen Museum Stendal, Schadewachten 48. Geöffnet Dienstag bis Freitag 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr und Sonntag von 13 bis 18 Uhr, Telefon (03931) 651700, www.museum.stendal.de. **„Otto von Bismarck zum 200. Geburtstag – Ausstellung einer Privatsammlung“** bis 31. Oktober im Burgmuseum Tangermünde, Schlossfreiheit 5. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, Telefon (039322) 93260, Internet: www.tangermuende.de. **„Otto – 200“** bis 3. Mai sowie **„Schlüsselworte für Deutschlands Politik in Europa: Bismarcks Kissinger Diktat von 1877“** vom 13. Mai bis 25. Oktober im Bismarck-Museum Bad Kissingen, Obere Saline 20. Geöffnet Mittwoch bis Sonntag von 14 bis 17 Uhr, Telefon (0971) 8071230, www.bismarck-museum.de

Die Expo und das Universalgenie

Mit einer der größten Schauen zu Leonardo da Vinci überhaupt bereitet sich Mailand auf die Weltausstellung vor

Es gibt keine Stadt, die enger mit Leonardo da Vinci verbunden ist als Mailand. Hier verbrachte er die meiste Zeit seines Lebens, insgesamt 22 Jahre: 1482 bis 1499 im Dienste des Herzogs von Mailand Ludovico, genannt Il Moro, und 1507 bis 1512 unter den Franzosen, welche die Stadt ab 1500 für zwölf Jahre besetzt hatten. Um die Stellung am Hof der Sforza zu erhalten, hatte sich Leonardo als Festungsingenieur, Waffentechniker und Architekt empfohlen und erst in zweiter Linie als Maler und Bildhauer. Denn gefragt waren – wie heute – vor allem Ingenieure. Zusammen mit den Architekten waren sie die Superstars der damaligen Zeit, nicht Maler oder Bildhauer.

Leonardo konnte nach Belieben jedes Register ziehen. Denn wie kein Zweiter verband er kreatives Talent und wissenschaftliches Denken, Kunst und Technik, miteinander. Dabei war er seiner Zeit um Jahrhunderte voraus. Utopien braucht die Welt bis heute, vielleicht dringender denn je. Leonardo wurde daher zum „Helden der Expo 2015“ stilisiert, die vom 1. Mai an in Mailand stattfinden wird.

Parallel zur Weltausstellung findet im Palazzo Reale an der Piazza direkt rechts neben dem Dom vom 15. April bis 19. Juli die umfassendste Ausstellung zum Universalgenie statt, die jemals in Italien realisiert wurde. Mit dem Titel „Leonardo 1452–1519“ richtet sie sich an ein breites Publikum und gibt in zwölf Abschnitten einen Überblick über die Vielseitigkeit des Renaissance-Künstlers. Darüber hinaus stellt sie Leonardos Werk in den Kontext seiner Vorgänger und Schüler, von denen ebenfalls zahlreiche Werke ausgestellt sind, und zeigt seinen Einfluss auf die moderne und zeitgenössische Kunst.

Dabei kann die Ausstellung auf den Fundus der Stadt zurückgreifen. Seine Gedanken zu Anatomie, Botanik, Zoologie, Geologie, Geographie, Hydrologie, Aerologie, Optik, Astronomie, Mathematik, Physik, Chemie, Mechanik oder Architektur legte Leonardo in zahlreichen Notizbüchern nieder, von denen sich weltweit 6000 Seiten erhalten haben. Die bedeutendste Sammlung mit 1119 Seiten ist der Codex Atlanticus aus der Mailänder Bibliothek Ambrosiana. Mit über 30 Seiten ist sie der Hauptleihgeber.

Weitere Blätter kommen aus der Königlichen Bibliothek der englischen Queen in Windsor Castle, dem British Museum, den Florentiner Uffizien, dem Metropolitan Museum in New York und der Biblioteca Reale in Turin. Dazu bereichert eine beträchtliche Anzahl von Skulpturen, Inkunabeln und Gemälden aus den größten Museen der Welt die Retrospektive. Mailands Nationalmuseum für Wissenschaft und Technik steuert weiter drei nach Leonardo-Zeichnungen gefertigte Maschinen-Modelle bei sowie die Mailänder Pinakothek Ambrosiana Leonardos Bildnis eines Musikers.

Auch sein weltberühmtes „Letztes Abendmahl“ aus dem Refektorium des ehemaligen Dominikanerklosters Santa Maria delle Grazie ist vertreten. Allerdings als Videoprojektion mit interaktiven Beschreibungen. Das einige Straßen entfernte Original ist seit seiner letzten 1999 abgeschlossenen Restaurierung nur noch gegen Voranmeldung zu betrachten.

Weitere dauerhafte Spuren birgt das Castello Sforzesco. Sein berühmtester Raum, die Sala delle Asse im Erdgeschoss des Torre Falconiera, wurde von Leonardo als dekorative Laube mit verschlungenem Zweigwerk aus 16 Bäumen ausgemalt. Unübersehbar erinnert auch das überdimensionale Bronzepferd am Eingang des Mailänder Hippodroms an den Künstler.

Zum Gedenken an den Begründer der Mailänder Dynastie Francesco Sforza sollte Leonardo die größte Reiterstatue der Welt erschaffen. Doch über ein Tonmodell kam er nicht hinaus. Die Bronze wurde letztlich für Kanonenkugeln gebraucht. Erst fünf Jahrhunderte später fand Leonardos über sieben Meter hohes Cavallo im Sommer 1999 seine Aufstellung. *Helga Schnehagen*

Infos im Internet: www.comune.milano.it/palazzoreale

Bild: Louvre/Paris

Kleines Meisterwerk: das nur 14 Zentimeter hohe und 59 Zentimeter lange Gemälde „Verkündigung an Maria“ wird Leonardo zugeschrieben. Eine größere Version befindet sich in Florenz

Ein entzauberter Staatsdichter

Gäbe es den Sozialismus noch, so würde man den 100. Geburtstag von Stephan Hermlin überschwänglich feiern. In der DDR war sein Name von Anfang bis Untergang des Staats dauerhaft präsent. Denn der am 13. April 1915 in Chemnitz als Rudolf Leder geborene Autor, dessen Künstlername vermutlich aus den Namen seiner Dichteridole Stéphane Mallarmé, Georg Heym und Friedrich Hölderlin gebildet ist, galt im Arbeiter- und Bauernstaat als hohes Tier. Als Kulturfunktionär bekleidete der dreifache Nationalpreisträger der DDR mehrere wichtige Ämter wie in der Ost-Akademie der Künste oder dem internationalen PEN-Club.

In diesen Funktionen zeigte Hermlin aber auch sein janusköpfiges Gesicht. Als überzeugter Kommunist und Freund Erich Honekkers machte er sich mit Stalin-Hymnen lieb Kind und befürwortete den Mauerbau. Andererseits verteidigte und förderte er Dissidenten wie Günter Kunert oder Reiner Kunze. Hermlin verfasste 1976 auch die Petition gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns. Nur sein öffentliches Ansehen bewahrte ihn damals vor dem Parteiausschluss.

Von seinen manierierten Gedichten, arg gekünstelt wirkenden Novellen und politischen Essays wäre nach seinem Tod am 6. April 1997 nur etwas geblieben, wenn es die DDR noch gäbe. So aber gerät sein Name in Vergessenheit. *H. Tews*

Als die Kriegsmarine der Royal Navy zuvorkam

Im Unternehmen »Weserübung« besetzten deutsche Soldaten vor 75 Jahren die Königreiche Norwegen und Dänemark

Aufgrund der permanenten Bedrohung der Neutralität der skandinavischen Staaten durch Großbritannien besetzte die Wehrmacht vor 75 Jahren sowohl Dänemark als auch Norwegen. Widerstand gegen diese Präventivmaßnahme regte sich dabei nur in Norwegen, das hierin von Truppen und Marineverbänden des Empire unterstützt wurde.



Bei der Besetzung Norwegens stieß die Wehrmacht auf diverse nichtnorwegische Kombattanten: Gefangen genommene britische Soldaten bei Trondheim Bild: SZ

Am 16. Februar 1940 drang der britische Zerstörer „Cossack“, der unter dem Kommando von Captain Philip Vian stand, in die norwegischen Hoheitsgewässer ein. Danach enterte ein Stoßtrupp der „Cossack“ das deutsche Trossschiff „Altmark“, wobei sieben Besatzungsmitglieder desselben ums Leben kamen. Dieser Vorfall stellte zum erneuten Male unter Beweis, dass die Norweger weder willens noch in der Lage waren, ihre Neutralität gegen westalliierte Übergriffe zu verteidigen – immerhin ereignete sich der Piratenakt ja in Anwesenheit der norwegischen Torpedoboote „Skarv“, „Kjell“ und „Firern“. Aber diese hatten eben vom Chef des Zweiten Norwegischen Seeverteidigungsabschnittes, Konteradmiral Carsten Tank-Nielsen, den Befehl erhalten, passiv zu bleiben.

Als Konsequenz hieraus ordnete Adolf Hitler wenige Tage später an, in Norwegen und auch Dänemark einzurücken, um einer Annexion durch die Briten zuvorzukommen. Diese hätte nämlich dazu geführt, dass das Deutsche Reich von den Eisenerzlieferungen aus dem schwedischen Kiruna abgeschnitten worden wäre, die über den norwegischen Hafen Narvik verschifft wurden. Darüber hinaus drohte eine Sperrung sämtlicher Ostseezugänge.

Und tatsächlich kam der Befehl zum Präventivschlag gerade noch rechtzeitig, denn in London liefen bereits die Vorbereitungen für die Operationen „Wilfred“ beziehungsweise „R 4“, in deren Verlauf Narvik oder – im Falle deutscher Gegenmaßnahmen – gegebenenfalls auch ganz Norwegen besetzt werden sollte. Die Intervention der Briten begann am 5. April 1940 mit einer großangelegten Minenunternehmung in norwegischen Gewässern, die sich gegen die Erztransporte nach Deutschland richtete. Dabei kamen insgesamt 19 Schiffe zum Einsatz.

Allerdings unterblieb die ebenfalls geplante Anlandung von Truppen in Narvik und anderswo, weil am 7. April gemeldet wurde, dass starke deutsche Schiffsverbände ausgelaufen seien. Hierbei handelte es sich um die Kriegsschiff-Gruppen 1 bis 11, die auf dem Wege nach Narvik, Trondheim, Bergen, Kristiansand, Oslo und Egersund sowie Nyborg, Kopenhagen, Middelfart, Korsør und Gedser waren. Dort sollten im Rahmen der Operationen „Weserübung Nord“ beziehungsweise „Süd“ Kampfeinheiten des Heeres abgesetzt werden.

Zuvor ergingen freilich noch zwei diplomatische Noten an Dänemark und Norwegen, in denen gefordert wurde, die prophylaktische Besetzung zu akzeptieren. Und das tat die Regierung in Kopenhagen dann auch, weswegen das Truppenkontingent unter dem General der Flieger Leonhard Kaupisch, das aus der 170. und der 198. Infanterie-Division sowie der 11. Schützenbrigade bestand, fast ohne Verluste vorrücken konnte. Dahingegen entschieden sich die Norweger für den Kampf, bei dem sie dann auch bald massive Unterstützung durch die Briten erhielten. Diese entsandten zwei Infanteriedivisionen, die unter dem Oberbefehl von Major-General Pierse Joseph Mackesy standen; dazu kamen später noch die 13. Halbbrigade der Fremdenlegion unter Lieutenant-Colonel Raoul Charles Magrin-Vernerey und die französische 1. Division de Chasseurs unter Brigadegeneral Antoine Béthouart sowie die Polish Independent Highland Brigade unter General Zygmunt Piotr Bohusz-Szysko. Außerdem bot die Royal Navy drei Flugzeugträger, sechs Schlachtschiffe, 26 Kreuzer, 23 U-Boote und 51 Zerstörer gegen die deutsche Invasionsflotte auf.

Die bestand aus vier Schlachtbeziehungsweise Linienschiffen, sieben Kreuzern, 14 Zerstörern, 31 U-Booten sowie 110 kleineren Einheiten, darunter vielen Minenräum-Kuttern, und bildete den größten Flottenverband, den die Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg je für eine Angriffsoperation zusammenstellte. Darüber hinaus verfügte General der Infanterie Nikolaus von Falkenhorst, der Oberkommandierende der Bodentruppen bei „Weserübung Nord“, über fünf Infanterie- und zwei Gebirgsdivisionen. Außerdem war da noch die Luftwaffe, die mit 878 Maschinen für die Lufthoheit über Norwegen sorgte.

> Das Unternehmen dauerte vom 9. April bis 10. Juni 1940

Allerdings verliefen die Kämpfe zum Teil recht wechselvoll. Das galt vor allem für die Schlacht um das strategisch besonders bedeutsame Narvik, in der die Briten zunächst mehrere deutsche Zerstörer versenkten und dann die Gebirgsjäger von Generalmajor Eduard Dietl an den Rand einer Niederlage brachten. Zeitweise standen hier 5000 deutsche Soldaten gegen 24 500 Alliierte, weswegen Hitler zunächst sogar bereit war, eine Ausweichbewegung ins Nachbarland Schweden zu gestatten. Ebenso verlief die Besetzung von Oslo nicht wie geplant. Erst verlor die Kriegsmarine den Schweren Kreuzer „Blücher“, dann vermochte es die norwegische Königsfamilie, mitsamt den Goldreserven des Landes zu entkommen. Und schließlich erwies sich auch noch der konzentrierte Einsatz der deutschen U-Boote gegen die Royal Navy als Fehlschlag, weil die neu entwickelten Magnetzünder der Torpedos versagten.

Dennoch musste London bald sämtliche Truppen aus Norwegen abziehen, nachdem die britische Expeditionsarmee in Frankreich eine vernichtende Niederlage erlitten hatte. Damit blieb den Norwegern nichts anderes übrig als zu kapitulieren. Die entsprechende Urkunde unterzeichnete der Oberstleutnant im Generalstab Ragnvald Roscher Nielsen am 10. Juni 1940 in Trondheim.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren 1317 deutsche, 1335 norwegische und 5500 alliierte Soldaten gefallen; außerdem verbuchten beide Seiten schwere Verluste an Schiffen. Deutschland verlor neben der „Blücher“ noch zwei Leichte Kreuzer, zehn Zerstörer und vier U-Boote, während die Briten den Flugzeugträger „Glorious“ sowie zwei Kreuzer, neun Zerstörer und sechs U-Boote einbüßten.

Infolge des letztendlichen Gelingens der Operation „Weserübung“ blieb Deutschlands Versorgung mit schwedischem Eisenerz für die gesamte restliche Dauer des Krieges gesichert. Des Weiteren konnte die Wehrmacht von Nordnorwegen aus gegen die alliierten Geleitzüge operieren, die nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion nach Murmansk und Archangelsk liefen.

Wolfgang Kaufmann

Musterbeispiel für erfolgreiche Auslandsspionage

Dass das Unternehmen „Weserübung“ trotz aller Widrigkeiten erfolgreich verlief, war nicht zuletzt einer perfekten nachrichtendienstlichen Vorbereitung und Begleitung zu verdanken. Dabei waren diese nicht einmal befohlen worden, sondern erfolgten in Eigeninitiative der für den skandinavischen Raum zuständigen Abwehrstelle Hamburg. Nachdem der ungefähre Angriffstermin feststand, gewann sie einige Reedereien dafür, in der zweiten Aprilhälfte Schiffe in die südnorwegischen Häfen zu entsenden, um Informationen zu sammeln und zu übermitteln. Da die Bordfunkanlagen der Handelsschiffe kriegführender Nationen für die Dauer des Aufenthalts in neutralen Häfen üblicherweise versiegelt wurden, gab man den Schiffen Agentenfunkgeräte mit und schulte die Besatzungen in der Übermittlung geheimer Nachrichten.

Außerdem sammelten deutsche Nachrichtenoffiziere, getarnt als Angehörige der deutschen Gesandtschaft in Oslo, alles über die alliierten Truppen in Norwegen, die norwegischen Streitkräfte sowie Lage und Stärke der Küstenbefestigungen. Dabei kam ihnen der auf die lange Neutralitäts- und Friedenszeit zurückzuführende lasche Umgang der Norweger mit Geheimhaltung und Spionageabwehr zugute. Auf der Grundlage der so gewonnenen Informationen kam die Abwehr zu dem Schluss, dass Briten und Franzosen mit dem stillschweigenden Einverständnis der norwegischen Regierung bereits „auf dem Wege truppweiser Infiltration eine Invasion vollzogen“.

Am 5. April ging die erste Meldung eines deutschen Schiffes bei der Funkbetriebsstelle der Abwehr in Hamburg-Wohldorf ein. Von dort gab man alle eingehenden Meldungen sofort an die Abwehrstelle weiter, die wiederum über eine extra eingerichtete Fernmeldeverbindung den für das Unternehmen „Weserübung“ gebildeten gemeinsamen Gefechtsstand von Heer, Luftwaffe und Marine im Hamburger Hotel „Esplanade“ informierte.

Nach Beginn der Operation waren die von Bord des Dampfers „Widar“ gesendeten Funksprüche die ersten Meldungen von der Front überhaupt. Fortan berichteten die deutschen Schiffsbesatzungen laufend über norwegische Verteidigungsmaßnahmen und die Luftabwehr, die Positionen gegnerischer Schiffe, das Verhalten der Zivilbevölkerung, die Wirkung der deutschen Luftangriffe und das Wetter. Mithilfe dieser Informationen konnte man im Gefechtsstand „Esplanade“ ein laufendes Lagebild erstellen und entsprechend reagieren. Am 13. April konnte der auf der „Widar“ eingeschiffte Abwehroffizier die Erfolgsmeldung absetzen: „Unternehmen Narvik, Drontheim, Bergen, Egersund, Kristiansand, Arendal voll geglückt. In Oslo sind wir Herr der Lage“. *Jan Heitmann*

Rettung aus der Anonymität

Fotoausstellung in Potsdam gibt den Opfern des stalinistischen Großen Terrors ein Gesicht

In der Reihe der stalinistischen Verbrechen in der Sowjetunion war der Große Terror in den Jahren 1937 und 1938 beispiellos in seinem Ausmaß. Ganz im Gegensatz zu den damals unter großem Propagandaaufwand geführten öffentlichen Moskauer und lokalen Schauprozessen vollzog sich der Große Terror unter dem Siegel strengster Geheimhaltung. In nur 16 Monaten verschwanden etwa 1,5 Millionen Menschen für immer – in geheimen Operationen verhaftet, von geheimen Standgerichten ohne Verteidigung und oft sogar in Abwesenheit als „Volksfeinde“ abgeurteilt. 750 000 Opfer wurden sofort ermordet und in geheimen Massengräbern verscharrt.

Letzte Zeugnisse dieser Menschen sind Gefängnisfotos, die im Rahmen der polizeilichen Routine, ein, zwei Tage, manchmal nur wenige Stunden vor ihrer Ermordung gemacht wurden, dann für Jahrzehnte in Geheimarchiven verborgen lagen und erst Anfang der 1990er Jahre öffentlich bekannt wurden.

Seit 2006 hat der polnische Fotograf und Journalist Tomasz Kizny viele dieser Aufnahmen gesichtet. Er machte Orte von Massengräbern ausfindig und fotografierte sie. Er führte Interviews mit betroffenen Familien, die oft noch bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 im Ungewissen geblieben waren über das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen. Denn, so Kizny: „Im Russland Stalins folgte der physischen Vernichtung eines Menschen die Tilgung seines Bildes, die Auslöschung aller Spuren seiner Existenz, die Verurteilung zur ‚damnatio memoriae‘ – zur Verdammung des Andenkens.“

Die noch bis zum 19. April im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) gezeigte Ausstellung „Der ‚Große Terror‘ 1937–1938 in der Sowjetunion“ holt einige der Opfer des stalinistischen Terrors aus der Anonymität zurück. Sie gibt ihnen ihr Gesicht wieder und bereitet ihnen so ein nachträgliches Andenken. Gezeigt werden 80 Gefängnisfotografien der Opfer in vergrößerten Abzügen sowie weitere 200 als audiovisuelle Projektion, jeweils mit kurzen biografischen Angaben. Über Medienstationen sind acht Video-Interviews abrufbar, in denen sich Augenzeugen – meist die Kinder von Ermordeten – erinnern: an die Verhaftungen, an die quälende Ungewissheit und ihre vergeblichen Versuche, letzte Spuren ihrer verschwundenen Angehörigen ausfindig zu machen.

Plakat zur Ausstellung Bild: HPBG

Eine Projektion zeigt Fotografien, die Kizny von 40 geheimen Hinrichtungsstätten und Massengräbern in Russland, der Ukraine und Weißrussland aufgenommen hat.

Nach Stationen in Polen, der Schweiz, Frankreich und Russland ist die Ausstellung nun erstmals in Deutschland zu sehen.

Als mit Tomasz Kizny der Autor der Ausstellung zur Welt kam, war Josef Stalin bereits ein halbes Jahrzehnt tot, aber den real existierenden Sozialismus hat er noch hautnah miterlebt. So ist der Breslauer Mitbegründer der Unabhängigen Fotoagentur Dementi, die 1982 nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen gegründet wurde und bis 1989 im Untergrund tätig war. In den 1990er Jahren realisierte Kizny ein Fotoprojekt über den sowjetischen Gulag. Das daraus entstandene Buch „Gulag“ erschien 2003 und wurde in sieben Sprachen veröffentlicht. Für das Projekt „Der Große Terror“ fotografierte und recherchierte Tomasz Kizny in den Jahren 2008 bis 2010 in Russland, der Ukraine und Weißrussland. Sein Buch „La Grande Terreur en URSS 1937–1938“ erschien 2013 auf Französisch und Polnisch.

Das dokumentarische Projekt „Der Große Terror 1937–1938“ wurde in den Jahren 2008 bis 2011 aus Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Gerda-Henkel-Stiftung finanziert. Tomasz Kizny hat das Projekt während seines Forschungsaufenthaltes am Wissenschaftskolleg zu Berlin im Jahr 2006/2007 begonnen. Die Institution unterstützte das Projekt auch in den folgenden Jahren. In der Russischen Föderation wurde das Projekt in Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft Memorial in Moskau realisiert.

Die ebenfalls mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderte Ausstellung wurde von der Stiftung Picture Doc in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte/Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte verwirklicht. *PAZ*

Nähere Informationen zu der Ausstellung und zu dem zu ihr erschienenen zweisprachigen Begleitbuch in Deutsch und Englisch sind erhältlich beim Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG), Kutschstall, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 62085-50, Fax (0331) 62085-59, E-Mail: info@hbpg.de

Franz Liszts letztes Patenkind

Wilhelm Franz Reuss wirkte ab 1935 als Staatskapellmeister und Dirigent der Städtischen Sinfoniekonzerte in Königsberg

Wilhelm Franz Reuss wurde am 17. März 1886 in Karlsruhe geboren. Sein Vater war der Liszt-Schüler, Pianist, Musikschriftsteller und Konservatoriumslehrer Eduard Reuss, seine Mutter die Sopranistin und Gesangspädagogin Luise Reuss-Belce. Franz Liszt selber übernahm die Patenschaft für das Kind, sein letztes Patenkind.

In einem musikalischen Hause erzogen, früh mit den zeitgenössischen Kompositionen eines Liszt, Richard Wagner oder Max von Schillings vertraut gemacht, war es Reuss' Wunsch, nach dem in Dresden abgelegten Abitur Musik mit dem Ziel Dirigent zu studieren. Zu seinen ersten Lehrern gehörten sein damals in Dresden als Hochschullehrer am königlichen Konservatorium tätiger Vater und Felix Draeseke.

Als Schillings 1908 als Generalmusikdirektor an die Hofoper in Stuttgart berufen wurde, nahm er Reuss zu weiteren Studien an und engagierte ihn als Solorepetitor an die Stuttgarter Hofoper. Diese Position behielt er bis 1910. Zu Studien mit dem Münchner Generalmusikdirektor Felix Mottl, einem Freund seiner Eltern aus Karlsruher Tagen, wechselte er für fünf Monate an die Hofoper München als Solorepetitor. Die letzten vier Monate der Spielzeit verbrachte er wieder in Stuttgart.

Am 14. Juli 1910 heiratete Reuss in Stuttgart die Sopranistin Mathilde Walsen. Aus dieser Ehe gingen die beiden 1910 beziehungsweise 1919 geborenen Töchter Luise und Thilde-Maria hervor.

In den Sommern 1912 und 1914 wirkte er als Solorepetitor und musikalischer Assistent bei den Bayreuther Festspielen mit. Für die Saison 1911/12 wechselte Reuss als Chordirektor nach Mainz, danach 1912 bis 1918 nach Barmen, wo er zwei Jahre als 2. und danach als 1. Kapellmeister tätig war, unterbrochen von seiner Militärzeit von November 1916 bis Mai 1917.

Ab 1918 wurde Reuss an das Königsberger Opernhaus engagiert, wo er als 1. Kapellmeister wirkte. Die Eröffnungsvorstellung nach kriegsbedingter Pause zeigte „Fidelio“ mit der neu engagierten Frida Leider. Auch Mathilde Walsch sang in diesen Jahren oft als Gast in Opern- und Konzertaufführungen in Königsberg. Im Frühjahr 1922 verunglückte die jüngste Tochter des Ehepaares Reuss bei einem Straßenbahnunfall tödlich. Mathilde Walsch, die das Geschehen von ihrer Wohnung aus verfolgte, erlitt einen schweren Nervenzusammenbruch, von dem sie sich nie erholte. Um 1927 musste sie ihre eigene Laufbahn als Sängerin beenden, zeitweise Heim- und Sanatoriumsaufenthalte wurden nötig, bis sie ab Mitte der 30er Jahre fest im Behindertenheim Grafeneck untergebracht werden musste, wo sie 1941 verstarb. Die Ehe wurde etwa 1937 geschieden, die Gründe sind nicht mehr nachzuvollziehen, doch sorgte Reuss weiterhin für die finanzielle Absicherung von Mathilde Walsch. 1938 heiratete Reuss ein zweites Mal, Margarethe Wessel (1896–1965).

> 1. Kapellmeister des Königsberger Opernhauses bis 1923

1923 wechselte Reuss als Kapellmeister an die Städtische Oper Berlin, wo er bis 1927 blieb. 1927 bis 1933 wirkte er dann als 1. Kapellmeister in Kassel, von 1933 bis 1935 erneut an der Städtischen Oper in Berlin. Zu diesem Zeitpunkt beherrschte Reuss ein Opernrepertoire von etwa 80 Opern, zahlreiche zeitgenössische Opern von Hindemith, Casella, Korngold, Pfitzner waren darunter, genauso wie Wagner, Verdi, Mozart oder Meyerbeer.

1935 wurde Reuss als Staatskapellmeister und Dirigent der Städtischen Sinfoniekonzerte nach Königsberg berufen, wo er später auch als Städtischer Musikbeauftragter und Dirigent des Gaukriegsorchesters wirkte. Reuss dirigierte wieder sein umfangreiches Repertoire, doch bildeten sich auch hier als Schwerpunkt Richard Wagner, von Schillings, Wolfgang Amadeus Mozart, Ludwig van Beethoven und zeitgenössische Komponisten wie etwa Clemens Schmalstich heraus.

Mit unter anderem Elsa Varena, Karl Buschmann, Elisabeth Aldor, Fritz Zöllner und Lotte Leonhardt stand ihm ein vorzügliches Ensemble zur Verfügung. Junge aufstrebende Künstler wie Hans Braun, Gottlob Frick, Horst Günter, Josef Hermann, Edith Jäger, Paul Kuen oder Alexander Welitsch debütierten oder wirkten in ihren frühen Karrierejahren – oft über einen längeren Zeitraum – am Königsberger Opernhaus.

Kammersänger Paul Kuen hob Reuss' menschliches Verhalten, seine vornehm-zurückhaltende Art sowie sein außerordentliches musikalisches Können und Wissen hervor. Edith Jäger lobte seine ruhige Art, nie wäre er ihr oder einem Kollegen gegenüber ausfallend oder ungeduldig geworden. Jede Probe und Aufführung sei in harmonischer Atmosphäre verlaufen, wozu auch sein Humor beigetragen habe. Anlässlich der 400-Jahr-Feier der Albertus-Universität dirigierte Reuss eine festliche „Fidelio“-Aufführung. Nach den schweren Luftangriffen des August 1944 machten die Zerstörungen der Stadt Königsberg und das Ausscheiden mancher Musiker sein Wirken schwer. Doch gelangen Reuss immer wieder Versuche, Aufführungen mit dem buntgemischten Gaukriegsorchester durchzuführen. Am 1. Januar 1945 kam so ein Konzert mit der Ouvertüre zu „Der Freischütz“, Schuberts „Unvollendeter“ und Beethovens 1. Sinfonie zustande. Im Rundfunk wirkte er bis in die letzten Tage der Stadt, nach deren Einnahme das Ehepaar Reuss verhaftet und Verhören unterzogen wurde.

Im Gerichtsgefängnis erlag Reuss im April oder Mai 1945 seinen schweren Verletzungen, die er durch Misshandlungen erlitten hatte. Der genaue Todestag ist unbekannt. Nach Zeugenaussagen wurde sein Leichnam in einem Splittergraben der Brahmsschlucht beigesetzt. Margarethe Reuss konnte Königsberg im November 1947 verlassen und starb im Mai 1965 in Lübeck. Reuss hat etwa 50 Schellackplattenseiten von 1927 bis 1934 für verschiedene Schallplattenfirmen eingespielt. Sie zeigen ihn in einigen wichtigen Teilen seines Repertoires, überwiegend als Begleiter damals so prominenter Sänger wie Erna Berger, Marcel Wittrisch und Peter Anders. *E.B.*



Vor 70 Jahren erlag er den Misshandlungen durch die Rote Armee: Wilhelm Franz Reuss Bild: bpk

Den Fall Königsbergs überlebte er nur wenige Tage

Vor 70 Jahren starb der Konzertsänger Hans Eggert in der Obhut der »grauen Schwestern« im Sankt-Elisabeth-Krankenhaus

Bei den ehemaligen Hörern des Königsberger Rundfunks und vielen Konzertbesuchern wird der Name des Baritons Hans Eggert Erinnerungen an diese Künstlerpersönlichkeit lebendig werden lassen. Andere denken vielleicht noch an persönliche Begegnungen, wenn Eggert mit dem Bus des Königsberger Rundfunks in der Provinz unterwegs war und bei den Veranstaltungen „Im ganzen Gau Rundfunk zur Schau“ mitwirkte. Der 70. Todestag des begnadeten Sängers ist Verpflichtung, sein Leben und Wirken darzustellen, soweit dies der zeitliche Abstand von sieben Jahrzehnten ermöglicht.

Geboren wurde Hans Eggert am 11. August 1895 in Osterode. Aus der Jugendzeit im Elternhaus ist überliefert, dass Hans beim Spiel mit Nachbarskindern an der Schaukel verletzt wurde. Unheilbar blieb eine starke Sehstörung, die schicksalhaft seinen weiteren Lebensweg bestimmte. In der Blindenschule wurde er als Bürstenbinder ausgebildet. Im Laufe der Jahre erkannte man seine schöne Stimme. Nach erster Gesangsausbildung war Eggert bald ein beliebter Sänger bei den verschiedensten Veranstaltungen im heimatlichen Raum.

Mit der Übersiedlung nach Königsberg und der Verbindung zum Rundfunk gelang Eggert der Aufstieg in die städtische Musikwelt. Er widmete sich zunächst der weiteren Ausbildung zur künstlerischen Reife. Neben der praktischen Förderung durch Musikdirektor Otto Groke führte sein Weg zur Akademischen Verbindung Organum, deren Aktivitas überwiegend aus Studierenden des 1924 an der Albertina gegründeten Instituts für Kirchen- und Schulmusik bestand. In diesem Kreis idealistischer Musikstudenten erhielt Eggert ab 1930 die für seine musikalische Weiterbildung entscheidenden ideellen und materiellen Impulse. Die solistische Ausbildung übernahm Professor Erwin Ross, der Gesangspädagoge des Instituts. Bei der Vorbereitung halfen ihm Freunde als Liedbegleiter und beim notwendigen Auswendiglernen aller Partien. Zeitzeugen nennen Eggert ein „Gedächtnis-Phänomen“. Auch Ross war immer wieder erstaunt, wie wenig er sowohl zur Interpretation als auch zur Gesangstechnik beizutragen hatte.



Hans Eggert Bild: Archiv

Äußerer Höhepunkt dieser Entwicklung war die Auszeichnung mit dem 1936 erstmals verliehenen Musikpreis der Stadt Berlin, den neben weiteren instrumentalen Preisträgern auch die Stuttgarter Altistin Lore Fischer erhielt. In diese Zeit fallen zwei von Publikum und Presse stark beachtete Liederabende im Berliner Beethovensaal mit dem damaligen Meisterbegleiter Michael Raucheisen am Flügel. Besonders am zweiten Abend gelang es Eggert, Franz Schuberts anspruchsvollen Liederzyklus „Die Winterreise“ in bezwingende Darstellung umzusetzen. Erwähnt sei noch ein Konzert im Frankfurter Römer 1937, vorwiegend mit Loewe-Balladen, denen seine besondere Neigung galt.

> Noch kurz vor Weihnachten 1944 gestaltete er in der Pregelmetropole einen Liederabend

Eggerts Repertoire umfasste Gesänge aus der Barockzeit und als Schwerpunkt Schubert-, Brahms-, Wolff- und Strauß-Lieder. Außerdem widmete er sich dem von starker melodischer Eigenart geprägten Liedschaffen des 1892 geborenen finnischen Komponisten Yrjö Kilpinen und Kompositionen seines Landsmannes Herbert Brust. Nicht minder bedeutend war das Wirken Eggerts im Oratorienfach, vor allem die weihevolle Gestaltung der Christus-Partie in Johann Sebastian Bachs Passionen waren seine Domäne. Dies beschränkte sich bald nicht mehr nur auf seine zahlreichen Auftritte im Königsberger Sender und bei Konzerten örtlicher Veranstalter. Nach einer Aufführung der Matthäus-Passion in der Dresdner Kreuzkirche schrieben die „Dresdner Nachrichten“ am 11. April 1936: „Hans Eggert war mit seinem edlen mächtigen Bariton der gegebene Vertreter der heldischen Jesus-Auffassung, wusste aber auch die Stimme zu Trauer und Schmerz ergreifend zu dämpfen.“ Aus den zahlreichen Rezensionen der Tages- und auch der Fachpresse ergibt sich eine seltene Einmütigkeit in der Gesamtbeurteilung der künstlerischen Persönlichkeit Eggerts. So ist in der „Allgemeinen Musikzeitung“ vom 22. November 1935 zu lesen: „Bei Hans Eggert ist die Kritik in der angenehmen Lage, wieder einmal aus vollen Zügen loben zu dürfen. Diese Stimme hat jenes berückende Etwas im Timbre, das man nicht beschreiben kann, und das eben doch das Wichtigste im Singen bedeutet und niemanden gleichgültig lassen kann. Dazu gesellt sich die beste Kultur und Geschlossenheit der Gesanglinie und sinnvolle, aus echter Musikalität entspringende Phrasierung.“

Verheiratet war Eggert mit einer Krankenschwester aus Rastenburg. Die Familie mit einem kleinen Sohn wurde im Herbst 1944 in die Nähe von Torgau evakuiert. Eggert erhielt dort die Aufforderung, in dem bedrängten Königsberg einen Liederabend vor Weihnachten zu gestalten. Schweren Herzens nahm er Abschied. Der begnadete Künstler verstarb am 13. April 1945 – wenige Tage nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen – in der Obhut der „Grauen Schwestern“ im Sankt-Elisabeth-Krankenhaus. Seine Liebe und Treue zur ostpreußischen Heimat wurde sein Schicksal. *E.B.*

Hoffnung für AfD

Zu: Flügelkampf entbrannt (Nr. 13)

Beide Flügel der AfD scheinen in ihren Resolutionen irrtümlich davon auszugehen, dass sich rationale Wirtschaft und Patriotismus nicht harmonisieren lassen. Sicher hat man den Wahlkampf in Hamburg vielleicht anders führen müssen als in Brandenburg oder Thüringen. Doch dies sicher nicht aus „Feigheit“ oder durch „Verrat“, wie es heißt, sondern im vorsichtigen Ausbalancieren politischer Grundgedanken, die noch gar nicht verbindlich verabschiedet worden sind. Ein Flügelkampf hemmt und vergeudet die Kräfte nur.

Sinnvoll wäre es zu überlegen, wie verschiedene Ausgangspunkte zu einem glaubwürdigen Gemeinsamen verbunden werden können. Die national-liberale FDP der Theodor-Heuß-Ära ging unter, als sie nicht mehr patriotisch sein wollte. Wenn sich die AfD sorgt, als rechtsradikal diskreditiert zu werden, ist dies angesichts der journalistischen Qualität der systemimmanenten Medien verständlich. Aber es sollte getrost darauf gebaut werden, dass sich mehrende Merkmale echter Alternativen zu den gesellschaftlichen Fehllehren der Altparteien, die weder ökonomisch klug noch heimatstützend sind, vom Wähler in Zukunft noch weit mehr honoriert werden, als dies bisher bereits geschehen ist.

Dr. Klaus-J. Schneider-Haßloff, Berlin

Wie passt Gott ins Land des Hochfinanz?

Zu: Würdevoll daneben (Nr.13)

Eine Hymne ist ein Lob- und Preisgesang, eine Nationalhymne soll die Zugehörigkeit zur eigenen Nation betonen. Zu den Beispielen im Artikel ist unbedingt noch eines hinzu zu fügen, nämlich die Nationalhymne der Schweiz. Sie wird auch „Schweizerpsalm“ genannt, von einem Zisterziensermönch komponiert ist sie ein Kirchenlied, das man auch in Gebetbüchern findet.

Gott ist im Land der Hochfinanz fest im Nationalgefühl etabliert, und der Schweizer wird aufgefordert zu beten. Und im Refrain der vierten Strophe wird ihm ans Herz gelegt, dass seine Seele ahnt, wer dahinter steckt, dass das Land zu den reichsten Europas gehört: Eure fromme Seele ahnt, / Eure fromme Seele ahnt / Gott im hehren Vaterland, / Gott, den Herrn, im hehren Vaterland.

Mit der weltanschaulichen Neutralität ist es oft nicht weit her. Ein Agnostiker oder Atheist ist vermutlich kein guter Schweizer. Tradition und Brauch sind oft Nährböden von Heuchelei. Hauptsache, die Melodie „geht ins Herz“.

Richard Bernardy, Viersen



Eifriger Mahner: Beim Thüringer Landesparteitag konnte AfD-Chef Bernd Lucke die innerparteilichen Wogen nicht glätten Bild: Imgao

Her mit 218!

Zu: Mehr Ausländer als je zuvor (Nr. 12)

Laut Statistischem Bundesamt leben in Deutschland derzeit 8,2 Millionen Ausländer. Das wäre ja fast ein Traum. Die Einwanderer, Zuwanderer, Immigranten, Migranten, Asylanten – wie immer man sie bezeichnen will – sind aber mittlerweile zu einem Albtraum geworden. Von diesen Herrschaften leben mindestens 20 Millionen im Land. Deutschland ist bereits überfremdet und auch übervölkert. Das liegt auch daran, dass Politiker aller Parteien den Austausch der deutschen Bevölkerung durch andere Völkerschaften anstreben.

Wie ein Leser in einem vorangegangenen *PAZ*-Forum bereits geschrieben hat, wird in zehn bis 15 Jahren das Land den Flüchtlingen und Asylanten gehören, wenn dem Massenzustrom nicht Einhalt geboten wird. Diese unkontrollierte Zuwanderung wird damit gerechtfertigt, dass die Deutschen zunehmend vergreisen. Dem könnte man aber abhelfen, indem der Paragraf 218 abgeändert wird und Abtreibung wieder voll strafbar wird. Jährlich werden zirka 300000 Kinder abgetrieben. Die etablierten Politiker, allen voran die Kanzlerin, unterstützen aber die vorgeburtliche Liquidierung sozial unerwünschter Deutscher und haben so aus einem sauberen und geordneten Rechts- und Sozialstaat einen Augiasstall gemacht.

Barbara Koerber, Gräfenberg

Die »nützlichen Idioten« von der Antifa

Zum Leserbrief: Wer finanziert die Antifa? (Nr. 10)

Antifa – was ist aus dir geworden? Einst streitbar, für edle Interessen eintretend, auch etwas verrückt. Heute der kriminelle und gewaltbereite Teil des antifaschistischen Milieus, durchsetzt von irregeleiteten jungen Menschen, die für falsche Ideale in unerträglicher Weise tätig werden. Ohne das Gehirn einzuschalten, lassen sie sich von politischen Kräften missbrauchen. Handelnd, um die freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit Andersdenkender einzuschränken und auch mit strafrechtlich relevanten Gewalttaten (Steine, Flaschenwerfen) zu stören. Dazu vervollständigen Angriffe mit körperlicher Gewalt auf die Andersdenkenden die Skala ihres Tuns.

Um nicht zu hören, was friedfertige, mutige Demonstranten kundtun, müssen sie intensiv gegenanpfeifen. Das könnte den einen oder anderen Verirrten vielleicht zum Denken anregen.

Offiziell wollen sie das Wiedererstarken des Faschismus verhindern? Sie ummanteln sich als demokratie- und moralbewusste „Antifaschisten“. In ihrer Schizophrenie wollen sie die Welt vor dem bösen Faschismus beschützen – doch sie bedienen sich genau der Mittel, für die der Faschismus in die Geschichte einging: Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, Verfolgung, Gesinnungsgesetzgebung, und ginge es nach der Antifa-Brut: Standgerichte und Todesstrafen. In ihrer Feigheit und Heuchelei wollen sie die Welt vor den braunen Banden und den Kriegstreibern beschützen – doch gegen die Kriege des US-Imperiums, die Kriegshetze der Nato oder die militärischen Interventionen Israels bekommen sie das Lügenmaul keinen Zentimeter weit auf. Denn dafür würde man wahrhafte „Zivilcourage“ benötigen – und die hat man den Wohlstandskindern der Antifa aberzogen. Und es ist ja auch wirklich leichter gegen eine „braune SA“ zu kämpfen, auch wenn diese seit 70 Jahren nicht mehr existiert.

Und nun sind sie auch noch willkommen und sind wunderbar nutzbar gegen Pegida und andere Vereine, die sich für die Erhaltung des Friedens, den deutschen Staat und die Einhaltung der Gesetze dieses Staates einsetzen. In ganz Deutschland versuchen die sogenannten „Volksparteien“, vor allem aber die Grünen und der Ableger, die „Jungen Grünen“, die Linke und ihr nahestehende Organisationen, diesen kriminellen „Auswurf“ der Antifa-Szene für ihre Interessen handeln zu lassen.

Fast alle Medien in Deutschland, besser bekannt als „Lügenpresse“, und natürlich TV und Radio, berichten kaum etwas über diese Erscheinung, nein, die Teilnehmerzahlen der Veranstaltungen von Pegida, Mahnwachen und anderen werden heruntergerechnet, aber die der gekauften Gegendemonstranten hochgerechnet. Das strafrechtlich relevante Handeln der Antifa wird kleingeredet oder verschwiegen.

Die Opposition der Straße in Deutschland erstarkt weiter. Die Dresdner zeigen, wie es geht. Es nützt dem amerikanisch gesteuerten Politsystem nichts, die Fußtruppen der Antifa vorzuführen. Sie sind Geister des liberal-kapitalistischen Systems. Und sie sind die nützlichen Idioten, wie sie Stalin genannt hätte. Sie sind der Auswurf einer dekadenten Zeit, der alles leugnet, was tausende Jahre Gültigkeit hatte und der sich nur dann wohl fühlt, wenn er Schwache, Schaufenster und Blumenkisten schlagen oder zerschlagen kann.

Bürger dieses Landes, unserer Heimat, dieser Spuk muss beendet werden! Denkt an unsere Kinder, an deren Zukunft, aber auch an euch. Dieser Staat und diese Regierung werden uns in die bereits vorhandene Armut schicken, unsere Heimat aufgeben und Deutschland beerdigen.

Ich liebe meine Heimat, mein Deutschland, meine Familie lebt hier. Mein Großvater und Vater haben für dieses Land gearbeitet und gekämpft. Halten wir in Ehren, was uns anvertraut wurde. Es lohnt sich.

Matthias Bergmann, Radebeul

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 15 – 11. April 2015

MELDUNGEN

Schnellstraße bewilligt

Allenstein – Der Vertrag über den Bau der Schnellstraße S51 von Allenstein nach Hohenstein wurde vor Kurzem unterzeichnet. Entlang der mehr als 13 Kilometer langen Trasse sollen unter anderem Lärmschutzwände gebaut werden. Es entstehen ebenfalls zwei Zufahrten in Stabigotten und Grieslienen. Der zu bauende Abschnitt der Schnellstraße wird mit dem Straßenkreuz Allenstein-Süd beziehungsweise mit dem Abschnitt der geplanten Umgehungsstraße verbunden. Die Straße wird an der Ortschaft Pagelshof bei Hohenstein enden. Die Kosten betragen etwa vier Millionen Zloty (umgerechnet zirka 985 000 Euro). *PAZ*

»Echo des Krieges«

Königsberg – Das Museum Friedländer Tor hat eine neue Ausstellung im erhaltenen Luftschutzkeller eröffnet, der sich auf dem Gelände des Museums befindet. Das Ausstellungsprojekt „Echo des Krieges" erhielt im vergangenen Jahr den Kulturpreis des Ölkonzerns Lukoil im Königsberger Gebiet, so dass es jetzt verwirklicht werden konnte. Die Ausstellung soll die tragische und verstörende Atmosphäre des Krieges verkörpern. Sie will zeigen, welchem Schrecken die Zivilbevölkerung bei Luftangriffen, Bombeneinschlägen und der Erstürmung von Städten ausgesetzt waren. Durch den Einsatz moderner Technik, mit Ton- und Lichteffekten wird die Atmosphäre des Krieges nachgeahmt. Es ist eine sehr emotionale Ausstellung entstanden, welche die Gefühle der Hilflosigkeit und die Angst der Zivilbevölkerung während des Krieges vermitteln will. Es ist der Versuch, den heutigen Menschen den Wert des menschlichen Lebens und des Friedens, von Humanität und internationaler Gemeinschaft nahezubringen. *MRK*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Poweirsen [Powierz] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 16: Dombrowken [Dabrówka] – Erlenau [Olszewo], Baustelle; Drosdowen [Drozdowo] – Tuchlinnen [Tuchlin], Baustelle; Arys [Orzysz]) – Lyck [Ełk], Renovierung der Fußgängerzonen. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynskastraße, Baustelle. Straße Nr. 54: Verkehrsknoten Braunsberg Süd [Braniewo], Baustelle. Straße Nr. 59: Rhein [Ryn], Baustelle; Ribben [Rybno] – Weydicken [Wejdyki], Baustelle; Wymiary – Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. *PAZ*

Krise trifft Königsberger Hafen hart

Seit Monaten verzeichnen Logistikfirmen des Gebiets Umsatzrückgänge – Massenentlassungen befürchtet

Seit einigen Monaten zeigen sich die Auswirkungen der Sanktionspolitik des Westens auch im Königsberger Gebiet überdeutlich. Weil auch der Hafen unter starkem Umsatzrückgang leidet, hat die Gebietsregierung Hilfe aus Moskau erbeten. Bislang aber ohne Erfolg.



Gähnende Leere: Anlegestellen im Königsberger Hafen warten auf Schiffe Bild: J.T.

Der Königsberger Hafen hat für den Seehandel große Bedeutung. Die Hafengesellschaft ist der größte Arbeitgeber im Königsberger Gebiet. Über den Hafen laufen die wesentlichen Güterströme, die jedoch in den vergangenen zwei Monaten im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 30 Prozent einbrachen. Das bedeutet nicht nur weniger Haushaltseinnahmen, sondern birgt auch die ernsthafte Gefahr für Arbeitnehmer von über 20 Unternehmen, die verschiedene Dienstleistungen im Hafen erbringen, ihre Arbeit zu verlieren. In diesen Firmen arbeiten insgesamt 50 000 Menschen.

Der Mitarbeiter eines Logistikunternehmens berichtete, dass die Nachfrage nach Dienstleistungen seiner Firma in den vergangenen Jahren stetig gestiegen war und sein Gehalt dementsprechend erhöht wurde. Er sei in der Lage gewesen, Geld zu sparen und sich zusätzlich Reisen in ferne Länder zu leisten. Im Spätsommer vergangenen Jahres sei der Umsatz des Unternehmens zurückgegangen und einige Kunden seien ganz vom Markt verschwunden. Vor ein paar Wochen habe das Unternehmen dann mitgeteilt, dass Kürzungen unvermeidlich seien, wenn die Situation sich nicht in den kommenden zwei bis drei Monaten deutlich verbessere.

Der rasante Rückgang der Branche hängt mit dem drastischen Rubelverfall zusammen, durch den der Warentransit von Weißrussland und Litauen über das Königsberger Gebiet erheblich teurer geworden ist. Darüber hinaus hat die staatliche russische Eisenbahn Zollprivilegien für den Export von Erdöl und Erdölprodukten über die Exklave eingeschränkt, was sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des Königsberger Hafens ausgewirkt hat. Die Regionalbehörden haben sich deswegen bereits an die russische Regierung gewandt, allerdings kam aus Moskau noch keine Reaktion.

50 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr

Inzwischen werden die Verkehrsströme in die Häfen der anderen Ostseeanrainerländer umgeleitet, die bessere Konditionen bieten. Wie lange es dauern wird, bis der Königsberger Hafen nach Überwindung der Krise verlorene Kunden zurückgewinnen kann, ist ungewiss. Denn es wird mit einem weiteren Umsatzrückgang gerechnet. Inzwischen ist der Handelshafen fast leer, und alle fragen sich, wie es weiter gehen soll. Es gab noch Zeiten, in denen die Schiffe in dritter Reihe an den Anlegestellen festgemacht hatten.

Das Mitglied des Ausschusses der Königsberger Gebietsduma für Verkehrsangelegenheiten Andrej Kolesnikow, der früher selbst den Hafen geleitet hat, sagte, dass die Tarifpolitik Litauens zu einem andauernden Rückgang des Gütertransitvolumens über Königsberger Unternehmen geführt habe. Die Litauische Eisenbahn mache die Hafenterminals in der Exklave konkurrenzunfähig.

Die aktuelle Krise hat einmal mehr dazu beigetragen, die Transportlogistik des Gebiets unattraktiv werden zu lassen. Solange es keine angemessene Reaktion aus Moskau auf die Anfragen der Königsberger Politiker gibt, wird die Exklave weiterhin an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Regionalregierung befürchtet, dass ein Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung des Gebiets seine Arbeit verlieren könnte. Denn der Umsatzrückgang des Hafens wirkt sich auch auf viele andere Firmen aus, etwa auf Dienstleiser wie Versicherungen oder Zollabfertigungs- und Logistikunternehmen. Dass alle gleichzeitig betroffen sind, ist zwar unwahrscheinlich, jedoch zeigt die Krise Wirkung auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Die Logistik- und Hafenindustrie ist nur ein Beispiel, aber charakteristisch für die Region.

Jurij Tschernyschew

Jubelfeier zum Jahrestag des Krim-Beitritts

Zirka 10 000 Teilnehmer kamen zur Kundgebung – Partiotismus vor allem bei Rentnern wieder erwacht

Mitte März fand in Königsberg eine Kundgebung anlässlich des Jahrestags der Unterzeichnung der Vereinbarung des Krim-Beitritts statt. Am 18. März wurde das Ereignis, das Teil einer russlandweiten Kampagne war, auf dem Hansaplatz feierlich begangen. Die Königsberger Gewerkschaftsvereinigung hatte die Veranstaltung organisiert. In einer offiziellen Mitteilung hieß es, die Gewerkschaftsvereinigung freue sich über die Entscheidung der Krimbewohner, sie stimme dem Referendum über den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation in vollem Maße zu. Am Tag der Veranstaltung war der Hansaplatz mit Zäunen eingegrenzt. Teilnehmer der Kundgebung gelangten nur durch Durchgänge mit Metalldetektoren auf den Platz. Kioske versorgten die Teilnehmer mit Hotdogs und Tschebureki (georgische gefüllte Fladenbrote) und nichtalkoholische Getränke.

Kundgebung gegen die Krise lockte nur wenige Menschen an

Laut Angaben der Organisatoren waren etwa 10 000 Menschen zur Kundgebung gekommen. Im Gegensatz dazu waren zur Anti-Krisen-Kundgebung am 1. März im Südpark nur ein paar hundert auf die Straße gegangen. Und das, obwohl die Preise für Lebensmittel und Kommunalabgaben drastisch gestiegen sind sowie die Sozialausgaben auch noch gekürzt worden waren. In früheren Jahren hätte dies eine Massenkundgebung verursacht, aber im vergangenen Jahr hat es im Königsberger Gebiet keine einzige Massenkundgebung gegeben. Selbst Rentner, die ansonsten aktiv an solchen Kundgebungen teilnehmen, verhalten sich passiv. Obwohl sich gerade ihre materielle Lage erstmals seit vielen Jahren erheblich verschlechtert hat, da die stetigen Preiserhöhungen nicht durch eine Erhöhung der Renten ausgeglichen wurden. Diese betrug in den vergangenen Jahren durchschnittlich 11,4 Prozent pro Jahr. Offenbar wirkt sich die von der Politik bediente patriotische Stimmung infolge der Krim-Annexion besonders auf ältere Menschen aus.



Nahmen ein Bad in der Menge: Gouverneur Nikolaj Zukanow und Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk Bild: J.T.

Zur großen Beteiligung an der Kundgebung mag auch das gute Wetter beigetragen haben. Mit sonnigen 20 Grad Celsius war es wärmer als auf der Krim. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Zusammen für immer". An der Kundgebung nahmen Vertreter verschiedener politischer Parteien und Vereinigungen teil, wie die Kriegsveteranen, gesellschaftliche Organisationen und Berufsverbände, sowie Bewohner verschiedener Städte und Dörfer der Region. Auf dem Platz waren Fahnen von Bildungseinrichtungen von den Parteien „Einiges Russland" und „Liberaldemokratische Partei Russlands" zu sehen. Delegationen aus den Regionen und Mitarbeiter staatlicher Unternehmen waren ebenfalls angereist.

Auch der Gouverneur des Königsberger Gebiets Nikolaj Zukanow und Bürgermeister Alexander Jaroschuk nahmen teil. Sie traten jedoch nicht als Redner auf. Beide nahmen ein Bad in der Menge und posierten von Zeit zu Zeit gemeinsam mit Teilnehmern vor Plakaten. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter aus Sewastopol teil wie die Vorsitzende des Kreisrats der Stadt Larissa Melnik. Es wurde eine Resolution verabschiedet, die besagt: „Wir unterstützen den Wunsch der Bewohner der Krim und Sewastopols, mit Russland vereint zu sein. Von ganzem Herzen sind wir bereit, unseren Brüdern und Schwestern jede Hilfe zu leisten."

Die Veranstaltung endete mit einem Konzertprogramm, bei dem die Gruppe „Schwarzes Barett" und die populäre russische Gruppe „Iwanuschki International" auftraten. *J. T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es liegt noch vieles Ungedruckte in Schubladen und Kästen, das einmal aufgeschrieben und dann vergessen wurde. Bei uns Vertriebenen sind es zumeist Erinnerungen an gravierende Ereignisse auf der Flucht oder nach dem Russeneinfall, die man in einer nachdenklichen Stunde zu Papier brachte, weil man sie einmal festhalten wollte, für sich selber, für die Nachkommen oder auch für andere Schicksalsgefährten. Und dann hat man sie zur Seite gelegt, aus welchen Gründen auch immer, und es brauchte schon einen bestimmten Anlass, dass man sich auf diese Aufzeichnungen besann und sie hervorholte. Den Anstoß gibt in diesen Monaten die Zahl 70, denn vor sieben Jahrzehnten begann der große Exodus, der auch die Thematik unserer Ostpreußischen Familie bestimmt und sich in einer Fülle von Berichten zeigt, die oft hunderte von Seiten füllen und uns mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt werden. Da ist es schwer, die richtige Auswahl zu treffen, und ich bin froh, wenn es ein kurzer Bericht ist, der sich in unsere Kolumne gut einfügen lässt. Wie der von Herrn **Konrad Moysich** aus Bautzen, der uns schon lange seinen Bericht über ein Erlebnis zusenden wollte, dass er als „kleines Wunder“ bezeichnet. „Es sollte nicht vergessen werden“, meint er, und so wollen wir es heute bringen, wie Herr Moysich es aufgezeichnet hat:

„Ende Januar 1945 endete unsere Flucht aus Preußisch-Holland mit einem der letzten Eisenbahnzüge in Treptow an der Rega in Pommern. Hier blieben wir im wahrsten Sinne des Wortes stecken. Mitte März erlebten wir hier mit dem Frontdurchbruch das Ende des Kriegsgeschehens, was aber nicht das Ende des Schreckens bedeutete. In den folgenden Tagen kamen wir zwangsweise auf das Landgut Schönau. Hier hat meine Mutter in den nächsten zwei Jahren schwere Landarbeit geleistet.

Im Oktober 1947 erhielten wir dort den Bescheid über unsere Ausweisung nach Deutschland, worauf wir stets sehnsüchtig gewartet hatten. Es waren damals kaum noch eine Handvoll Deutsche auf dem Gut, Mutter und ich waren fast die Letzten. Zunächst ging es mit dem Fuhrwerk nach Kolberg, von dort im Güterzug nach Stettin. Dort wurde in den folgenden drei Tagen unsere Ausweisung verwaltungsgemäß durch den polnischen Staat vorbereitet. Dieser Akt endete mit einer Filzung, bevor wir einen bereitgestellten Güterzug nach Deutschland besteigen konnten. Die Abfertigung erfolgte in einer dafür eingerichteten Baracke. Alleinstehende Frauen mit Kindern gingen durch einen büroartigen Raum, in dem eine uniformierte Polin ihren Dienst versah. Sie machte auf uns einen strengen Eindruck, verhielt sich aber korrekt.

Mutter musste die Papiere auf den Tisch legen, dabei bemerkte die Beamtin den goldenen Ehering an ihrer Hand. Den hatte meine Mutter bewusst aufbehalten, denn es hatte sich herumgesprochen, dass die Kontrolle sehr unangenehm ausfallen könnte, wenn bei der Leibesvisitation versteckte Sachen gefunden würden. Der Ring wanderte also zusammen mit den Papieren auf den Tisch. Auf Mutters Bitte, ihr doch das Andenken an ihren Mann zu belassen, erhielt sie die Antwort, dass die Deutschen auch nicht nach ihrem Mann gefragt hätten. Da wir beide wohl einen harmlosen Eindruck machten, beschränkte sich die Durchsuchung auf eine oberflächliche Abtastung bei ausgezogenen Schuhen. Nachdem die notwendigen Stempel ausgeteilt waren, gab es die Unterlagen zurück – mit dem Ring! Oh Wunder. Wir stiegen schnell in unsere Schuhe und verließen das Lager Stettin in Richtung Güterzug, der uns dann über die Neiße nach Coswig/Anhalt brachte. Wunder gab es eben manchmal doch in jener schweren Zeit.“

Auch wir hoffen heute bei mancher Frage auf ein Wunder, die unlösbar scheint – und es dann leider auch bleibt, weil die infrage kommenden Zeitzeugen sich nicht mehr melden können. Doch unsere Familie ist ja auch für die kleinen Wünsche da, die wir oft ohne Umfrage in unserem Leserkreis erfüllen können. So wie die von unserem Königsberger Landsmann **Werner Mai**, der zu den Lesern gehört, die schon beachtliche Erfolge zu verzeichnen haben, die schon an Wunder grenzen. In seiner letzten Zuschrift ging es um eine Namensfrage, die ihm zu schaffen macht, und die er mit „Vater, das rätselhafte Wesen“ betitelt, was sehr geheimnisvoll klingt. Ist es aber nicht, denn es geht eigentlich nur um die Frage, wie sein richtiger Familienname lautet: Mai oder May? Er selber wurde als Werner Horst Heinz Mai am 2. April 1938 in Königsberg geboren. In seiner Geburtsurkunde sind als Eltern **Ernst Fritz** Mai und **Gertrud** Mai geborene **Slomianka** eingetragen. Auch seine Brüder tragen diesen Namen, denn sie sind im Königsberger Adressbuch von 1941 als **Gerhard** Mai, Bäcker, und **Alfred** Mai, Schneider, verzeichnet. Im Nachlass seines Bruders Alfred fand er den Taufschein ihres Vaters, der am 26. Dezember 1887 in Grünhagen, Kreis Wehlau auf den Namen Ernst Fritz Mai getauft wurde. Wahrscheinlich hat Vater Mai unter diesem Namen auch sein Handwerk bei einer Konditorei in Königsberg gelernt. Als er aber nach der Meisterprüfung die Konditorei Rückpaul übernahm, führte er diese unter den Namen „Fritz May“ weiter. Warum die Namensänderung, die der Vater bis zu seinem Tode beibehielt, denn auch sein 1955 vom Landratsamt Ravensburg ausgestellter Personalausweis lautet auf diesen Namen? Sein Sohn hat versucht festzustellen, unter welchem Namen sein Vater bei der Königsberger Bäckerinnung geführt wurde, bei der er auch im Gesangsverein mitwirkte – wie Werner Mai sich noch genau erinnert, denn er holte ihn zusammen mit seiner Mutter nach den Veranstaltungen im Schlosshof ab –, konnte aber nichts herausfinden. „Ob Vater Ahnenforschung betrieben hat und so auf Vorfahren mit dem Namen May gestoßen ist, oder wie oder was oder warum?“, rätselt nun der Sohn. Schließlich möchte er wissen, wie sein Familienname nun richtig lautet. Eine mögliche Lösung könnte sein, dass sein Vater bei Übernahme der Konditorei den Namen „Fritz May“ attraktiver auf dem Firmenschild fand und sich deshalb umbenannte. Vielleicht genügt diese Vermutung dem Sohn, der sich ob dieser Namensdiskrepanz als „leicht verwirrter Königsberger“ bezeichnet. (Werner Mai, Bürgermeister-Bals-Straße 8 in 82216 Maisach)



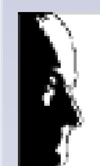
Idyll aus alter Zeit: „Kahnchenfahren“ auf dem Pregel Bild: privat

In manchem Nachlass können wir Relikte aus unserer Heimat entdecken, die schon kleine Schätze sind, und dann sind wir froh, wenn sie vor dem „Entsorgen“ gerettet wurden. Und so landete auch ein kleines Album bei uns, das uns eine 80-jährige Stallupönerin übersandte, weil sie „die guten Fotos nicht vernichten möchte“. Das wäre auch sehr schade gewesen, denn es handelt sich weder um Fotos noch um ein übliches Album im Kleinformat, sondern um ein Leporello mit Zeichnungen, die allerdings auf den ersten Blick wie alte Fotografien wirken. Die „Aufnahmen“ wirken so gestochen scharf, dass man misstrauisch wird, wenn man sie näher betrachtet, denn sie zeigen Königsberger Bauten und Plätze aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die fast unwirklich weit und leer erscheinen. Keine Autos, keine Straßenbahn, dafür einige Kutschen und nur wenige müßig wandelnde, mit Sonnenschirm bestückte Damen und Herren im vornehmen Habit. Selbst vor der Börse kein geschäftliches Treiben, dafür auf dem stillen Pregel ein einsames Ruderboot. Die gute, alte Zeit wird hier sprichwörtlich ins Bild gerückt. Sie können viel erzählen, diese gestochen scharfen Ansichten von den repräsentativen Plätzen der Stadt, und sie werden es auch tun, denn die schönsten der 15 Bilder wollen wir unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten. Heute soll es das Bild mit dem „Kahnchen fahrenden“ Paar auf dem Pregel sein – da kann man sich gut orientieren, denn die Börse steht ja noch. Leider fehlen in dem kleinen Faltbüchlein jegliche Angaben über Künstler und Herausgeber, man findet keinen Datumsvermerk – bis man dann auf der letzten Seite eine handschriftliche Eintragung entdeckt, die einen bekannten Namen aufweist: ‚Von (?) Gräfe am 10. ll. 76“, Unterschrift leider unleserlich. Es erscheint kaum zu glauben, dass das Leporello aus dieser Zeit stammt, der blaue Einband mit dem Golddruck „Erinnerungen an Königsberg“ ist erstaunlich gut erhalten, das Büchlein muss sehr gehütet worden sein, denn es hat Krieg und Flucht unbeschadet überstanden. Falls der Name Gräfe mit dem bekannten „Haus der Bücher“ in Verbindung zu bringen ist, könnte das Faltbuch auch von der seit 1831 unter Gräfe & Unzer firmierenden Verlagsbuchhandlung herausgegeben worden sein. Zeitlich könnte das hinkommen, denn von 1867 bis 1878 leitete **Heinrich Wilhelm Gräfe** die Firma. Es wird noch viel von dem alten Königsberg erzählen, das kleine Faltbuch, für das ich der Einsenderin sehr herzlich danke.

Erinnerungen hat das Bild von dem alten Königsberger Wohnhaus von **Agnes Miegel** bei Frau **Ingrid Nowakiewitsch** geweckt. Allerdings führen sie nicht so weit in die Vergangenheit zurück, sondern bis zum Jahr 2005. Damals war sie mit einer Gruppe ehemaliger Königsberger Kinder in Königsberg, auch ihre Tochter nahm an der Reise teil. „Wir logierten im Hotel Moskwa gegenüber dem Tiergarten“, berichtet Frau Nowkiewitsch, „und sind von da aus in die Hornstraße gegangen. Wir hatten Blumen mitgenommen, die wir in die Vase neben der Plakette mit dem Porträt von Agnes Miegel stellen wollten. Aus einem daneben liegenden Fenster schaute neugierig ein etwa zehnjähriger Junge heraus. Ich bat ihn, Wasser in die Vase zu füllen – soweit reichte mein Russisch gerade. Er tat es auch sofort und strahlte, als ich mich bei ihm bedankte. Das Haus sah damals von außen auch schon sehr mitgenommen aus, aber alle Wohnungen waren bewohnt, denn es hingen Gardinen an allen Fenstern.“ Das scheint ja nun nicht mehr der Fall zu sein, wie aus dem von uns veröffentlichten Foto von **Jörn Pekrull** zu ersehen ist.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ich sah in der klaren Aprilnacht die »Goya« untergehen

Eine Ortelsburgerin berichtet von ihrer Flucht über See

Jedes Ding hat seine Zeit – und die ist jetzt für den Abdruck eines Fluchtberichtes gekommen, den wir schon im vergangenen Sommer erhielten, ihn aber sorgsam verwahrten – bis heute. Denn am 16. April 1945 sank die „Goya“, und die Ortelsburgerin wurde Zeitzeugin dieser großen Schiffskatastrophe mit 7000 Toten, der sie selber nur durch Zufall entging. Als 85-Jährige hat sie ihre Erlebnisse aufgeschrieben, sie sollten nicht vergessen werden. Als die fast Hundertjährige 2012 verstarb, nahm ihre Tochter Gisela Greiner – die sich noch an die Flucht erinnern konnte, obgleich sie damals erst drei Jahre alt war – die handschriftlichen Aufzeichnungen und übersandte uns eine Kopie mit der Bitte um Veröffentlichung „als würdiges Andenken an alle Flüchtlinge, die das gleiche Schicksal erlebt haben“. Jetzt bekommt dieser Originalbericht einer Zeitzeugin den Platz, der ihm gebührt, denn es ist nun auf den Tag genau 70 Jahre her, und er fügt sich somit nahtlos in die Reihe unserer termingerechten Fluchtberichte.

„Meine Flucht begann Mitte Januar aus Ortelsburg mit drei kleinen Kindern – drei und zwei Jahre, das Jüngste sechs Monate alt. Wir kamen bis Bütow in Pommern, aber auch dort kam die russische Dampfwalze immer näher und wir waren in Alt-Kolziglow eingekesselt. In dieser Kirche war einst Bismarck mit Johanna von Puttkammer getraut worden. Es gelang mir mit Hilfe einiger Wehrmachtsangehöriger, nach Gotenhafen zu entkommen. Ich sah Danzig in einer furchtbaren Feuersbrunst untergehen. In Gotenhafen herrschten unbeschreibliche Zustände. Die Straßen und Plätze übervoll mit Flüchtenden aus Ostpreußen, dazu kamen die Rückflutenden aus Pommern, die nun in das Kreuzfeuer zwischen den Russen von der Landseite und dem Schweren Kreuzer ‚Prinz Eugen‘ gerieten. Ich versuchte bei vielen Stellen, Schiffskarten zu bekommen, ohne die war eine Ausreise nicht möglich. Sogar bei der Fliegerin Hanna Reitsch, die Verwundete ausflog, bemühte ich mich, aber alles war vergeblich. Endlich landete ich am Hafen. Unzählige Flüchtlinge, vor allem Mütter mit Kindern am Ufer, im Wasser kleine Fischerboote. Wenn ich bis dahin noch an die Möglichkeit einer Rettung über See geglaubt hatte, so schien jetzt alles aussichtslos zu sein. Doch plötzlich sah ich ein großes Schiff, die ‚Goya‘, sah einen Offizier die Gangway herunterkommen, lief auf ihn zu und sprach ihn an, ob ich nicht mit meinen drei kleinen Kindern an Bord kommen dürfe. Seine Antwort lautete, dass er erst den Kapitän fragen müsse, er sei Tierarzt und habe keine Befugnisse. Bald kam er zurück mit einem negativen Bescheid. Auch von dort keine Hilfe – wir saßen in der Falle. Ich war verzweifelt.

Da fasste mich jemand an die Schulter, und als ich mich umdrehte, erkannte ich einen Offizier, der uns schon einmal geholfen hatte, als er mich in Pommern auf einem Lkw ein Stück Weges mitgenommen hatte. Seine Mannschaft verlud auf einem kleinen Frachtschiff Lastwagen der Wehrmacht und wollte mit diesem in den Westen. Meiner Bitte, mich doch mit meinen drei kleinen Kindern mitzunehmen, wurde entsprochen! Das Schiff wollte bald ablegen, aber meine Kinder waren noch im Lager. Es fand sich ein Kastenwagen mit Pferd, mit dem ich die Kinder holte. Als wir am Hafen ankamen, war die Gangway bereits eingezogen. Die Soldaten stiegen auf die Schultern und hoben die Kinder samt Kinderwagen und mich an Bord.

Auf dem Schiff waren mehrere Lkws, auch einige Flüchtlinge, Angehörige der Organisation Todt (OT), Soldaten und vier russische Kriegsgefangene. Ich versuchte, aus Decken eine Art Zelt zu bauen, um die Kinder vor der Kälte zu schützen. Bei Dunkelheit wollten einige Frauen mir die Decken wegnehmen. Soldaten, die das beobachteten, meldeten diesen Vorfall dem Kapitän, der schnell für Ordnung sorgte. Er ließ bekannt geben, dass er jeden über Bord befördern werde, der plündert. Ein Soldat bot mir Hilfe an, indem er vorschlug, vor der Kälte mit den Kindern in einem Lkw Schutz zu suchen. Ich nahm das Angebot dankend an. Unter einer Zeltplane waren wir zusammen mit mehreren Soldaten vor der Kälte geschützt.

Bei Einbruch der Dunkelheit fuhren wir im Geleitzug von acht Schiffen, darunter als größtes Schiff die ‚Goya‘. Auf unserem Schiff, das der Hamburger Reederei Ernst Russ gehörte, traf ich einen jungen Soldaten aus meiner Heimatstadt, der als Verwundeter in ein Lazarett nach Berlin verlegt wurde. Da es sehr eng auf dem Lkw war, stieg ich aus und ging an die Reling. Ich hatte das Nachtglas meines Mannes immer um den Hals gehängt bei mir, und so nahm ich es auch jetzt und suchte damit die dunkle See nach anderen Schiffen ab. Es war eine sternenklare Nacht, und die Sicht war gut. Und da sah ich in der Ferne die ‚Goya‘, die sich wie ein verwundetes Tier aufbäumte und sehr schnell in der Tiefe versank. Ich war betroffen: Welcher Schutzengel hatte meine Kinder und mich vor diesem Schicksal bewahrt. Was war ich verzweifelt über die Ablehnung des Kapitäns gewesen. Aber ich wollte darüber nicht sprechen, um keine Panik zu erzeugen. Ich musste damit alleine fertig werden.

Wir kamen als einziges Schiff aus dem Geleit in Kiel an. Dort wurden wir fürsorglich empfangen und mit Bussen zum Bahnhof gebracht, wo uns auf weiß gedeckten Tischen Essen gereicht wurde und wo wir uns auch waschen konnten. Wir empfanden das alles als ein Glück. Es war die beste Aufnahme auf der ganzen Flucht. Aber bald beschossen englische Tiefflieger den Bahnhof, und wir mussten fort und landeten in Hamburg-Altona. Aber auch dort Fliegerangriffe, und es waren nicht die letzten. Ich besitze noch heute Teile von Geschossen, die ich in den Federbetten meiner Kinder fand. Ich habe das alles nie vergessen, und ich habe in meinem langen Leben oft voller Dankbarkeit daran gedacht, dass wir damals nicht mit der ‚Goya‘ untergegangen sind.“ *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Napierski, Helene, geb. **Witzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 12. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kohse-Grebenstein, Frida, geb. **Augstein**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 14. April
Mollenhauer, Martha, geb. **Dunkel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. April
Oehm, Elsbeth, geb. **Malessa**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 12. April
Wallis, Lisbeth, geb. **Przykopanski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gretzki, Frieda, geb. **Bialluch**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Kalcher, Horst, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 16. April
Krolczik, Hildegard, geb. **Olschewski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 12. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Schwan, Gertrud, geb. **Schidlowski**, aus Paradies, Kreis Mohrungen, am 14. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Achenbach, Kurt, aus Schuggern, Kreis Ebenrode, am 13. April
Dormeyer, Lydia, aus Lyck, am 15. April
Körner, Hedwig, geb. **Prengel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. April
Lemberg, Erna, geb. **Kinsky**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. April
Milius, Gustav, aus Pillau, Kreis Samland, am 14. April
Rudat, Gertrud, geb. **Halw**, aus Treuburg, am 14. April
Schlette, Gertrud, geb. **Schäfer**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 11. April
Tararako, Martha, geb. **Paykowski**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 12. April
van der Venn, Hilde, geb. **Drazba**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Broschat, Herta, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 17. April
Fröse, Willy, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. April
Glanert, Erna, geb. **Weinz**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 15. April
Herold, Johanne, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Jortzik, Irmgard, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 17. April
Juckel, Ursula, geb. **Wohlgemuth**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 14. April
Kunowski, Herta, geb. **Dreier**, aus Wolittenick, Kreis Heiligenbeil, am 15. April
Lange, Liesbeth, geb. **Grigull**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 16. April
Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. April
Spendowski, Elisabeth, geb. **Aukthun**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. April
Stangel, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Elste, Gertrud, geb. **Gollub**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. April
Hassio, Erna, geb. **Waschinski**, aus Lyck, Yorkstraße 20 A, am 15. April
Israel, Gerhard, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 12. April
Krug, Ingeborg, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. April
Lukasczyk, Hildegard, geb. **Wittke**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 11. April
Nikutta, Ernst, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Nitsch, Irma, geb. **Kowalzik**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 15. April
Peter, Elisabeth, geb. **van den Pluijm**, aus Wehlau, am 14. April
Polenz, Else, geb. **Hausmann**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. April
Rapold, Gerda, geb. **Behring**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 16. April
Schnitzer, Else, geb. **Bärenstrauch**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 12. April
Sneikus, Armanda, geb. **Hansen**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 12. April
Wollemin, Walter, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Badorrek, Kurt, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Beyer, Emma, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 14. April
Bludau, Erika, aus Lyck, am 14. April
Kirschbacher, Paul, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 12. April
Kraas, Anna, geb. **Perkampus**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 15. April
Riedel, Dr. Dietrich, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. April
Schmidtke, Edith, geb. **Janz**, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 15. April
Schulz-Habrbrücker, Ilse, aus Lötzen, am 14. April
Syskowski, Horst, aus Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Van Balen, Herta, geb. **Bogdahn**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 14. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendrat, Gertrud, geb. **Dennrein**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 14. April
Borutta, Gerhard, aus Seltmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April
Breitmoser, Robert, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. April
Christiansen, Käthe H. R. geb. **Preuss**, aus Treuburg, am 16. April
Hartmann, Gertrud, aus Ebenrode, am 15. April
Heinacher, Paul, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 17. April
Kroll, Bernhardt, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 16. April
Spath, Irmgard, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April
Struck, Hildegard, geb. **Girod**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. April
Szilinski, Helene, geb. **Dehn**, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 12. April
Tubacki, Erna, geb. **Steffen**, aus Laserkeim, Kreis Samland, am 11. April
Wenzel, Frieda, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 12. April
Vogtländer, Heinz, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 17. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alex, Elfriede, geb. **Kasten**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 11. April
Arnold, Gertrud, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 12. April
Christofzik, Hans, aus Lisken, Kreis Lyck, am 11. April
Dittrich, Gerda, geb. **Kluck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April
Härtling, Christel, geb. **Schiller**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 17. April
Hoffmann, Erika, geb. **Mross**, aus Neidenburg, am 16. April
Kannenberg, Elfriede, geb. **Czaczkowski**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 12. April
Klaus, Elfriede, geb. **Arndt**, aus Lehndorf, Kreis Samland, am 12. April
Luttkus, geb. **Seeger**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 11. April
Mank, Gertrud, aus Linden, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Mitzig, Eleonore, aus Lyck, am 13. April
Mlynek, Eva, geb. **Stallzus**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 14. April
Renkewitz, Gertrud, geb. **Weykunat**, aus Treuburg, am 16. April
Schulz, Gerhard, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April
Stuhlert, Ilse, geb. **Jakobeit**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 17. April
Unverricht, Fritz, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 11. April
Wieding, Heinz, aus Wehlau, am 15. April
Zerner, Rose, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becherer, Lisbeth, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Berndt, Erich, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 16. April
Buczilowski, Edith, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 16. April
Deußing, Sieghild, geb. **Jordan**, aus Wehlau, am 11. April
Donde, Ingeborg, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. April
Färber, Herta, geb. **Artischewski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 14. April
Günther, Antonie, geb. **Gröndel**, aus Bieskobnicken, Kreis Samland, am 13. April
Hein, Ernst, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 11. April
Hesse, Hildegard, geb. **Hesse**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April
Januschkowski, Horst, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 17. April
Kowalzik, Alfred, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. April
Kowalzik, Horst, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 17. April
Krause, Charlotte, geb. **Salewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 17. April
Lasarzik, Gerd, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 15. April
Lenkeit, Vera, geb. **Fuhr**, aus Lissen, Kreis Angerburg, am 16. April
Lost, Irma, aus Nussdorf, Kreis Briesen, Westpreußen, am 15. April
Martschat, Fritz, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 15. April
Mattinger-Courvoisier, geb. **Courvoisier**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 13. April
May, Fritz, aus Schönwiese, Kreis Preußisch Eylau, am 15. April
Miehling, Adelheid, geb. **Buxa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. April
Neumann, Botho, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 15. April
Poluda, Manfred, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 16. April
Prinz, Hiltrud, geb. **Bahl**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Pruß, Hans, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 13. April
Reisewitz, Helmut, aus Germau, Kreis Samland, am 17. April
Rogowski, Gerhard, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 15. April
Romanowski, Hilde, geb. **Dembeck**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 12. April
Scharnowski, Werner, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 11. April
Schulze, Magdalena, geb. **Zachrau**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April
Seinwill, Herbert, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 12. April
Stöffker, Irma, geb. **Baltruschat**, aus Kinderfelde, Kreis Ebenrode, am 12. April
Trilat, Liselotte, geb. **Lottermoser**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 12. April
Wegeln, Heinz, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. April
Wübbe, Charlotte, geb. **Eckruth**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. April
Wunderlich, Helene, geb. **Nürnberger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Breede, Inge, geb. **Quandt**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 14. April
Foerster, Hans-Georg, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 12. April
Gäfke, Heinz, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 16. April
Griga, Harry, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. April
Heinacker, Horst, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 14. April
Jastremski, Walter, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 11. April
Jobczik, Rosemarie, geb. **Padschewa**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 13. April
Kleinfeldt, Gerhard, aus Königsberg, am 4. April
Kruppa, Lilli, geb. **Niedrich**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. April
Maier, Hannelore, geb. **Koreik** aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 11. April
Marrek, Wilhelm, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Martensen, Erika, geb. **Dorn**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 15. April
Monecke, Edith, geb. **Senkbeil**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 12. April
Nimschowski Waltraud, geb. **Schenkewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 13. April
Pollakowski, Käthe, geb. **Abritzki**, aus Statzen, Kreis Treuburg, am 12. April
Radek, Gerhard, aus Plauzik, Kreis Allenstein, 14. April
Rehberg, Ruth, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 16. April
Rogge, Gerhard, aus Pobethen, Kreis Samland, am 11. April
Scheffler, Kurt, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 15. April
Seidler, Fritz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. April
Tillmann, Helga, geb. **Naujoks**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 17. April
Waschkewitz, Anita, geb. **Ehlert**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 17. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adams, Christa, geb. **May**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 13. April
Fehlberg, Erika, geb. **Zywitz**, aus Wansen, Kreis Neidenburg, am 11. April
Hartwich, Günter, aus Lyck, am 12. April
Kerstan, Siegfried, aus Lehleskеn, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Lange, Ursula, geb. **Broß**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 11. April
Lunkowski, Laya, geb. **Seidl**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 17. April
Merchel, Karl, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 14. April
Möller, Helga, geb. **Brockert**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 14. April
Pichottka, Irene, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Saborowski, Horst, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 12. April
Saß, Inge, geb. **Fidorra**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Stiemer, Heide, geb. **Regge**, aus Treuburg, am 15. April
Trzaska, Edelgard, geb. **Neumann**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 15. April
Wick, Günter Hans, aus Lyck, am 12. April
Zielassek, Hans-Georg, aus Ortelsburg, am 17. April

TERMINE DER LO

Jahr 2015

11. bis 12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Landesfrauen, Bad Pyrmont.
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 11. April, 15.15 Uhr, N24: Mit dem Doppeldecker nach Johannesburg – Der Airbus A380 im Liniendienst. Dokumentation, D 2013.
SONNABEND, 11. April, 20.15 Uhr, n-tv: Der Silberpfeil – Geburt einer Legende. Dokumentation, D 2004.
SONNABEND, 11. April, 20.15 Uhr, Einsfestival: Henri 4. Historienepos, D/F/E/A 2010.
SONNTAG, 12. April, 20.15 Uhr, SWR/SR: 150 Jahre BASF – Ein Pfälzer Unternehmen verändert die Welt.
SONNTAG, 12. April, 20.15 Uhr, RBB: Die Küsten der Ostsee (5): Polen. Dokumentation, F/D 2011.
SONNTAG, 12. April, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Der Tod auf See – Schiffskatastrophen im Zweiten Weltkrieg.
SONNTAG, 12. April, 21 Uhr, RBB: Am Frischen Haff – Zu Besuch im Bernsteinland.
MONTAG, 13. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 100 Jahren: Der Schriftsteller Stephan Hermlin geboren.
MONTAG, 13. April, 17 Uhr, 3sat: Das Geheimnis der Himmelsscheibe – Ein Sensationsfund aus der Bronzezeit.
MONTAG, 13. April, 22.45 Uhr, Das Erste: Countdown zu einem Tabubruch – „Mein Kampf“ erscheint.
DIENSTAG, 14. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 150 Jahren: US-Präsident Abraham Lincoln wird bei einem Attentat tödlich verletzt.
DIENSTAG, 14. April, 19.30 Uhr, Deutschlandfunk: Konjunkturspritze mit Nebenwirkung – Wie der Ölpreissturz die Wirtschaft beeinflusst.
DIENSTAG, 14. April, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte (69): Die Potsdamer Garnisonkirche – Ein preußisches Wahrzeichen.
DONNERSTAG, 16. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 150 Jahren: Lewis Carolls Kinderbuch „Alice im Wunderland“ erscheint.
FREITAG, 17. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Friedrich der Große – Alles oder Nichts.
FREITAG, 17. April, 21.15 Uhr, Phoenix: Luise – Königin der Herzen.
FREITAG, 17. April, 22.45 Uhr, Phoenix: Der preußische Garten – Berlin und Brandenburg.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

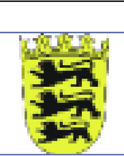
Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schloss Burg – Sonntag, 5. Juli: Der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg an der Wupper. Beginn der Veranstaltung: 10 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussen-nrw.de, Dort links auf den Button „Ostpreußentreffen“ klicken.

Königsberger Gebiet – 2. bis 12. August: Alljährliche BJO-Sommerfahrt. Diesmal wird der Lagerplatz im russischen Teil Ostpreußens im Elchwald aufgeschlagen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Großen Moosbruch und der Elchniederung. Die Memel und Tilsit bleiben ebenfalls im Blick. Ein ganzheitlichen Programm trägt dazu bei sich vor Ort mit Ostpreußen auseinanderzusetzen und Gemeinschaft zu erleben. Die Anmeldefrist endet am 15. Mai. Um einen Platz zu bekommen ist zu empfehlen, sich schnell anzumelden. Der Altersschwerpunkt der Fahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit allen Einzelheiten findet sich auf: www.junge-ostpreussen.de.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden –und das natürlich nicht nur am Tage. Die teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.





Baden-Württemberg

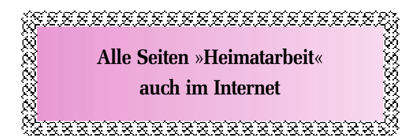
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

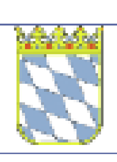
Landesgruppe – Sonnabend, 18. April, 9.45 Uhr, Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart: Landesfrauentagung. Der Vormittag ist zum großen Teil unserer Arbeit gewidmet, mit Berichten über die kulturelle Frauenarbeit in Baden-Württemberg sowie über die Arbeit der Landesverbände. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil mit einem Vortrag von Uta Lüttich „Kampf um Ostpreußen – Der Mythos Tannenberg – Ostpreußen unter russischer Herrschaft 1914“. Es folgt ein zweiter Vortrag von Karla Weyland: „Auf den Flügeln des Glücks – Kraniche“. Die Tagung endet mit „Sketchen und Vertellchen“ der Teilnehmerinnen. Gäste, die an der kulturellen Nachmittagsveranstaltung teilnehmen möchten, sind herzlich eingeladen, gegen 12.30 Uhr das gemeinsamen Mittagessen einzunehmen. Anmeldung: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093. – Sonnabend, 25. April, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Kulturnachmittag der Westpreußen mit dem Dia-Vortrag „Ost- und Westpreußische Persönlichkeiten auf Briefmarken“. Auch alle Ostpreußen sind herzlich eingeladen. – Mittwoch 29. April, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, hält einen Vortrag über die Dichterin

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Salach, die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Ludwigsburg – Donnerstag, April, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Ulmer/Neu Ulm – Sonnabend, 11. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben, Adolph-Kolping-Platz 11: Monatliches Treffen – Sonntag, 26. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Jahreshauptversammlung.





Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

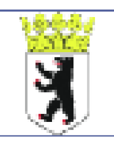
Altmühlfranken – Freitag, 24. April, 19 Uhr, Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: Heimatliches Essen mit Königsberger Klopsen anschließend Filmabend: „Das deutsche Kaiserreich einmal anders“ – Ein Dokumentarfilm über den Höhepunkt deutscher Geschichte.

Bamberg – Mittwoch, 15. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Erlebnisfluchtbericht von Friedegund Edelmann.

Hof – Sonnabend, 11. April, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Monatsversammlung.

Landshut – Dienstag, 21. April, 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel“: Jahreshauptversammlung mit Kassenprüfung und Rückblick auf 2014.

München – Freitag, 17. April, 14.30 Uhr, Haus der Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Vortrag von Friedrich Werner, Sicherheitsberater für Senioren der Landeshauptstadt München. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

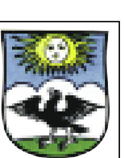


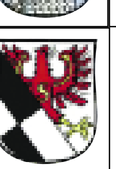
Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

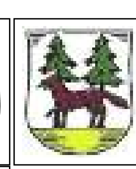
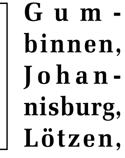
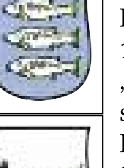


Rastenburg – Sonntag, 12. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin; Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

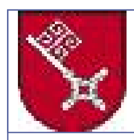





Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 23. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Ostpreußische Bräuche, Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

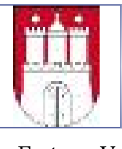
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 28. April, 13 Uhr, Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Eröffnungstreffen 2015. Anfragen für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Lötzen: Gabriele Reiß Telefon (030) 7712354.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen-Nord – Sonnabend, 11. April, 12 Uhr, „Waldschmiede“, Beckedorf: Heringsessen. Zur Unterhaltung wurden Musik und Darbietungen in ostpreußischer Mundart organisiert. Mitglieder zahlen 15 Euro, für Nichtmitglieder sind es 17 Euro. Anmeldungen sind unter Telefon (04296) 747701 oder (0421) 483424 möglich – jedoch spätestens bis zum 4. April.



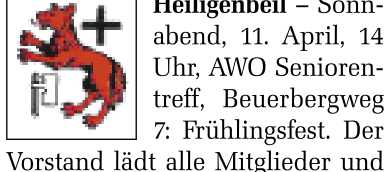
Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Teilfeld 8, 20459 Hamburg,, Telefon (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Fried-rich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



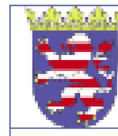
Heiligenbeil – Sonnabend, 11. April, 14 Uhr, AWO Seniorentreff, Beuerbergweg 7: Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe ein, um bei Kaffee und Kuchen fröhliche Stunden in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig wird das Treffen laut Satzung der Landesgruppe zur Jahreshauptversammlung genutzt. Der Vorstand wünscht sich ein zahlreiches Erscheinen von allen Mitgliedern. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen: 5 Euro. Anmeldung bei K. Wien, Telefon (040) 32049041, bis Freitag, 10. April.



Gumbinnen – Das Treffen im Restaurant Lackermann, Litzowstieg 8, ist verlegt worden. Es findet nicht am 23. Mai statt, sondern am 6. Juni. Weitere Auskünfte: Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

Abschiedskonzert

Hamburg – Sonntag, 3. Mai, 10 Uhr, St. Gabriel Kirche, Hartzlohplatz 17: Verbunden mit einem Gottesdienst findet – nach 65-jährigem Bestehen – das Abschiedskonzert des „Ostpreußenchores Hamburg“ statt. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit den HVV-Bussen der Linien 7 oder 172 bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von dort sind es etwa fünf Minuten Gehweg. Weitere Informationen bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.



Hessen

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Landesgruppe – Samstag, 18. und Sonntag, 19. April, Weilburg: Kulturtagung. Interessenten können das Programm bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358 anfordern.

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 11. April, Stammtisch der Insterburger mit Programm im Restaurant Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17. Beginn: 11 Uhr. Weitere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Wetzlar – Montag, 13. April, 19 Uhr. Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: „Als Heimwehtourist im Königsberger Gebiet“ – so lautet das Thema beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar. Dazu zeigt Rudolf Virnich einen Lichtbildervortrag. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 14. April, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Der Frühling lässt sein blaues Band ...“ – Sonnabend, 18. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Jahreshauptversammlung. Die Tagesordnung: 1. Abstimmung über die Tagesordnung, 2. Feststellen der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Verschiedenes. Vor dem offiziellen Teil ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 23. April, 12 Uhr, Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch mit Königsberger-Klopse-Essen. (Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden.) Anmeldungen bis spätestens 17. April bei Irmgard Steffen Telefon (0611) 844938 (ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße)

– Bericht –

Bei den Monatstreffen der Landsmannschaft stehen meist heimatbezogene Themen im Vordergrund. „In Anbetracht der Altersstruktur unserer Mitglieder scheint es jedoch sinnvoll, auch Probleme anzusprechen, die uns alle früher oder später einmal treffen könnten“, meinte der Vorsitzende Dieter Schetat und hatte die letzte Zusammenkunft unter die Überschrift „Den eigenen Willen richtig regeln“ gestellt. Zwar möchte jeder bis ins hohe Alter geistig und körperlich mobil bleiben. Leider ist das aber nicht jedem vergönnt. Im Falle der eigenen Entscheidungsunfähigkeit ist es daher wichtiger denn je, rechtsverbindliche Vorsorge für die spätere Betreuung zu treffen.

„Eine selbstbestimmte medizinische Behandlung in allen Lebensphasen ist vielen Menschen ein dringendes Anliegen; deshalb ist das Thema Patientenverfügung hochaktuell“, sagte die eingeladene Diplom-Sozialarbeiterin und Familientherapeutin Ingrid Reiß. In der Patientenverfügung könne man nicht nur festlegen, was alles unterlassen werden soll, sondern auch, was ausdrücklich gewünscht werde. Am besten spricht man alles vorher mit seinem Arzt ab. Wenn die Verfügung schriftlich und rechtsverbindlich abgefasst sei und die aktuelle Lebens- oder Erkrankungssituation widerspiegele, müssten sich die Ärzte an die Behandlungswünsche des Patienten halten. Allerdings sollten die Weisungen so konkret wie möglich formuliert sein, rät die Referentin und hatte dafür hilfreiche Mustertexte und Vordrucke mitgebracht. Das seit September 2009 bestehende Gesetz zur Patientenverfügung unterstreicht die Bedeutung dieser Form der rechtlichen Vorsorge.

Für den Fall einer notwendig werdenden Betreuung empfiehlt die Familientherapeutin eine sogenannte Betreuungsverfügung. Darin wird eine Person benannt, die für einen entscheidet, wenn man selbst nicht mehr in der Lage dazu ist. Hat man das selbst nicht geregelt, würden alle Angelegenheiten durch einen vom Gericht bestellten Betreuer wahrgenommen.

Die Vorsorge kann auch durch eine (General-)Vollmacht geregelt werden, in der eine Person des eigenen Vertrauens bevollmächtigt wird, die bei eigener Entscheidungsunfähigkeit sofort für den Vollmachtgeber handeln kann. Denn auch selbst nahe Angehörige sind nicht automatisch dazu berechtigt.

Damit Vorsorgevollmachten im Fall des Falles auch zur Geltung kommen, sollten diese im Zentralen Vorsorgeregister (ZVR) in Berlin eingetragen werden. So werden die Anordnung unnötiger Betreuungen oder die Bestellung nicht gewünschter Personen als Betreuer vermieden. Derzeit stehen mehr als 1 000 000 Bürger unter rechtlicher Betreuung, das heißt ihre Angelegenheiten werden durch einen vom Gericht bestellten Betreuer geregelt statt von einer Person des eigenen Vertrauens, weiß Ingrid Reiß zu berichten.

Einen Tipp gibt die Referentin noch mit auf den Weg: Am besten der zu Betreuende aktualisiert die Vorsorgeverfügungen von Zeit zu Zeit, weil sich die Situation oder die Einstellung zwischenzeitlich geändert haben könnte.

Dieter Schetat

Treffen der ostpreußischen Waisenkinder

„Die Kinder Königsbergs“ – unter dieser Bezeichnung treffen sich Menschen aus Königsberg und Umgebung, die während der Kämpfe um die einstige ostpreußische Hauptstadt zu Waisen wurden.

In der Zeit vom 4. bis 7. Juni werden sie sich noch einmal im Ostheim in Bad Pyrmont zusammenfinden. Die Veranstalter bitten alle Teilnehmer, die ihre damaligen Erlebnisse niedergeschrieben haben, ihre Aufzeichnungen zu dieser Zusammenkunft mitzubringen. Anmeldungen bitte bei Ingrid von der Ohe, Telefon (04131) 63202 oder Hannelore Neumann, Telefon (06034) 4581.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Der Vorstand teilt mit, dass die Gruppe Bad Bevensen am 20. März satzungsgemäß aufgelöst wurde. Sie wurde vor fast 63 Jahren am 16. Mai 1952 gegründet. Das Weiterbestehen lässt sich altersbedingt nicht aufrechterhalten. Der monatliche Kaffeenachmittag soll zwanglos beibehalten werden.

Buxtehude – Sonntag. 26. April, 13 Uhr (Busabfahrt Stade): Theaterfahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Besuch der Tragikkomödie „Ich liebe euch doch alle“ um „die gescheiterten Politikgrößen Erich Mielke und Erich Honecker“. Weitere Einsteigemöglichkeiten zum Mitfahren sind unter anderen in Horneburg, Buxtehude und Neu Wulmsdorf. Nähere Informationen: Telefon (04161) 3406.

Göttingen – Vom 17. bis 24. Juli bietet die Gruppe Göttingen wieder eine achttägige Fahrt nach Masuren an. Sie umfasst sieben Übernachtungen (inklusive jeweils einer Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise) mit Halbpension in Hotels der Mittelklasse, je eine Rundfahrt in Masuren und im Ermland sowie ein Besuch des Treffens der deutschen Minderheit in Bischofsburg. Nähere Informationen und schriftliche Anmeldungen bis zum 15. März an: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Osnabrück – Sonnabend 11. April, 14 Uhr Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 41: Frühjahrstreffen der Teutonen. Weitere Informationen: Barbara Kleine, Telefon (0541) 74282 oder Renate Berger, Telefon (05471) 4926. – Freitag, 17. April, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe fand am 14. März in Oberhausen statt. Anlässlich der Vorstandswahlen wurden die bisherigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt. So wird Jürgen Zauner weiterhin als Vorsitzender die Landesgruppe NRW führen, seine Stellvertreter sind wie bisher Professor Ulrich Penski und Arnold Schumacher. Klaus-Arno Lemke übernimmt wieder das Amt des Schatzmeisters und Wilhelm Kreuer das des Schriftführers. Als Ehrenvorsitzender wurde Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak bestätigt. Die Website betreut Werner Schuka, die für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesgruppe immer wichtiger wird. Für Kultur- und Frauenarbeit ist Dr. Bärbel Beutner zuständig, und Stefan Hein übernimmt weiterhin die Jugendarbeit, aus der er interessante Projekte wie Reisen, Seminare und Freizeiten vorstellte. Hier finden grenzüberschreitende und zukunftsorientierte Aktivitäten statt. Auch die Bezirksreferenten wurden wiedergewählt: Dieter Mayer (Regierungsbezirk Arnsberg), Martha O'Callaghan (Regierungsbezirk Detmold), Margitta Romagno (Regierungsbezirk Düsseldorf), Manfred Ruhnau (Regierungsbezirk Köln), Waldemar Langer (Regierungsbezirk Münster).

Nach den Berichten über Kultur-, Frauen- und Jugendarbeit sowie über die Preußische Treuhand hielt Dr. Klaus Becker einen Vortrag über „Ostpreußen – persönliche Erlebnisse und Erinnerungen“. Anhand umfangreichen Bildmaterials nahm er die Landsleute auf eine Reise ins heutige Ostpreußen mit. Die Landsleute freuten sich, Bekanntes wiederzusehen und Neues zu entdecken.



Eröffnungsrede: Der Erste Vorsitzende Jürgen Zauner bei der Frühjahrstagung der Landesgruppe NRW Bild: Schuka

Auch Otto von Bismarck war ein Thema. Die Herbst-Kulturtagung 2014 des BdV-Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen hatte Bismarck bereits in den Mittelpunkt gestellt, um die Würdigungen zu seinem 200. Geburtstag am 1. April 2015 vorzubereiten. Nun zog die LO-Landesgruppe nach und lud zu ihrer Frühjahrstagung 2015 den Historiker Dr. Mario Kandil ein, der über das „Verhältnis Deutschland-Russland – wie würde Bismarck es heute sehen“ referierte.

Er gab einen anschaulichen Überblick über Bismarcks berufliche und politische Laufbahn und charakterisierte ihn als Individualisten, der sich heute sicherlich nicht „politisch korrekt“ verhalten würde. Ein „sturer, preußischer Junker“ sei er gewiss nicht gewesen, wie seine Gegner ihn darstellen wollten, sondern ein „Meister der Kunst des Möglichen“, der das Beste für Deutschland herausgeholt habe. Der Referent hob Bismarcks Bemühungen um die Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands hervor. So holte er nach 1850 Preußen aus der Rolle des Juniorpartners von Österreich heraus, führte 1864 den Deutsch-Dänischen Krieg mit Österreich zusammen, das dann aber 1866 bei Königgrätz eine Niederlage durch Preußen erlitt.

Bismarck erkannte, dass gute Kontakte zu Russland für Deutschland lebenswichtig sind. Diese trugen im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wesentlich zum deutschen Sieg über Frankreich und zur Reichsgründung bei. Andererseits war Bismarck nicht bereit, sich der russischen Politik unterzuordnen und sich für russische Interessen gegen die Türken einzusetzen, wodurch sich das Verhältnis zu Russland wieder abkühlte. Doch es sei wesentlich dem Bemühen Bismarcks zu verdanken, dass der Türkisch-Russische Krieg 1878/79 beendet wurde.

Durch Bismarck „entstand ein neuer Nationalstaat im europäischen Mächtekonzert“, formulierte Kandil und stellte Überlegungen an, wie Bismarck wohl heute auf die problematisch gewordenen deutsch-russischen Beziehungen reagieren würde. Zunächst hob er einen fundamentalen Gegensatz zwischen der damaligen und der heutigen Situation hervor. Damals habe Deutschland Souveränität und Handlungsfreiheit besessen, was seit 1945 vorbei sei. Heute werde Deutschlands Außenpolitik von fremden Interessen bestimmt. Besonders von den USA sei die deutsche Politik abhängig, und es sei ein großer Fehler, sich auf den feindlichen Kurs der USA gegenüber Russland einzulassen. Die Beteiligung Deutschlands an den Sanktionen gegen Russland wären für Bismarck ein antideutsches Vorgehen gewesen, ein Eigentor, ein „Schuss ins Knie“.

Deutschland und Russland seien außenpolitisch aufeinander angewiesen, sollten eine vernünftige Zusammenarbeit suchen und sich nicht für die Interessen anderer auseinanderbringen lassen. Die Zuhörer folgten den Ausführungen mit großem Interesse und fühlten sich an ähnliche Gedanken erinnert, die *PAZ*-Redakteur Hans Heckel im Frühjahr 2014 vorgetragen hatte. *Bärbel Beutner*

Bielefeld – Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe brachte keine personellen Veränderungen. Vorstandswahlen standen nicht auf dem Programm. Räumliche Veränderungen, die bald eintreten werden, aber noch nicht bis ins letzte feststehen, werden bald mitgeteilt. Die Kreisgruppe freut sich auf ein erfolgreiches Jahr 2015 und weist schon einmal auf den Bus-Ausflug nach Warendorf hin, der am 28.Mai stattfindet. Auf dem Programm steht die Besichtigung des neuen Westpreußenmuseums sowie die Stadt. Anmeldung und weitere Informationen unter Telefon (05202) 5584.

Bonn – Die Reise nach Ostpreußen vom 22. Juni bis 1. Juli wird von der Kreisgruppe Bonn organisiert. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten melden sich bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90; Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Montag, 13. April, 18. Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: „200 Jahre Otto von Bismarck“ – filmische Annäherung und Vortrag von Dr. Susanne Brandt. – Dienstag, 14. April, 7 bis 21 Uhr: „Politik vor Ort“ – Tagesexkursion zum Europäischen Parlament nach Brüssel. – Donnerstag, 16. April, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen. – Donnerstag, 23. April, 9.30 Uhr: Tagesfahrt nach Bergisch-Gladbach zum Rheinischen Industriemuseum-Papiermühle Alte Dombach. In einer einstündigen Führung wird gezeigt, wie Papier einst hergestellt wurde und heute noch wird. Ein Mühlrad, ein Lumpenstampfwerk und eine Laborpapiermaschine erleben Sie in Aktion. Die mächtige Papiermaschine aus dem Jahre 1889 beeindruckt mit ihren 40 Metern Länge und fünf Metern Höhe. Freundschaftsbüchlein und historische Verpackungen erzählen vom Papiergebrauch in früheren Zeiten. Wie die Papiermacherfamilien im 19. Jahrhundert lebten, können Sie in einem kleinen Arbeiterwohnhaus nacherleben. Etwa um 12.30 Uhr geht es zurück zum Bus und nach einer kurzen Fahrt zu einem Restaurant, einem denkmalgeschützten, typischen Bergischen Fachwerkhaus. Später ein kleiner Ortswechsel nach Altenberg zum individuellen Aufenthalt für einen Bummel mit Kaffeepause und/oder dem Besuch des „Bergischen Doms“. Um 17 Uhr geht es zurück nach Düsseldorf. Geplante Ankunft gegen 18 Uhr. Die Kosten für Busfahrt in modernem Reisebus, Eintritt und Führung LVR Museum Papiermühle Alte Dombach und Mittagessen betragen 50 Euro. Weitere Informationen, Telefon (0211) 682318.

Ennepetal – Donnerstag, 16. April, 16 Uhr, Heimatstube, Kirchstraße 52: Monatsversammlung.

Essen – Freitag, 24. April, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Frühlingslieder-Singen mit Julius Wermter sowie ein Vortrag über den Vohel des Jahres 2015 „Der Habicht“. Nähere Informationen: Telefon (0201) 626271.

– Bericht –

Die Kreisgruppe Essen traf sich am 20. März in der Gastronomie St. Elisabeth in Essen. Leider musste der vorgesehene Vortrag „Der Habicht“ ausfallen, weil der Referent erkrankt war. Unser Vorsitzender Bernhard Kehren füllte den Nachmittag daher mit interessanten Nachrichten und Berichten. Nachstehend eine kurze Zusammenfassung:

Die Volksabstimmung in Oberschlesien jährt sich zum 95. Male: Nach dem von Deutschland verlorenen 1. Weltkrieg musste Deutschland gemäß der Friedenskonferenz von Versailles bei Paris große Teile seines Landes an Polen abtreten und zwar die Provinzen Posen, fast ganz Westpreußen sowie das oberschlesische Industriegebiet. Nach den Protesten der deutschen Bevölkerung veranlassten die Siegermächte eine Volksabstimmung in Schlesien am 20. März 1921. Obwohl 60 Prozent der Bevölkerung für Deutschland stimmten, blieb es trotzdem bei den beschlossenen Friedensbedingungen aus dem Jahre 1919.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verzichtet auf „Wiedergewinnung der Heimat“: Am 28. Februar 2015 beschloss die Sudetendeutsche Landsmannschaft eine neue politische Grundsatzerklärung und mehrere zentrale Satzungsänderungen. Vor allem wurden Paragrafen gestrichen, in denen bisher vom Ziel einer „Wiedergewinnung der Heimat“ die Rede war. Stattdessen fordern die Sudeten nun die weltweite Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht von Völkern und Volksgruppen.

AGMO: Die Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen fordert von uns allen mehr Initiative bei der Unterstützung in den einzelnen Ortsgruppen der deutschen Freundschaftskreise östlich von Oder und Neiße und hier besonders die Förderung deutschsprachiger Schulen in Oberschlesien. Die gemeinnützige Gesellschaft wurde 1980 als Arbeitsgemeinschaft Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland (AGMO) gegründet.

Die Zahl der Ausländer steigt deutlich: Wie das Statistische Landesamt mitteilte, lebten Ende vergangenen Jahres 76208 Ausländer in der Stadt. Das waren 6361 Ausländer und somit neun Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Vergleichsweise stark nahm die Zuwanderung aus Rumänien, Polen, Syrien und China zu. Allein die Zahl der in Essen lebenden Rumänen stieg binnen eines Jahres von 1447 auf 2362. Die größte Ausländergruppe in Essen sind nach wie vor jedoch die Türken.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Sie kommen auf 15 940, gefolgt von den Polen (6981) und Chinesen (2929, Quelle Neue Ruhr Zeitung vom 19. März 2015).

Der schöne Nachmittag bei Kaffee und Kuchen wurde beendet mit dem gemeinsamen Singen von Frühlingsliedern und unserem Ostpreußenlied.

Wer sich unserer Gruppe anschließen möchte, ist herzlich willkommen. Wir freuen uns über jeden, der zu uns kommt.

Erika Dietz

Gütersloh – Donnerstag, 30. April, Haus Henkenjohann, Eiserstraße 16, 33415 Verl: Tanz in den Mai. Karten gibt es nur an der Abendkarte. Eintritt: Zehn Euro, für Mitglieder sieben Euro. Weitere Infos unter Telefon (05241) 29211 oder www.jagalla.info

Köln – Dienstag, 21. April, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Monatliche Versammlung der Ostpreußenrunde mit einem Diavortrag über Masurens Schönheiten. Dirk Makoschey und seine Begleiterin Claudia hielten sich in der Sommerzeit des vergangenen Jahres über mehrere Wochen in Masuren auf und machten viele Aufnahmen. – Ein zusätzlicher Hinweis: In unserem Versammlungsraum gab es einen größeren Wasserschaden. Momentan ist noch nicht abzuschätzen ob dieser bis zum 21. April behoben werden wird. Es könnte sein, dass der Diavortrag in einem Ersatzraum in der oberen Etage stattfinden wird. – Mittwoch, 22. April, Gaststätte „Em Kappeseng", Aachener Straße 1332: Treffen der Insterburger. Weitere Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Leverkusen – Sonnabend, 18. April, 14 Uhr, Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich-Lübke-Straße 61: Jahreshauptversammlung, mit Neuwahlen des Vorstandes. Nach Berichten und Wahlen wird eine Vesper und ein kulturelles Programm geboten. Wir bitten alle Mitglieder um ihr Kommen. Ihre Meinung über die Tätigkeit und die Zukunft der LM ist uns sehr wichtig. Gäste sind willkommen.

Remscheid – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in der Eschenstraße: Treffen der Frauengruppe. – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Zunftstuben", Palmstraße 10: Treffen der Ostpreußenrunde.

Neuss – Sonntag, 26. April, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36, Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen.

Siegen – Die Frauengruppe der Ost-und Westpreußen trifft sich regelmäßig an jedem 3. Dienstag im Monat um 14 Uhr ab sofort im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

– Bericht –

Am 21.März fand die diesjährige Hauptversammlung der Kreisgruppe statt. Da die Mitgliederzahl abgenommen hat, tagte die Versammlung erstmals im BdV-Domizil im Seilereiweg 19. Vorstand und Kassenführung wurden ordnungsgemäß entlastet und anschließend wiedergewählt. Damit leitet Herr Olbrich die Kreisgruppe weiter, Gerlind Roth verwaltet die Kasse und Herr Schlenther ist Schriftführer. Besonderes Thema der Zusammenkunft war das bevorstehende 60-jährige Jubiläum der Ortsgruppe im Juli dieses Jahres. Herr Schneidewind erinnerte an die alten ostpreußischen Osterbräuche, die unsere Kinderzeit heraufbeschworen. Wir haben sie ja noch alle selbst erlebt, auch wenn sie heute nur noch wenig gepflegt werden.

Bei Kaffee und Kuchen setzte dann das gesellige Plachandern ein. „Genötigt" wurde auch entsprechend, so dass wir einen gelungenen ostpreußischen Nachmittag verlebten.

Wesel – Sonnabend, 11. April, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Traditionelles Grützwurstessen. Verschiedene Darbietungen stehen auf dem Programm. Anmeldungen bis zum 31. März bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 20. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Gedichte und Kurzgeschichten zum Vortragen.

Wuppertal – Die Ostpreußenrunden finden jeden zweiten Sonnabend im Monat im Kolkmannhaus, Hofaue 51 in Wuppertal-Elberfeld um 14 Uhr statt. Bei dieser Zusammenkunft ist die Kuchentheke reichlich bestückt und Kaffee wird an liebevoll gedeckten Tischen getrunken. Mit einem Gedicht, meistens einem ostpreußischen, begrüßt der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht die Anwesenden. Die Geburtstagskinder werden mit einem Ständchen geehrt und ein Schnäpschen gibt es für alle. Je nach Jahreszeit wird an Bräuche, geschichtliche oder aktuelle Ereignisse erinnert, auch Filme von Veranstaltungen und Fahrten sind sehr beliebt. Hans Berndt, ein Mitglied der Gruppe, hält viele schöne Momente mit seiner Kamera fest und versteht es auch, trotz verschiedener Systeme, seine Aufnahmen auf den Bildschirm zu bannen zur Freude der Zuschauer. Auf Initiative des 1. Vorsitzenden wurden weiße Polohemdchen mit der gestickten Elchschaufel angeschafft, die als „Dienstkleidung" gerne getragen werden. Jede Zusammenkunft endet mit dem gemeinsam gesungenem Ostpreußenlied und dem Lied „Kein schöner Land".

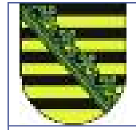


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Sonnabend, 11. April, 15 Uhr, Haus der AWO, Forsterstraße: Treffen.

Mainz – Donnerstag, 16. April, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Johannes Freitag zeigt den Film „Ostern in Ostpreußen".



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 11. April, 10 Uhr, St. Matthäusgemeinde, Zinnsendorferstraße: Kirchentag der evangelischen Gemeinschaft der Ostpreußen. Der Kirchentag beginnt mit dem Gottesdienst, gehalten vom Pfarrer i. R. Klaus Plorin. Im Anschluss wird ein Grußwort des CDU-Kreisverbandes von Ralph Burckhard übermittelt. Der Vortrag vom Direktor des Kulturzentrums aus Ellingen, Wolfgang Freyberg, wird mit Spannung erwartet. Am Nachmittag wird uns der Kindergarten der Gemeinde mit einem schönen Kulturprogramm erfreuen.

Chemnitz/Zwickau – Die Heimatgruppe der Insterburger in Sachsen kann sich in der kommenden Zeit nicht mehr in den altbewährten Räumen treffen. Das Gebäude in der Hölderlinstraße wird totalrenoviert. Die Treffen finden daher in diesem Jahr in Zwickau im Brauhaus hinter dem Dom statt. Termine sind der 27. März, 5. Juni, 11. September und 12 Dezember. Die Treffen begin-nen um 14 Uhr, das Weihnachts-treffen um 12 Uhr.



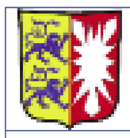
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Desslau-Roßlau – Montag, 13. April, 14 Uhr, Krötenhof, Wasserstadt 50: Treffen zum Thema Osterbräuche.

Gardelegen – Freitag, 24. April, Begegnungsstätte des VS Gardelegen: Dia-Vortrag „Eine Reise durch Ostpreuüen".

Magdeburg – Sonntag, 12. April, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen zum Thema „Orte und Flüsse der Heimat" – Dienstag, 28. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen – Freitag, 24. April, 16 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 14. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Siegfried Göller zeigt eine Dia-Show über seine Reise mit dem Wohnmobil durch Alaska. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Dienstag, 14. April, 15 Uhr, AWO Stadtteilcafe Mathildenstraße 22: Vortrag von Uwe Carstens: „Die ungewöhnliche Lebensgeschichte des Kolonisten Ernst Weigle aus Westpreußen."

Kiel – Mittwoch, 15. April, 15 Uhr, Haus der Matthias-Claudius-Gemeinde, Alte Dorfstraße 53: Jahrestreffen der Insterburger mit dem Thema Siegfried Lenz. Weitere Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Mölln – Schriftführer Joachim Oelers berichtet über die Treffen der Gruppe seit Jahresanfang: 2014 ist vorbei und am 28. Januar 2015 hatten wir vom Ortsverband unsere erste Versammlung. Das Hauptthema war das Ostpreußentreffen im Mai 2014, unter dem Motto „Ostpreußen hat Zukunft". Unser 1. Vorsitzender hat vieles auf Video aufgenommen, einschließlich der Vorträge, die gehalten wurden. Nach diesem Film wurde diskutiert, und man war entsetzt von den Ostpreußentreffegnern. Zwischendurch wurde Kaffee getrunken, Torte gegessen und plachandert.

Am 25. Februar 2015 hatten wir unsere Jahreshauptversammlung mit anschließendem Königsberger-Klopse-Essen. Nach Begrüßung der Mitglieder, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Totenehrung, wurden die einzelnen Punkte abgearbeitet bis zur Entlastung des Vorstands. Die anschließenden Wahlen liefen problemlos und harmonisch ab. Dann gab es einen sehr gut gemachten Videofilm über Königsberg vor der Zerstörung zu sehen.

Die nächste Mitgliederversammlung war am 25. März. Ein Herr von der Polizeidirektion Ratzeburg hielt einen Vortrag im Rahmen eines Präventions-Programms. Es ging darum ältere Menschen vor Betrügern zu schützen. Ein hoch interessanter Vortrag mit viel Diskussionsstoff. Unser Mitglied Herr Schumacher gab bekannt, dass wir im Mai 2015 einen Tagesausflug ins Alte Land zur Apfelbaumblüte machen werden. Natürlich gab es zwischendurch Kaffee mit Torte oder Kuchen.

Unsere nächste Mitgliederversammlung ist am 22. April in Mölln im Quellenhof. Mit unserem Gesangspädagogen Günter Marschke wollen wir uns musikalisch auf den Frühling einstimmen. Es werden auch Frühlingsgeschichten und Gedichte vorgetragen. Zu all diesen Vorträgen laden wir auch die Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig, Mölln sowie Freunde und Bekannte herzlich ein.

Neumünster – Die Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Neumünster fand am 11. März im „Restaurant am Kantplatz" statt. Wieder war die Veranstaltung sehr gut besucht. Nach der Begrüßung fand die Totenehrung statt. In heimatlicher Verbundenheit und zum Gedenken an die Verstorbenen Carola Möller (9. Juni 2014), Walter Sokoll (24. Dezember 2014) und Elli Hehner (17. Februar, 2. Beisitzerin) gedachten wir in einer Schweigeminute.

Nach der Kaffeepause leiteten wir mit dem Gedicht: „Zuhause" den Nachmittag ein. Die Vorsitzende Brigitte Profé gab mit dem Jahresbericht einen Überblick über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. Ein volles Programm und sehr gut besuchte Veranstaltungen habe 2014 gebracht. Sie betonte, dass die Gruppe, die so gut zusammengewachsen ist, Freud und Leid zusammen getragen habe.

Da Renate Gnewuch aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt als Kassenwartin abgegeben hat, musste das Amt neu besetzt werden. Landsmännin Elfi Borowski war bereit, das Amt zu führen. Hildegard Henning konnte als stellvertretende Kassenwartin bestätigt werden. Seit Bestehen der Gruppe 1948 konnten wir jetzt erst diesen Posten besetzen. Es sind doch immer wieder Mitglieder bereit Verantwortung zu tragen. Vielen Dank!

Die Kasse mit sämtlichen Unterlagen wurden im Beisein des Kassenprüfers Eckhard Erdmann und der Vorsitzenden Brigitte Profé von Willi Gnewuch am 18. Februar übergeben. Als 2. Beisitzer wurde Horst Lessing auch einstimmig gewählt. Der Vorstand setzt sich damit zusammen aus: Brigitte Profé, 1. Vorsitzende, Kulturreferentin und Schriftführerin, Elfi Borowski, Kassenwartin, Hildegard Henning, stellvertretende Kassenwartin Hildegard Henning, Elfriede Schink, 1. Beisitzerin und Horst Lessing, 2. Beisitzer.

„70 Jahre Flucht und Vertreibung" war ein weiteres Thema unserer Veranstaltung. Horst Lessing berichtete über seine Flucht aus dem Memelland im Herbst 1944. Seine Mutter und ihren fünf kleinen Kindern musste so manchen schweren Weg in den Westen bewältigen. Auch der Fluchtbericht von Elfriede Schink, geborene Kullak, mit Mutters Hilfe war ergreifend. Wie tapfer doch die ostpreußischen Pferde den Treck in den Westen zogen!

Diese Tragik, dieses schwere Leid kann man gar nicht auf Papier zum Ausdruck bringen! Flucht und Vertreibung machen es auch nach 70 Jahren oft schwer und schmerzlich, das Bild der einstigen Heimat verstehen zu lassen. Je weiter östlich die Deutschen lebten, umso härter haben sie für den Krieg bezahlen müssen. Flucht und Vertreibung – Verlust von Hab und Gut trafen sie in vollem Ausmaß, und für sie ist es auch der weiteste Weg für einen Besuch in die alte Heimat. Mit dem Gedicht: „Die letzten Ostpreußen" vorgetragen von Brigitte Profé, dem Lied „Ein bisschen Frieden" (den wir uns allen wünschen) gesungen von Hildgard Henning sowie dem West- und Ostpreußenlied endete der Nachmittag. *Brigitte Profé*

Nach Fertigstellung des Berichtes, erreichte uns leider die Nachricht, dass unsere Kassenwartin Renate Gnewuch am 14. März verstorben ist.

Pinneberg – Sonntag, 19. April, 15 Uhr: Film über Ostpreußen. Wegen der Kaffeetafel bitte vier Tage vorher anmelden: Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

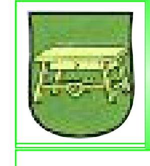


ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

In die Heimatkreise

In der Zeit vom 4. Juni bis 12. Juni wollen wir von Rotenburg (Wümme) mit Zwischenübernachtungen in Stettin und Danzig Angerburg aufsuchen und im Hotel Wodnik in Lötzen übernachten. Auf der Rückfahrt werden wir über Heilsberg fahren, die Stadt besichtigen (zirka drei Stunden), dann nach Thorn fahren und dort übernachten. Am 12. Juni werden wir gegen 20 Uhr in Rotenburg ankommen. Es sind nur noch vier bis fünf Restplätze frei. Bei Interesse erhalten sie weitere Auskünfte über Telefon (040) 5522221.

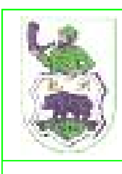


EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Kirchspieltreffen

25./26. April, Bergen: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen im Hotel Michaelishof, Hauptstraße 5. Anmeldung und Informationen bei Kirchspielvertreterin Margarete Malchow.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Kiel, Köln und Schwerin

Mittwoch, 15. April, Kiel: Jahrestreffen mit dem Thema „Siegfried Lenz" im Haus der Matthias-Claudius-Gemeinde, Alte Dorfstraße 53. Beginn: 15 Uhr. Weitere Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

22. April, Köln: Treffen in der Gaststätte „Em Kappeseng", Aachener Straße 1332. Weitere Treffen der Heimatgruppe Köln: 24. Juni, 22. Juli (Sommerfest), 26. August, 28. Oktober, 2. Dezember (Weihnachtsfeier). Weitere Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

24. April, Schwerin: Treffen in der Gaststätte „Kaktus", Dreescher Köpmarkt. Beginn 12 Uhr. Weitere Treffen: 26. Juni, 18. September, 20. November, 18. Dezember. Weitere Informationen: Helga Harting, Telefon (0385) 3922633, E-Mail hehartig@web.de.

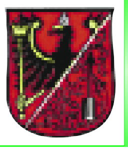


GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

27. April bis 1. Mai, Bad Pyrmont: Stadttreffen Gerdauen im Ostheim.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, www.kreis-gumbinnen.de.

Ostpreußisch Platt

17./18. April, Bielefeld: Treffen der Arbeitsgruppe „Ostpreußisch Platt" im Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 133. Beginn ist am 17. April um 14 Uhr. Weitere Informationen: Dieter Mau, Telefon (02378) 3663.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

550 Jahre Pilchen

12. April, Dorsten: „Pilchen 550 Jahre" – 10. Heimattreffen im Hotel Jägerhof, Dorfstraße 3. Beginn: 10 Uhr. Eingeladen sind alle Heimatfreunde aus Pilchen sowie Nachbargemeinden des Kirchspiels Adlig Kessel in Masuren



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

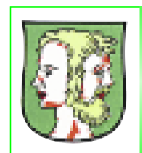
Sonderausstellung

Neumünster – Sonnabend, 18. April, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung): Von 10 bis 15.30 Uhr lädt die Sonderausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen gesehen" zum Besuch ein. Ab 15.30 Uhr ist Karl-Heinz Requard, Weddingstedt, zum Thema „Mit Theodor Storm durch die graue Stadt am Meer" zu hören – ein Vortrag (mit Bildern) über den Dichter und seine Geburtsstadt. Der Eintritt ist wie immer frei.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord

Unser diesjähriges Regionaltreffen Nord findet am Sonntag, 26. April statt. Beginn ist wieder um 11 Uhr im Hotel Hanseatischer Hof in Lübeck. Es ist keine Anmeldung erforderlich.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Heimatseminar

24. bis 26. April, Bad Pyrmont: 6. Ortelsburger Heimatseminar.

Treffen der Amtsbezirke

25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten und Wildenau.

25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Deutschheide und Wilhelmsthal.

25. April, Herne: Heimattreffen des Amtsbezirkes Rheinswein.

25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Farienen und Friedrichshof.

25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Fürstenwalde, Lindenort und Liebenberg

26. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Schöndamerau, Lehmanen und Schöndamerau.



OSTERODE

Kreisvertreter: Prof. Dr. Edgar Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt (Oder), Tel. (0335) 539096, E-Mail: Prof.steiner@arcor.de. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Dorftreffen

17. bis 19. April, Bad Laer: Dorftreffen von Frögenau und Kaulbruch.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Überprüfen der Mitgliederliste

Seit Langem gab es in der Kreisgemeinschaft die Vermutung, dass viele der Heimatbriefe, deren Druck und Versand viel Geld kostet, an Adressen verschickt werden, die entweder nicht mehr zutreffen oder deren Inhaber bereits verstorben sind. Kreisvertreter Dieter Neukamm hatte deshalb die Kirchspielvertreterinnen und Vertreter während der Kasseler Kreistagssitzung im Mai 2014 gebeten, die jeweiligen Listen mittels telefonischer oder schriftlicher Nachfragen gründlich zu überprüfen. Inzwischen hat sich bestätigt, dass viele Umzüge und Sterbefälle nicht gemeldet worden sind. Es gab aber auch Mitglieder, die auf Nachfrage aus gesundheitlichen Gründen auf die Zusendung des Heimatbriefes verzichteten. Andere hatten einfach das Interesse verloren.

Seit der Zusammenlegung der Heimatbriefe „Land an der Memel“ und „Tilsiter Rundbrief“ bekamen auch viele das Heft doppelt, da sie auf beiden Versandlisten standen. Auch hierdurch entstanden unnötige Kosten. Durch die Nachforschungen musste die Mitgliederzahl der Kreisgemeinschaft von 3252 (April 2014) auf 2506 (April 2015) reduziert werden. Hierdurch konnten aber allein für die Weihnachtsausgabe des Heimatbriefes etwa 2000 Euro für Druck und Versand eingespart werden. Bei zwei Ausgaben im Jahr kann somit eine Gesamtersparnis von etwa 4000 Euro entstehen.

Die Nachfragen brachten aber auch noch andere Erkenntnisse: Viele Mitglieder konnten nun Kirchspielen zugeordnet und damit besser betreut werden. Es gab auch viele zusätzliche Informationen wie Telefonnummern und Geburtsdaten. Mithilfe weiterer Geburtsdaten konnte die Altersstruktur der Kreisgemeinschaft genauer ermittelt werden:

- 50 Jahre und jünger sind 26 Mitglieder
- 206 Mitglieder sind zwischen 51 und 70 Jahre alt
- 1628 Mitglieder sind zwischen 71 und 90 Jahre alt
- 91 Jahre und älter sind 162 Mitglieder
- Bei 484 Mitgliedern fehlt ein Geburtsdatum
- Das Durchschnittsalter der Mitglieder mit Geburtsdatum liegt bei 79,7 Jahren

Die Fortschreibung der Mitgliederliste ist ein ständiger Prozess. Daher werden alle Mitglieder und deren Angehörige dringend gebeten, alle Veränderungen der Datenverwaltung der Kreisgemeinschaft Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, mitzuteilen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Tilsit-Besuch bei Joachim Gauck

Anlässlich des 50.Todestages des Tilsiters Johannes Bobrowski veranstaltete Bundespräsident Joachim Gauck einen literarischen Abend zu Ehren des ostpreußischen Dichters. In das Schloss Bellevue waren neben der Familie des Lyrikers und Schriftstellers zahlreiche Experten und Verehrer von Johannes Bobrowski eingeladen unter ihnen der Lyriker Uwe Kolbe, die Autorin Herta Müller, der Dramaturg Klaus Völker und der Verleger Klaus Wagenbach. Sie erzählten in einer Gesprächsrunde von den Eindrücken die Bobrowski und seine Dichtung auf sie gemacht hatten. Dazu gab es Filme, Musik und eine kleine Rede des Bundespräsidenten.

Johannes Bobrowski wurde 1917 in der Tilsiter Grabenstraße geboren und lebte seit 1949 in Ostberlin. Sein erster Gedichtband „Sarmatische Zeit“ wie auch seine folgenden Bücher erschienen sowohl in der Bundesrepublik. Ohne jede Berührungsangst wurde er zu einem deutsch-deutschen Dichter. Er las im Osten und im Westen, verlegte in beiden Teilen Deutschlands seine Bücher und wurde in beiden ausgezeichnet. Ein interessantes Zeitdokument ist ein Plakat, das eine Lesung Bobrowskis im Mai 1965 in Naumburg ankündigt, und zwar veranstaltet vom „Deutschen Kulturbund / Wohngebiet 1 der Nationalen Front“. Unter seinem Namen steht, als sei diese Nachbarschaft das Selbstverständlichste von der Welt: „Heinrich-Mann-Preisträger / Preisträger der Gruppe 47“! Im selben Jahr starb Bobrowski im Alter von nur 48 Jahren. Hans Werner Richter, Gründer der Gruppe 47, sagte an seinem Grab: „Für viele von uns war er das Bindeglied zwischen den Schriftstellern der DDR und der Bundesrepublik. Er war ein gesamtdeutscher Dichter, hier wie dort anerkannt, hier wie dort wirkend, hier wie dort geliebt.“

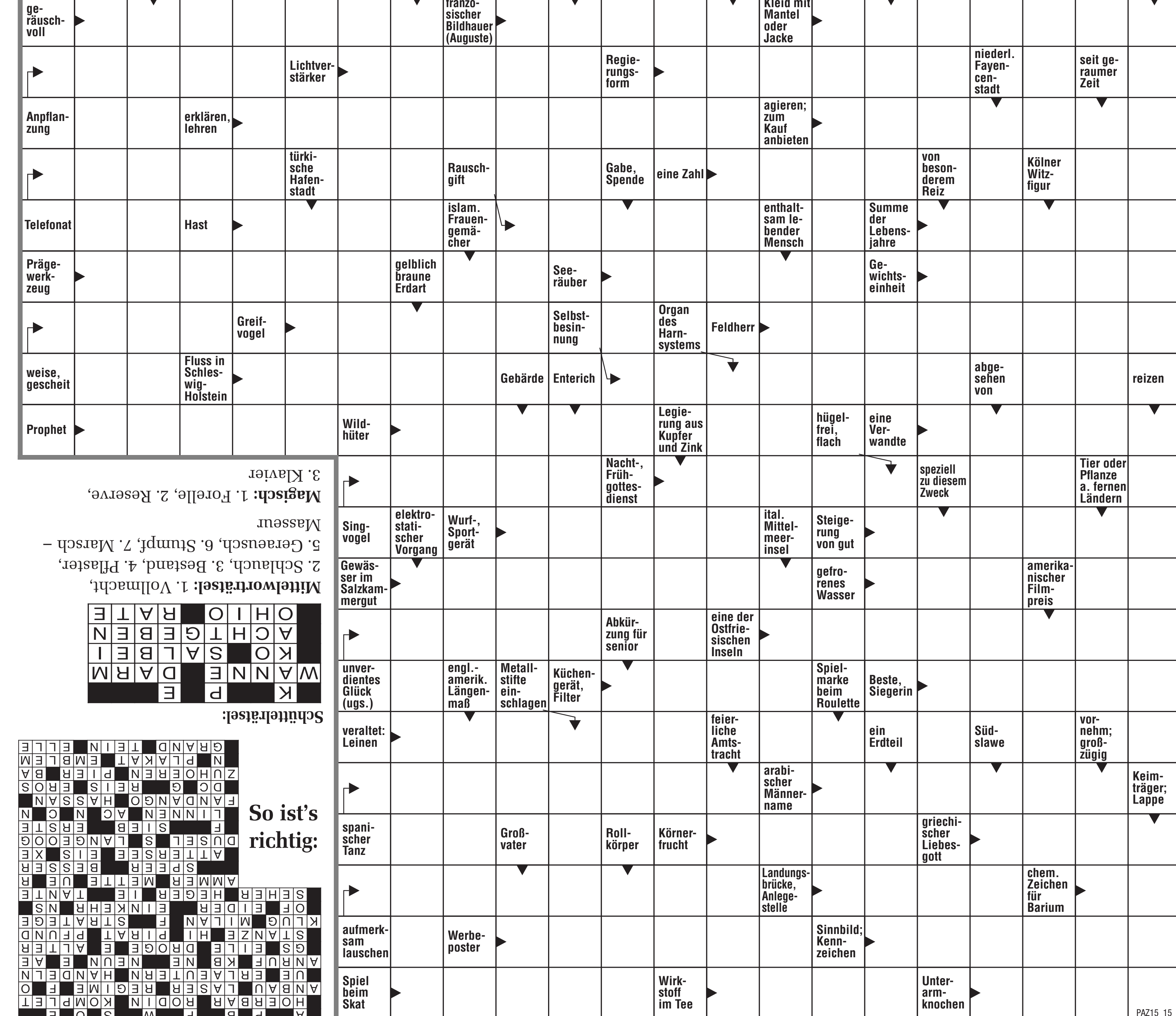


Dichterehrung für Johannes Bobrowski: Angelika Spiljova, die Direktorin des Stadtgeschichtlichen Museums Tilsit, zu Gast beim Bundespräsidenten Bild: privat

Zu den ins Schloss Bellevue geladenen Gästen gehörte auch die Direktorin des Tilsiter Museums für Stadtgeschichte Angelika Spiljova. Sie hatte in ihrem Museum mit einer Ausstellung den russischen Bewohnern Tilsits das Leben und Schaffen von Johannes Bobrowski nahegebracht. Er wird auch bei den Russen sehr geschätzt. Die Ausstellung vermittelte anschaulich, wie die Landschaft am Memelstrom und des baltischen Raumes seine Gedanken und Verse prägten. Wichtig war ihm die Versöhnung und Verständigung mit den östlichen Völkern. Das Museum veranstaltete auch einen Wettstreit mit dem Titel „Wir lesen Bobrowski“, bei dem die Teilnehmer ausgewählte Texte aus seinen Gedichtsammlungen „Sarmatische Zeit“ und „Schattenland Ströme“ deklamierten.

Angelika Spiljova überbrachte dem Bundespräsidenten Grüße aus Tilsit und überreichte ihm einen Bildband mit alten Tilsiter Ansichten. *Hans Dzieran*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

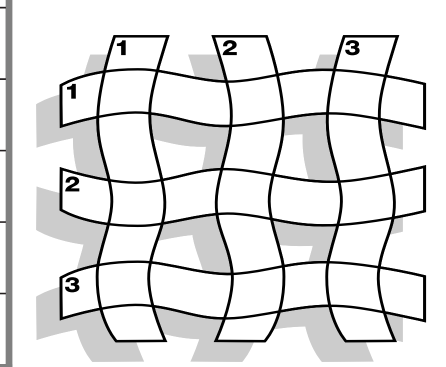
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAKKO		CHNO	EOPST		DEELR		AABB	EERT	EIMN
					ADMR				
AENNW			ABEILS						
ABCEEGHNT									
HIOO					AERT				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein therapeutischer Beruf.

1	PROZESS		GEBER
2	WASSER		BOOT
3	WILD		TEIL
4	TROST		MALER
5	MOTOR		KULISSE
6	BAUM		SINN
7	PARADE		TEMPO



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Speisefisch
2 Rücklage
3 Tasteninstrument

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

Herzog-Albrecht -Schule

Das diesjährige Schultreffen findet in Lübeck statt. Das Treffen ist für Montag, 1. Juni, bis Mittwoch, 3. Juni, geplant. Austragungsort ist das Hotel Excelsior in der Hansestraße 3. Dort haben wir unter dem Stichwort „Schultreffen" eine Option auf Hotelzimmer zum Preis von 98,97 Euro pro Doppelzimmer und Nacht und 88,74 Euro pro Einzelzimmer und Nacht, alle einschließlich Frühstück.

Ein interessantes Programm ist vorbereitet. Bitte anmelden bei Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs, Telefon (0351) 8037740, oder direkt im Hotel Excelsior, Hansestraße 3, 23558 Lübeck, Telefon (0451) 88090. Eine Stornierung ist bis vier Wochen vor dem Termin kostenfrei möglich.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kirchspieltreffen

25. April. Gelsenkirchen: 11. Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden in der Gaststätte „Zum Türmchen", Oststraße 41. Beginn: 10.30 Uhr.

25. April, Bad Sassendorf: 20. Kirchspieltreffen Sorquitten im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer", Wilhelmstraße 1. Beginn: 9.30 Uhr.

Oberschule Sensburg

28. bis 30. April, Willingen: 63. Treffen der Schülergemeinschaft der Oberschule Sensburg im „Waldecker Hof", Korbacher Straße 24.

Evangelische Ostpreußen

Krelingen – Erneut bietet die „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen" (GeO) mit versierten Referenten vom 22. bis zum 26. Juni eine Ostpreußenwoche an.

Sie findet im „Geistlichen Rüstzentrum" (GRZ) Krelingen bei Walsrode statt. Das GRZ ist ein großes Zentrum für Studien, Bildung und Erholung in der Heide. Um die Geschichte, um Kunst, Kirche, Liedgut und die heutige Situation vornehmlich im russischen Teil des früheren Ostpreußens soll es im Juni gehen. Zu den Referenten gehören Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Lorenz Grimoni, Pastor im Ruhestand und Leiter des Museums „Stadt Königsberg" und Tatjana Wagner, russische Pastorin aus Königsberg. Die diplomierte Musikerin Lena Buko begleitet die Ostpreußenwoche musikalisch. Neben Referaten und Gesprächen wird es auch Zeit für Ruhe und Entspannung geben. Die Preise betragen je nach Ausstattung pro Einzelzimmer zwischen 172 und 220 Euro, pro Doppelzimmer zwischen 144 und 196 Euro plus 72 Euro Freizeitgebühr.

Programm, Rückfragen und Anmeldungen bei: Erhard und Luise Wolfram, Hudeplan 42c, 30453 Hannover, Telefon (0511) 3631102, E-Mail: erhard.wolfram@web.de.

Marienwerder Impressionist

Der Maler Ernst Kolbe im Westpreußischen Landesmuseum

Die erste Sonderausstellung des Westpreußischen Landesmuseums am neuen Standort im nordrhein-westfälischen Warendorf ist dem gebürtigen Marienwerder Maler Ernst Kolbe gewidmet. Eine Auswahl von mehr als 30 Arbeiten aus der Gemäldesammlung des Hauses bietet einen guten Überblick über das facettenreiche Werk des Impressionisten.



„Blick auf die Augustusbrücke": Dresden im Jahre 1925 mit den Augen Ernst Kolbes gesehen Bild: Göllner

Ostseelandschaft als Lieblingsmotiv

Ernst Kolbe wurde im Jahre 1876 im westpreußischen Marienwerder geboren und verstarb 1945 in Rathenow im Havelland. Die Jugend verbrachte er auf Gut Dahlow in der Nähe des pommerschen Stargard. Das Studium der Malerei absolvierte Kolbe an der Königlichen Akademie der Künste in Berlin. Ein Meilenstein in seinem künstlerischen Werdegang war das Jahr 1899, als er in das Atelier des erfolgreichen deutschen Landschaftsmalers Eugen Bracht (1842–1921) eintrat. Hier entwickelte Kolbe ein ausgeprägtes Empfinden für das Landschaftliche, das Zeit seines Lebens sein Werk prägte. Später lebte und arbeitete Kolbe in Dresden und Berlin.

Die erfolgreichsten und produktivsten Jahre des Künstlers fielen in die Zeit von 1920 bis 1930. Von Berlin aus unternahm er Studienreisen ans Meer, aber auch ins Gebirge. Kolbe hat während seiner Reisen neben den Landschaftseindrücken aus dem hohen Norden auch Motive aus den Tiroler Bergen und den Dünen auf Sylt gesammelt und künstlerisch umgesetzt.

In seinen Arbeiten stellte er sowohl den tatsächlich erlebten Raum dar, als auch die – nicht sichtbare, jedoch spürbare – Dimension der Natur. Mit Werken wie „Der Hafen von Stolpmünde", „Die Ostsee bei Kahlberg in Westpreußen" und „Bergwiese vor dem Ortler in Tirol" wies sich Kolbe als expressiver Impressionist aus. Mit Form, Licht und Farbe schuf er viele stimmungsvolle Landschaftsbilder und beeindruckende Studien. Sie zeigen wie sehr Kolbe als Impressionist des frühen 20. Jahrhunderts dazu beigetragen hat, eine neue Ausdrucksweise zu schaffen, in der sich naturalistische Kunstauffassung und subjektive Empfindungswelt verbinden. Gerade das Licht- und Farbenspiel in der Natur, in der Stadt oder in den Innenräumen schafft bei Kolbe eine besondere Atmosphäre. Menschen jedoch spielen in Kolbes Arbeiten keine große Rolle. In der aktuellen Sonderausstellung sind neben Landschaftsbildern auch Stadtansichten wie etwa „Winterliche Ansicht von Danzig" oder „Blick auf die Augustusbrücke und die Hofkirche in Dresden" zu sehen. Hinzu kommen Darstellunegn

Intensive Atmosphäre durch Licht und Farbe

der Innenräume von Fischer- und Patrizierhäusern.

Bei einem Rundgang durch den weitläufigen Ausstellungsraum im ehemaligen Franziskanerkloster ist das Lieblingsmotiv des Künstlers unschwer zu erkennen: Es ist vor allem die Ostseelandschaft, die Ernst Kolbe fasziniert und inspiriert hat. Von der magischen Anziehungskraft der Ostsee zeugen Bilder von Fi-

Von der Ostsee fasziniert

scherdörfern, von den Häfen in Stolpmünde oder Rügenwaldermünde ebenso wie die Impressionen von den Stränden der westpreußischen und pommerschen Küste.

Die Sonderausstellung „Ernst Kolbe – Ein Impressionist aus Westpreußen" ist im Westpreußischen Landesmuseum Warendorf bis Mitte April zu besichtigen. *Dieter Göllner*

Weitere Informationen: Westpreußisches Landesmuseum, Klosterstraße 21, 48231 Warendorf, Telefon: (02581) 927770, E-Mail: info@westpreussisches-landesmuseum.de, Internet: www.westpreussisches-landesmuseum.de. Das Museum ist von Dienstag bis Sonntag zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 4 Euro (ermäßigt: 2,50 Euro, die Familienkarte 7 Euro).

K wie Kabiese & Kalupp

2300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte", heißt das Büchlein, dass der pensionierte Pfarrer Felix Arndt – heute Oldenburg, früher Gumbinnen – in fleißiger Kleinarbeit zusammengestellt hat. Die PAZ bringt in loser Folge Auszüge. An dieser Stelle geht es weiter mit Teil 28:

K

Kabiese = kleiner Bau, Kleiner Raum
Kabolske schießen = einen Überschlaf machen
Kabolskepflaster = Kopfsteinpflaster
Käddels = Röcke
kaddern = Wäsche waschen
Kadaksch = Hühnerstall
kadakschen = Gegacker der Henne, die ein Ei gelegt hat
Kaddik = Wacholder
Kadreien, kaldreien = unnötig reden, meistens über andere
Kadreiersche = schwatzhaftes Weib
Kakelinske = im Ofen gebackene Kartoffelkuchen
kalbäksen = erzählen
Kalle = Freundin eines jungen Mannes
Kaluttchen = Schlitten oder Wagen
kampeln = vertauschen
Kanschaster = Gegenstand zum Prügeln
Käps (Käpps, Keps) = Heuhaufen
käschern = greifen, einfangen, für sich gewinnen
Kaffitzke = dünner Kaffee
Kakedatsch = Hut
kakelbunt = zu bunt
kakeln = viel reden
Kakelnest = ein Kind, das nicht aufhört zu fragen
kalbeeken = dummes Zeug reden
kalbern = herumalbern, verhalten lachen
Kalupp = unansehnliches, kleines Haus

Die Wunderpillen des Herrn Hahnemann

Erst verspottet, dann als Heilkundler geehrt – Der Begründer der Homöopathie wurde vor 260 Jahren geboren

Am 10. April 1755 wurde in Meißen der Mann geboren, der die Homöopathie begründete: Samuel Hahnenmann. Alles Hokuspokus, wie die Skeptiker der alternativen Heilmethode behaupten, oder doch ein medizinischer Segen?

Wer denkt bei Homöopathie nicht als Erstes an Esoterik und Scharlatanerie? Kann nicht unsere Schulmedizin seit dem Ende des 19. Jahrhunderts auf ganz herausragende Entwicklungen, Leistungen und Entdeckungen zurückblicken? Sind wir nicht alle Zeugen eines medizinischen Fortschritts, der uns teilweise in atemloses Staunen versetzt, da Dinge ermöglicht werden, die man sich vor wenigen Jahrzehnten nicht einmal im Traum vorstellen konnte? Und wozu also braucht man dann noch alternative Heilmethoden, bei denen man mit Zuckerkügelchen ohne jegliche Wirkinhalte hantiert?

Laut einer „Forsa-Umfrage“ von 2010 hat etwa die Hälfte der Deutschen bereits Erfahrung mit homöopathischen Arzneimitteln. Nahezu 98 Prozent der Verwender sind mit der Wirksamkeit und Verträglichkeit der Mittel zufrieden. Das Ergebnis der Befragung macht neugierig. Die Homöopathie versetzt in Staunen, je mehr man sich mit ihr beschäftigt. Wer bisher dachte, viel hilft viel, muss lernen umzudenken. Bis heute kann niemand eindeutig erklären, in welcher Weise die homöopathischen Arzneimittel wirken. Doch die große Unbekannte ist in der Wissenschaft nicht ungewöhnlich. Als Conrad Wilhelm Röntgen (1845–1923) 1895 eine unbekannte Strahlung entdeckte, blieb deren wahre Natur noch 17 Jahre danach unerklärbar.

1755 wird in Meißen Samuel Hahnemann als Sohn eines Porzellanmalers geboren. Im selben Jahr veröffentlichte Immanuel Kant anonym mit der „Allgemeinen Naturgeschichte und Theorie des Himmels“ seine erste wichtige Schrift. Der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau publizierte in Amsterdam die „Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen“. Es nimmt daher nicht wunder, dass ein intelligentes Kind dieser Zeit, sich diesen neuen Geistesströmungen nicht entziehen konnte.

Hahnemann war ein Kind der Aufklärung und bereicherte die wissenschaftliche Welt mit ungeahnten Neuerungen. Obwohl aus ärmlichen Verhältnissen stammend, besuchte er die Lateinschule in Meißen und studierte gegen Anraten des Vaters, der ihn lieber in einem handwerklichen Beruf gesehen hätte, Medizin. Möglich war dieses durch ein Stipendium des Fürsten. Nicht nur als Arzt war Hahnemann tätig, auch als Naturforscher entwickelte er ein noch heute gültiges Prüfverfahren: die „Hahnemannsche Weinprobe“, die Bleizuckerverwendung im Wein nachweist.

Mit seiner Frau Johanna, die er 1782 heiratete, bekam er elf Kinder. Aus Not zogen die Eheleute fast 30-mal um. Auch aus finanziellen Engpässen arbeitete Hahnemann, der sechs Sprachen beherrschte, als Übersetzer. Er tat dieses sogar lieber, als der vorherrschenden Medizin zu dienen, der er zunehmend kritisch gegenüberstand. Die allseits beliebten Aderlässe schwächten und die heroischen medizinischen Gaben der Ärzte seiner Zeit vergifteten die Patienten eher als sie zu heilten. Diesem Prinzip der Behandlung verweigerte er sich. Von seinen Kollegen wurde der Kauz belächelt und verspottet.



Placebo oder Heilmittel? Ein paar homöopathische Zuckerkügelchen sollen Wunder bewirken. Unten: Samuel Hahnemann

Bilder (2): DHU

Doch Hahnemann blieb dem Wahlspruch der Aufklärung „Sapere aude“, „Wage es, weise zu sein“ oder in der Interpretation Kants, „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, sein ganzes Leben lang treu. Jahrelang arbeitete er nicht als Arzt. Als er 1789 das Buch des schottischen Arztes William Cullen übersetzte, nahm die Geschichte ihren Lauf. Eine Eigenschaft der als Fiebermittel gegen Malaria eingesetzten Chinarinde wurde darin erwähnt, die ihn stutzig machte. Reichte man einem gesunden Menschen die Rinde in schwacher Form, so verursachte diese leichte Malariasymptome. Bei Kranken aber linderte sie die Krankheit. Hahnemann kam einem Wirkprinzip auf die Spur, das ihn nicht mehr ruhen ließ. Er begann zu forschen, natürlich an sich selbst wie auch an seinen Schülern und begründete die Homöopathie, deren Grundsatz „Similia similibus curentur“, „Gleiches soll mit Gleichem geheilt werden“ bis in die heutige Zeit gilt. 1796 ging er mit den Studien erstmals an die Öffentlichkeit und riet den Schülern: „Macht es nach, aber macht es genau nach!“

1810 veröffentlichte er seine Heilmethode im „Organon der rationellen Heilkunde“, dem Hauptwerk seines Lebens, das er fünfmal neu überarbeitete. Es wurde in viele Sprachen übersetzt und ein großer Erfolg. Jetzt folgten ihm die Heilkundigen Europas, Amerikas und sogar Indiens. In Amerika entstanden homöopathische Gesellschaften, irgendwann auch ein College zur Ausbildung junger Homöopathen. Nach dem Tod seiner Frau 1830 in Köthen heiratete er eine 34 Jahre alte Französin, die sich als Patientin vom Nachbarland zu Hahnemann auf den Weg gemacht hatte. Mit ihr ging er nach Paris und praktizierte dort erfolgreich bis an sein Lebensende 1843.

Hahnemann ging davon aus, dass sich der gesunde Mensch in biologischer Balance befindet, der kranke Körper dagegen im Ungleichgewicht. Diesem Grundsatz entsprechend, müsse ein ausführliches Patientengespräch zur Anamnese geführt werden. Ganz besonderes Augenmerk lag auf der Herstellung der Arzneien, die durch Verdünnung und Verschüttelung der Ausgangssubstanz entstehen. Arznei und Trägerstoff wurden vermischt und anschließend durch mehrmaliges Schlagen des Behältnisses auf ein Lederkissen verschüttelt.

Diese hier nur kurz beschriebene Methode benötigte viel Zeit. Die Angaben wie D6 oder C200 auf den Mitteln zeigten die Potenz, also die Zahl und Höhe der durchgeführten Potenzierungsschritte. Niedere Potenzen konnten in der Selbstmedikation angewendet werden. Hochwirksame höhere Potenzen sollten nur von ausgebildeten Therapeuten verabreicht werden.

Und hier zeigte sich das Unverständliche. Wenn kein Molekül der Ausgangssubstanz in der Hochpotenz mehr nachweisbar ist, was wirkt dann? Umfangreiche Versuche deuten darauf hin, dass wir die Antwort darauf in der Quantenphysik finden könnten. Es könnte hierbei um den Transport von Information im Wellenbereich gehen.

Eindeutige Heilerfolge sind in der Homöopathie bereits nachweisbar. Ganz besonders bei chronischen Erkrankungen, bei denen die Schulmedizin an ihre Grenzen stößt. *Silvia Friedrich*

Service für Winzlinge und Giganten

Rekordverdächtige Porzellan-Ausstellung auf der Leuchtenburg – Thüringen feiert im April »Tage des Porzellans«

Weithin sichtbar zählt die 400 Meter über dem Saaletal gelegene Leuchtenburg zu den schönsten Höhenburgen Deutschlands. Ergreifend ist der Panoramablick über den Thüringer Wald und höchst unkonventionell die jetzt vollendete Porzellan-Ausstellung.

Auf der Leuchtenburg bei Jena wird in bisher nicht gekanntem Ausmaß gezeigt, was Porzellan zu leisten vermag. Pünktlich zum internationalen „Tag des Glücks“ konnte Ende März das Porzellan-Museum vollständig eröffnet werden und mit ihm gleich drei neue Besuchermagnete: die größte Vase der Welt mit einer Höhe von acht Metern, das kleinste Porzellan der Welt im Millimeterbereich und als besonderer Höhepunkt der „Skywalk der Wünsche“.

Der 20 Meter über die Burgmauern hinausragende Steg aus Glas und Stahl ist nicht nur ein neuer spektakulärer Aussichtspunkt, sondern zugleich ein Wahrzeichen des Glücks: Über der Landschaft schwebend können schwindelfreie Besucher ganz nach der Devise „Scherben bringen Glück“ ein Stück Porzellan in die Tiefe werfen, auf das sie vorher ihre Wünsche geschrieben haben. Wünsche, die für die Autorin bereits Wirklichkeit wurden.

Sieben von renommierten Gestaltern wie Michel J. Brown, einem Schüler des bekannten Architekten Daniel Libeskind, erschaffene thematische Erlebnisräume, sogenannte Porzellanwelten, führen vom Herkunftsland des Porzellans über die Entdekkung seiner Rezeptur in Europa und seine Bedeutung als Status- und Machtsymbol an den europäischen Höfen bis zu seinem Einzug ins Alltagsleben. Nach dem Rundgang dürfte keiner mehr von Papp- oder Plastiktellern essen.

Das Porzellan-Handwerk hat in Thüringen eine über 250-jährige Tradition. Was mit Georg Heinrich Macheleid, dem Gründer der „Aeltesten Volkstedter Porzellanmanufaktur“ begann, wandelte sich vom exklusiven Einzelstück zum bezahlbaren Produkt für alle. Ende des 19. Jahrhunderts waren Thüringer Hersteller führend auf dem Markt, ihre Produkte wie Tischporzellan, Spielwaren und Isolatoren weltweit gefragt.



Weißes Gold: Kostbares Porzellan auf der Leuchtenburg Bild: Porzellanwelten

Von 1762 bis 1902 entstanden in sächsischen Herzogtümern über 300 Porzellanmanufakturen. Heute gibt es zusammen mit den technischen Keramiken noch 40 Hersteller im Lande. Dabei werden die Produkte weiterhin in filigraner Handarbeit gefertigt, aber auch von hochmoderner Roboterhand, wird die Tradition gepflegt, aber auch modern adaptiert: Strohblumendekor und Kobaltblau stehen neben Samtdekor und getauchtem Silber, Geschirr für den Alltag neben Schalen, welche die Grenzen des technisch Machbaren ausloten. Daneben entstehen aus modernen, dem Porzellan verwandten Werkstoffen Bauteile, Membranen, Waben.

Neuester Beweis für das Können der Thüringer Porzelliner ist eine acht Meter hohe, säulenförmige Vase. Bislang scheiterten alle Versuche, Porzellan von solchem Ausmaß herzustellen. Dank einer ausgeklügelten Konstruktion gelang dem Künstler Alim Pasht-Han nun mit der Porzellanmanufaktur Reichenbach dieses einzigartige Vorhaben. Mittels 360 einzelner Waben aus Porzellan, die anschließend vom Künstler handbemalt und mit Gold dekoriert wurden. „Porzellan ist zart, zerbrechlich und irgendwie zickig“, so der 1972 im Nordkaukasus geborene und seit 1999 in Deutschland lebende mehrfach preisgekrönte Künstler. „Mich hat es fasziniert, aus diesem besonderen Stoff etwas Großes und bislang Einmaliges zu schaffen, das die Stärke dieses über Jahrtausende verwendeten Werkstoffs zum Ausdruck bringt.“

Technik und Porzellan verbinden sich auch beim kleinsten Porzellangefäß der Welt: einer Kanne en miniature des Geschirrservice „Centuries“ von Kahla bei Jena. Die nur wenige Millimeter große Maßanfertigung entstand in Kooperation mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und dem Fraunhofer Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik in Jena.

Grundsätzlich war das Verfahren dasselbe wie beim klassischen Porzellan. Auch hier wurde die Masse in eine Form gegossen und nach dem Antrocknen aus dieser gelöst. Allerdings alles unter dem Mikroskop. „Hier gab es eine zweifache Herausforderung: Wo liegt im Mikrobereich die Grenze für die Herstellung von Porzellan, und was ist mit moderner Technik trotzdem möglich?“, so Sven-Erik Hitzer, Gründer der Stiftung Leuchtenburg und engagierter Wirt der stilvollen Burgschenke. *Helga Schnehagen*

Öffnungszeiten: Von April bis Oktober täglich von 9 bis 19 Uhr. Der „Tag des Thüringer Porzellans“ findet am 11. und 12. April an mehreren Erlebnisorten statt. Internet: www.porzellantag.de

MELDUNGEN

»LebensArt« bei Schloss Kartzow

Potsdam – Bis Sonntag, 12. April, findet im nördlich von Potsdam gelegenen Schlosspark von Kartzow die Messe für Garten und Wohnen „LebensArt“ statt. Begleitet von einem Unterhaltungsprogramm präsentieren über 100 Anbieter aus dem In- und Ausland Schönes für Haus und Garten. Die Messe ist von 10 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintritt beträgt 8 Euro. Telefon (0451) 89906456. www.lebensart-messe.de *tws*

Die Ringelgänse sind gelandet

Husum – Bis zu 50 000 Ringelgänse halten sich im Frühjahr auf den Halligen und den umliegenden Wattflächen auf. Es ist ein Naturschauspiel, an dem Vogelfreunde hautnah teilhaben können. Denn bereits zum 18. Mal laden die Halliggemeinden, die Naturschutzverbände und die Nationalparkverwaltung Urlauber und Tagesgäste dazu ein, den Vogelzug vor Ort zu erleben: bei den Ringelganstagen vom 18. April bis zum 3. Mai. Von Husum aus kann man gleich am Eröffnungstag auf Hallig Hooge einen ersten Spaziergang zu den Beobachtungsstationen unternehmen. Informationen unter Telefon (04849) 255 oder www.ringelganstage.de. *tws*

Erstohlener Reichtum

»Schurkengeld« in Österreich

Eines brisanten Themas hat sich der österreichische Journalist Florian Horcicka (40) in seinem Buch angenommen. Das wird bereits deutlich, wenn der Autor gleich im ersten Absatz einige provokante Fragen stellt: „Diktatorengeld in der Europäischen Union, der Schweiz, in Liechtenstein und vor allem in Österreich? Millionenkonten von Despoten in Wien, Vaduz, Zürich? Dubiose Immobilienfinanzierung mit kaukasischem Schurkengeld in Deutschland?“ Er erläutert: „Nicht erst seit den stetig verschärften Sanktionen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten gegen Russland ... im Jahresverlauf 2014 richtet sich der Fokus der breiten Öffentlichkeit auf geheime Vermögen von Oligarchen, autoritären Machthabern und deren Gefolge im demokratischen Westeuropa.“ Es geht um Summen in kaum fassbarer Dimension. Im System der geheimen Gelddepots, das der Autor durchleuchten möchte, werden laut dem französischen Ökonomen Gabriel Zucman 7,4 Billionen Dollar gebunkert.

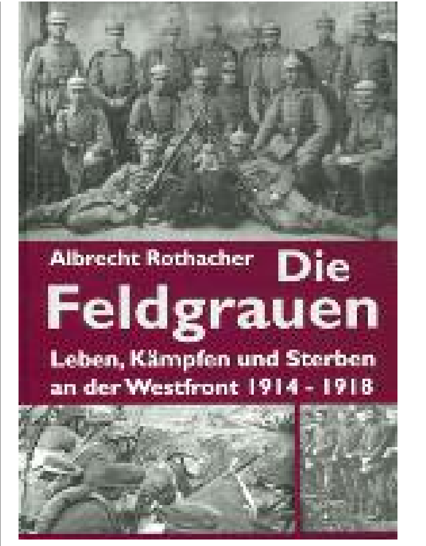
Es sind erstohlene, erpresste, erschlichene Reichtümer. Entsprechend lautet der Titel von Horcickas Buch: „Das schmutzige Geld der Diktatoren“. Die Ergebnisse jahrelanger Recherchen sind hineingeflossen. Als Redakteur des österreichischen Wirtschaftsmagazins „Format“ beschäftigt er sich mit Wirtschaftskriminalität, Ost-Politik und Geheimdiensten. Gerade in seinem Heimatland scheinen dies besonders ergiebige Themen zu sein. Gewiss leitet den Autor kein Patriotismus, wenn er bei Prüfung der Geldströme die „Bedeutung Österreichs als Vermögensfluchtpunkt“ herausstreicht. Sie folge aus der Funktion Wiens als Spionagezentrum Europas, als Standort zahlreicher Einrichtungen der Vereinten Nationen und als Hauptquartier vieler Unternehmen für den osteuropäischen Raum. Hinzu kommt, dass betuchte Investoren relativ leicht an die österreichische Staatsbürgerschaft kommen. Damit sind sie vor Auslieferungen sicher.

Selbst für Nordkorea, „die wohl übelste Diktatur der gegenwärtigen Welt“, seien „Österreich und die Schweiz bevorzugte Anlageländer“. Ähnliches gilt für kaukasische Gangsterbanden, ex-jugoslawische Warlords, aserbajdschanische Ölsyndikate, ukrainische Firmengeflechte und andere zwielichtige Gruppierungen. Die Republik Österreich scheint nahezu ohnmächtig gegenüber den internationalen Geldtransfers aus Diktaturen und autoritären Regimen“.

Warlords, Gangster, Syndikate

Horcicka nennt Summen und Verbindungsleute. Besonders hebt er die traditionell intensiven Beziehungen Österreichischerer Wirtschaftsspitzen zu Russland hervor. Sie wurden vor Jahrzehnten geknüpft, als Moskauer Gelder der KPÖ, der Kommunistischen Partei Österreichs, zu legendärem Reichtum verhalfen, wobei die Mittel im Lande über ein sowjetisches „Imperium“ von Firmen und Unternehmen verdient wurden. Den Kommunisten folgten russische „Oligarchen“, die in den 1990er Jahren mit „Geprotze und Gepolter“ auffielen, heute aber sehr unauffällig leben. Sie erwerben Immobilien, Firmen, Kunstwerke, pflegen ihre Jagdleidenschaft und geben sich in der Öffentlichkeit bescheiden – wie Putin es selbst vormacht. Er soll „zu den reichsten Männern der Welt zählen“, ein Privatvermögen von „etwa 40 Milliarden Dollar“ besitzen, vor allem im westlichen Ausland erworben und vor den „gegen Russland verhängten Sanktionen“ kunstvoll verborgen. *Wolf Oschlies*

***Florian Horcicka: „Das schmutzige Geld der Diktatoren“**, Verlag Kreschmayr & Scheriau, Wien 2015, gebunden, 191 Seiten, 22 Euro*



Jauchzend in den Tod

Soldatenschicksale im Ersten Weltkrieg: Ein beklemmendes Buch

Derzeit ist Albrecht Rothacher als Gesandter der Europäischen Union in Tokio tätig. Zahlreiche Buchveröffentlichungen weisen ihn als Fachmann für den fernen Osten Asiens und den näheren Osten Europas aus. Dass er auch ein ausgewiesener Kenner des Ersten Weltkrieges ist, beweisst sein Buch „Die Feldgrauen“.

Rothacher legt dabei eine Kriegsgeschichte von unten vor. Feldpostbriefe, Kompanietagebücher, Kriegsstammrollen, Regimentsgeschichten und unveröffentlichte Erinnerungen wurden ausgewertet und so der Weg einer einzelnen süddeutschen Infanteriekompanie und individueller Soldaten durch die halbjährlich stattfindenden schweren Schlachten an der Westfront nachgezeichnet.

Der weitaus größte Teil, mehr als ein Drittel des Buchs, ist dem Kriegseinsatz einer „durchschnittlichen“ Eliteeinheit gewidmet. Die 5. Kompanie des Infanterieregiments 124 wird von ihrer Mobilisierung im schwäbischen Weingarten an begleitet. Mit dabei war der 22-jährige Leutnant Erwin Rommel. Er berichtet: „Ein Jauchzen wehrfreudiger deutscher Jugend klingt als Echo durch die altersgrauen Klosterbauten.“ Es sollte eine gründliche Ernüchterung folgen. Die Kompanie hat an allen großen Schlachten Anteil, an der Somme, vor Ypern und Verdun bis zu den Rückzugskämpfen an der Maas im Oktober und November 1918. Eingebunden finden sich die zwei kurzen Kriegsbiografien der politischen Antipoden Adolf Hitler und Ernst Thälmann, die vergleichsweise wenig gefährdet zum Einsatz kamen. Im Mittelpunkt der Betrachtung aber stehen drei Einzelschicksale unbekannter Soldaten.

Das Unerträgliche durchstehen

Zunächst wird in kurzen Abschnitten registriert, wie sich die gewöhnlichen Aspekte des Lebens durch den Krieg deformieren und intensivieren. Naturerleben, Religiosität, Körperpflege, Alkoholkonsum, Ernährung: Unter den Extrembedingungen verändern sich die alltäglichen Gewohnheiten. Spezifisch kriegsbedingte Erfahrungen treten hinzu, wie Kampferlebnisse, Beutemachen, Todeserwartungen, Trauer um Kameraden, die Verantwortung für andere, der Umgang mit den Gefangenen und der unablässige Informationsmangel. Wie sehr alle Beteiligten vom Ausmaß der Ereignisse überrumpelt wurden, zeigt die Ausrüstung, mit der die Truppen an die Front marschierten. Die Franzosen trugen zur Kennzeichnung im Handgemenge noch rote Hosen und die Deutschen zu Abwehr von Säbelhieben eine lederne Pickelhaube. Aber bereits an den ersten Tagen in Belgien flog ihnen Stahl um die Ohren. Heldentum ereignet sich in diesem Buch vor allem im Durchstehen des Unerträglichen.

Das Buch zeigt die, bei aller Wehrhaftigkeit, ohnmächtige Perspektive des einfachen Soldaten. Der wurde aus seinem Beruf, oft auch aus dem Studium, gerissen und in eine Landschaft des Todes geschleudert. 14 Millionen Mann dienten während des Ersten Weltkrieges im kaiserlichen Heer. Zwei Millionen deutsche Soldaten fielen. Wer an die Front kam und dort längere Zeit ausharren musste, war in der Regel dem Tod geweiht.

Beklemmend liest sich das bei Rothacher, wenn er aus Briefen und Aufzeichnungen zitiert. Denn die meisten Zitate beschließt eine Auskunft über das weitere Schicksal ihres Schreibers. Nüchtern ist die folgende Zeitspanne seines Überlebens verzeichnet sowie der Ort, an dem er dann letztlich gefallen ist.

Der Autor nennt „Die Feldgrauen“ ein „Anti-Kriegsbuch, das den Soldaten des Ersten Weltkrieges die verdiente Achtung und Ehre erweist.“ Rothacher betreibt keine Geschichtsdeutung von oben, aus der Katheder- oder Generalstabsperspektive. Er schildert die Geschehnisse von unten und zugleich beabsichtigt er, der „zeitgeistkonformen Denunziation und Kriminalisierung jener Soldaten entgegenzuwirken, die selbst Opfer wurden.“

Achtung und Ehre für die Soldaten

Diesem Anspruch wird der Band in jeder Hinsicht gerecht. Entstanden ist ein 700-seitiger Pflasterstein von einem Buch, halb so dick wie breit. Da es auf leichtes Papier gedruckt ist, lässt es sich dennoch recht gut handhaben. Alle Anmerkungen sind praktischerweise unten auf den Seiten zu finden, auf die sie sich beziehen. Am Ende des Buches ermöglicht eine Chronologie der Kriegsereignisse dem Leser jene Einordnung, die den damals Handelnden und Leidenden in ihrer ungewissen Lage abging. *Sebastian Hennig*

***Albrecht Rothacher: „Die Feldgrauen. Leben, Kämpfen und Sterben an der Westfront 1914–1918“**, Lindenbaum Verlag, Schnellbach 2014, gebunden, 720 Seiten, 49,80 Euro*

Droht ein neuer Weltenbrand?

Zwei Autoren zeigen eindrucksvolle Parallelen zwischen 1914 und 2015 auf

Welche Entwicklungen führten wirklich zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges und welche Parallelen lassen sich zur jetzigen weltpolitischen Lage ziehen?

Mit diesen Fragen beschäftigen sich Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer in „Wiederkehr der Hasardeure“. Das voluminöse Werk zeigt eindrucksvoll Parallelen von damals und heute und warnt vor der Gefahr eines erneuten Weltenbrandes. Die Autoren ergänzen sich dabei durch ihre verschiedenen Blickwinkel.

Der militärisch vorgebildete Geschichtsautor Wolfgang Effenberger, ein ehemaliger Pionierhauptmann der Bundeswehr, hinterfragt die historischen Denkschablonen der letzten 70 Jahre und geht zu den Quellen zurück. Dabei deckt er verschüttete Entwicklungsstränge auf und veranschaulicht nüchtern anhand der Weltkarte die Strategien und Machtkämpfe von 1600 bis in die Gegenwart.

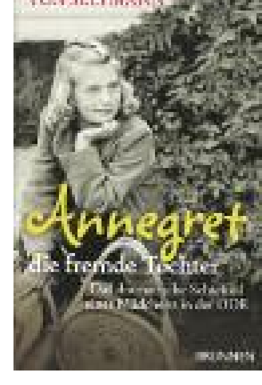
Unübersehbar stehe hinter allen Konflikten die unheilige Allianz von politischem Machtstreben und Kapitalinteressen. Ein vom US-Kongress in den 30ger Jahren eingesetzter Untersuchungsausschuss konstatierte, die USA seien 1917 von „Kaufleuten des Todes“ in den Ersten Weltkrieg getrickst worden.

Der Erste Weltkrieg sei nicht einfach ausgebrochen, er sei systematisch geplant gewesen. Die Drahtzieher – kühl kalkulierende Hasardeure aus Politik, Industrie und Finanzwelt – agierten im Hintergrund, häufig mit Hilfe verdeckter Netzwerke. Die Fülle von sorgfältig belegten Detailinformationen dürfte selbst Kenner und Experten verblüffen, so zum Beispiel der sogenannte Paši-Handzettel mit der handschriftlichen Anweisung des serbischen Premiers zur Waffenlieferung an die Verschwörer.

Der ehemalige „Politprofi“ Willy Wimmer, von 1988 bis 1992 Staatssekretär im Verteidigungsministerium und von 1994 bis 2000 Vizepräsident der OSZE-Vollversammlung, bestätigt in seinem Teil „Kalter Krieg war gestern, Krieg ist heute“ die Parallelen zu 1914. Er sieht eine verhängnisvolle Einflussnahme der USA auf die europäische Politik und die Versuche der USA, Russland gezielt zu destabilisieren. Seit Ende des Kalten Krieges haben, so Wimmer, die USA das bewährte Konzept der stufenweisen Eskalation (vom Aufruhr über die Krise zum Krieg) und der begleitenden Propaganda weltweit verfeinert.

Auch wenn man nicht in allem den Autoren folgen mag, ihre Fakten und Folgerungen sollten bedacht werden – und so hat auch Julian Nida Rümelin, der ehemalige Kulturstaatsminister, das Buch als Ergänzungslektüre zur Ukraineberichterstattung empfohlen. *Konrad Löw*

***Wolfgang Effenberger/Willy Wimmer: „Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure. 1914 und heute“**, Zeitgeist Verlag, Höhr-Grenzenhausen 2014, gebunden, 638 Seiten, 29.90 Euro*



Mit neun die Adoptionsurkunde entdeckt

Das ergreifende Schicksal eines Mädchens aus Güstrow wirft ein Schlaglicht auf den DDR-Unrechtsstaat

In der DDR gab es bekanntlich viele hundert Fälle von staatlicher Kindesentziehung. Den betroffenen Familien, Eltern wie Kindern, wurde unermessliches Leid zugefügt.

Als ausführendes Organ steckte die Behörde für Jugendfürsorge diese Kinder in Heime, die der staatlichen Aufsicht unterstellt waren, wobei auch der Gedanke der Umerziehung eine wesentliche Rolle spielte. Die Gründe für diesen Akt der Willkür waren unterschiedlicher Natur. Häufig waren Kindesentziehungen politisch motiviert, in anderen Fällen wurden Eltern oder alleinerziehende Mütter für asozial erklärt, um die harte Maßnahme zu rechtfertigen.

Von einem solchen Fall handelt Lothar von Seltmanns zu Herzen gehender Roman „Annegret, die fremde Tochter. Das dramatische Schicksal eines Mädchens in der DDR“. Es ist die wahre Geschichte eines 1957 im mecklenburgischen Güstrow geborenen Kindes, das seinen Eltern schon im Säuglingsalter weggenommen und zu „Kost und Pflege“ in ein Güstrower Heim der Diakonie gegeben wurde. Mit drei Jahren wird Annegret von Laura und Heinrich Kahle, einem älteren, christlich orientiertem Ehepaar, als Pflegekind angenommen. Später wird sie von ihnen adoptiert. Annegret verraten sie nichts davon, dass sie nicht ihr leibliches Kind ist. Mit neun Jahren entdeckt sie zufällig die Adoptionsurkunde und ist sehr getroffen.

Über ihre leiblichen Eltern soll Annegret nie mehr erfahren als die dürren Auskünfte, welche die städtische Fürsorgerin gleich zu Beginn des Romans der Diakonieschwestern übermittelt, als sie ihnen den vom Staat geraubten Säugling übergibt. Annegrets Vater ist kriminell und verbüßt gerade eine Haftstrafe. Die Mutter ist depressiv und asozial – sagt der Staat und schweigt darüber hinaus. Typischerweise wurde die Herkunft von Säuglingen und Kleinkindern nur unzureichend oder gar nicht schriftlich dokumentiert, um die Trennung von den leiblichen Eltern endgültig zu vollziehen. Die Betroffenen mussten lebenslang mit der seelischen Belastung zurechtkommen, ihre Eltern oder Kinder wahrscheinlich niemals ausfindig machen zu können.

Asoziale Mutter – sagt der Staat

Erst als es Annegret, inzwischen fast 50 Jahre alt, über die Birthler-Behörde gelingt, einen entfernten Verwandten ihres inzwischen verstorbenen Vaters ausfindig zu machen, scheint sich eine Möglichkeit zu ergeben, mehr zu erfahren. Aber der Mann bestätigt nur die wenig erfreuliche Tatsachen, die Annegret schon weiß. Sie forscht nicht weiter.

Mit dem Autor Lothar von Seltmann verbindet Annegret Kahle, mehr als nur die Tatsache, dass auch der 1947 geborene Seltmann als Vollwaise bei Pflegeeltern aufgewachsen ist. Beide sind tief im christlichen Glauben verwurzelt. Der Autor, ein ehemaliger Schulleiter, hat zahlreiche christlich ausgerichtete Romanbiografien verfasst. Bibelverse, Texte geistlicher Lieder und erbauliche Gespräche machen daher auch einen Teil des Romans aus. Das dürfte nicht jedermanns Geschmack sein. Gleichzeitig beschreibt Seltmann eindringlich das Leben einer bekennenden Christin in der kirchenfeindlichen Umgebung der DDR. Annegret steht schon in früher Kindheit zu ihrem Glauben und weigert sich, den Jungen Pionieren beizutreten. Mit neun Jahren wird sie evangelisch-lutherisch getauft, lässt ihre Taufe später als junge Erwachsene bei den Baptisten sogar erneut vollziehen. Sämtliche Nachteile, die ihr dadurch entstehen, nimmt sie in Kauf. Annegrets Schullaufbahn endet daher schon 1974 mit dem Abschluss der Polytechnischen Oberschule, anschließend beginnt sie eine Ausbildung zur Krankenschwester im Diakoniekrankenhaus in Woltersdorf bei Berlin.

Es ist gut, dass ihre beispielhafte Lebensgeschichte nun dank Autor Lothar von Seltmann der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. *Dagmar Jestrzemski*

***Lothar von Seltmann: „Annegret, die fremde Tochter. Das dramatische Schicksal eines Mädchens in der DDR“**, Brunnen Verlag, Gießen 2015, gebunden, 240 Seiten, 14.99 Euro*



Florian Huber
Kind, versprich mir, dass du dich erschießt
Der Untergang der kleinen Leute 1945
Am 30. April 1945 schoss sich Adolf Hitler in Berlin eine Kugel in den Kopf. Zur selben Zeit strömten im Städtchen Demmin beim Einmarsch der Roten Armee hunderte Menschen in Flüsse und Wälder, um sich dort umzubringen. Ganze Familien wurden ausgelöscht, Eltern töteten ihre Kinder. Demmin ist nur ein Beispiel unter vielen: Eine Selbstmordepidemie ergriff tausende Menschen im ganzen Land. Basierend auf Tagebüchern, Briefen, Berichten und Erinnerungen erzählt dieses Buch erstmals vom Untergang der kleinen Leute. Florian Huber entwickelt die Geschichte der Gemüts- und Gedankenwelt der Menschen im Dritten Reich im Wechsel von historischer Reportage und Mentalitätsstudie – ein fesselnder Blick auf die Gefühle der kleinen Leute, die in ihren Untergang marschierten. 304 Seiten
Nr. P A0870 Gebunden **22,99 €**



Lo Warnecke
Auf der Flucht
Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945–1949
222 Seiten
Nr. P 533116 Geb. 14,95 €

Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungesehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Lo Warnecke berichtet authentisch und lebendig von ihrem langen Weg in Richtung Westen, vom Aufbruch, wie sie, ihre Kinder und der ganze Treck von der Front eingeholt wurden und wie das Ziel in weite Ferne rückte. Sie hatten den Krieg überlebt, aber weiterleben bedeutete genügend zu essen und eine Unterkunft zu organisieren, in einer Zeit als es nichts gab.



Jürgen Kleindienst (Hrsg.)
Kriegskinder erzählen
Zwischen Sirenengeheul und Granatsplittern 1939–1945
Kartoniert.
256 Seiten
Nr. P A0718 10,90 €

Kriegskinder der Jahrgänge 1929 bis 1941 erzählen in diesem bewegenden Buch von ihrem Alltag. Zum Beispiel vom nächtlichen Sirenengeheul und – wie makaber es auch klingen mag – vom Sammeln der bizarren Granatsplitter, die am nächsten Morgen als Reste der tödlichen Bombengeschosse zu finden waren. Stets ist die Angst gegenwärtig, verschüttet oder „ausgebombt" zu werden. Immer wieder verlieren nahe Angehörige, Nachbarn oder Schulkameraden ihr Zuhause oder gar ihr Leben. Die meisten Kriegskinder wachsen vaterlos auf und müssen frühzeitig ihren Müttern helfen, das Überleben zu sichern. Viele Kriegskinder erleben die überstürzte Flucht aus dem Osten und die Vertreibung aus der Heimat.



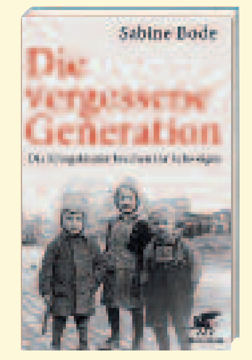
Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948 des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974
Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte
Der abschließende Bericht der im Bundesarchiv in Koblenz erarbeiteten Dokumentation über Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen im Zuge der Vertreibung begangen worden sind. Dieser bereits 1974 erstellte Bericht wurde bis 1982 von der SPD/FDP-Bundesregierung aus politischen Gründen unter Verschluss gehalten. Er beruht auf der Auswertung des im Bundesarchiv liegenden Quellenmaterials: etwa 10.000 Erlebnisberichte aus der Ostdokumentation, etwa 18.000 Gemeindeschicksalsberichte sowie Materialien der katholischen Diözesanarchive sowie des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes. Die Dokumentation enthält zudem 45 bisher unveröffentlichte, erschütternde Erlebnisberichte, die von dem tragischen Geschehen – Flucht, Vertreibung, Ausweisung, Deportation – im deutschen Osten wie auch in den deutsch besiedelten Gebieten Ostmittel- und Südosteuropas am Ende des Zweiten Weltkrieges zeugen, von dessen Folgen bis heute ganz Europa gezeichnet ist. 392 Seiten
Nr. P A0830 Kartoniert **29,80 €**

Annerose Matz-Donath
Deutsche Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen
Verschwunden, verloren, vom Schweigen verschluckt, so gingen unzählige deutsche Frauen und Mädchen durch die Hölle sowjetischer Folterkeller, die zwischen 1945 und 1949 auch auf deutschem Boden, in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, bestanden – ein kaum bekannter und dennoch untilgbarer Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die von den Sowjetischen Militärtribunalen verurteilten Frauen kamen im Februar 1950 zur weiteren Strafverbüßung in den Gewahrsam der DDR, die für sie ein besonders strenges Zuchthausregime in einer Reihe von Sonderstrafanstalten errichtete. Annerose Matz-Donath, die selbst fast 12 Jahre Gefangenschaft erleiden musste, konnte 130 frühere Haftkameradinnen von etwa 1.300 betroffenen Frauen interviewen. 482 Seiten
Nr. P A0831 Kartoniert **28,00 €**



In schweren Zeiten braucht man Glück
23 Zeitzeugen erzählen – 1939 bis 1952 192 Seiten/Gebunden
Nr. P A0851 9,95 €

Es sind ungewöhnliche Erlebnisse aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die uns berühren und erschüttern. Sie erzählen von der Rettung in höchster Not, von kaum vorstellbaren Zufällen, von Momenten des Glückes, der Freude und der Erleichterung. Frauen, Männer und Kinder der Jahrgänge 1913 bis 1937 schildern, was ihnen damals die Kraft und die Hoffnung gab, scheinbar ausweglose Situationen zu meistern. Die Zeitzeugen erlebten im Bombenkrieg und beim Fronteinsatz den Tod naher Verwandter, Freunde, Nachbarn und Kameraden. Sie berichten von Flucht und Vertreibung, von Gefangenschaft und Heimkehr und vom schweren Neuanfang.



Sabine Bode
Die vergessene Generation
Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen
303 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0578 9,95 €

Noch nie hat es in Deutschland eine Generation gegeben, der es so gut ging, wie den heute 60- bis 75-jährigen. Doch man weiß wenig über sie, man redet nicht über sie – eine unauffällige Generation. Jetzt beginnen sie zu reden, nach langen Jahren des Schweigens. Die Kriegskindergeneration ist im Ruhestand, die eigenen Kinder sind längst aus dem Haus. Bei vielen kommen jetzt die Erinnerungen allmählich hervor und mit ihnen auch Ängste, manchmal sogar die unverarbeiteten Kriegserlebnisse. Sie wollen nun über sich selbst nachdenken und sprechen. Mit den Holocaust-Opfern habe man sich eingehend beschäftigt, mit der Kriegskindergeneration nie.



Nur noch wenige Exemplare

Werner Richner/Karl-Hermann Roehricht
Sachsen
Dieser Bildband präsentiert in exklusiven Fotos Sachsen – das Weihnachtsland Erzgebirge, das „klingende" Vogtland, die Oberlausitz mit der sorbischen Kultur, die kunstreichen und handeltreibenden Städte Dresden und Leipzig und bietet damit ein umfassendes Porträt dieses vielseitigen und traditionsreichen Bundeslandes – mit Übersichtskarte und einem ausführlichen dreisprachigen – deutsch-, englischen- und französischen Informationsteil. Faszinierende Fotos, aufgenommen Ende des 20. Jahrhunderts, zeigen das alte und neue Sachsen, seine Städte und Sehendwürdigkeiten, Eigenarten und Traditionen ungefähr zehn Jahre nach der Öffnung der Mauer.
Großbildbandformat 24 x 30 cm. 160 Seiten
Nr. P 575378 Gebunden **8,50 €**

Götz Bergander
Dresden im Luftkrieg
Vorgeschichte – Zerstörung – Folgen
138 S/W-Abbildungen
520 Seiten/Gebunden
Nr. P 575239 14,95 €

Was in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar in Dresden geschehen ist, war nicht nur der gewaltigste Bombenangriff auf dem europäischen Kriegsschauplatz, sondern hat sich auch tief in die Erinnerung derer eingegraben, die es miterlebt haben. Der Autor, selbst Dresdner und Augenzeuge der erschütternden Ereignisse, beschreibt nicht nur diese „Jahrhundertkatastrophe", sondern Dresdens Bedeutung im Luftkrieg insgesamt und versucht Tatsachen von Gerüchten zu trennen. Gestützt auf wertvolles Foto- und Kartenmaterial, britische und amerikanische Interpretationen und zum Teil neu eingebrachte Dokumente entstand ein zeitgeschichtliches Werk, das durch seine objektive Faktentreue besticht.

Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostpreußen, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Ostpreußen neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostpreußen nach dem Stande von 1937 beschrieben, also auch mit den fünf Kreisen des Regierungsbezirks Westpreußen. Die Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch historische Gassen und Straßen.



Fritz R. Barran
Pommern Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne pommerscher Städte von Altdamm bis Zanow
208 Seiten/Gebunden
Nr. P 3019 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Pommern, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne der heute zu Polen gehörenden Städte beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen und ihrer Bewohner zu Pommern neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Kreise der Provinz Pommern nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen, der heute zu Polen gehörenden Städte.

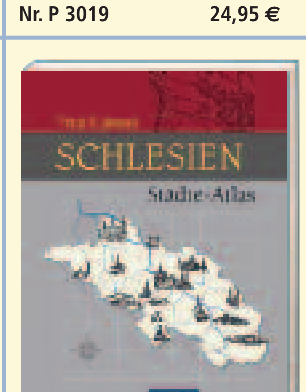


Nur noch wenige Exemplare

Rudolf Kötzschke/Hellmut Kretzschmar
Sächsische Geschichte
Die „Sächsische Geschichte" ist ein Werk der allgemein verständlichen Geschichtsschreibung für alle diejenigen, deren eigene Vergangenheit und Gegenwart mit dem Land verbunden ist und für alle, die mehr über seine wechselvolle Historie erfahren wollen. Der Autor schildert ausführlich die Ereignisse der sächsischen Vergangenheit in allen Bereichen des politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten. Durch seine verständliche Fassung bringt das Buch die geschichtlichen Zusammenhänge lebhaft und anschaulich näher. Ein Bildteil am Ende des Werkes mit historischen Karten und Schwarzweißfotografien runden das Werk ab. 500 Seiten
Nr. P 575450 Gebunden **7,95 €**

Nur noch wenige Exemplare

Günther Grundmann
Erinnerung an Schlesien
Schlesien galt seit Goethes Reisebrief an Herder im Jahre 1790 als ein wenig bekanntes, aber dafür als „ein zehnfach interessantes Land". Schon die Landschaft in ihrer geografischen Struktur rechtfertigt dieses sprichwörtlich gewordene zehnfache Intersse. In der Schule wurde den Kindern im heimatkundlichen Unterricht angesichts einer großen Landkarte beigebracht, dass sich Schlesien mit einem Eichenblatt vergleichen ließe, dessen Mittelrippe die Oder und dessen Seitenrippen deren Nebenflüsse bildeten. Die Vergangenheit Schlesiens ist in alten Fotografien in diesem Bildband festgehalten. Die Städte und Dörfer mit ihren Straßen, Märkten und Menschen werden in historischen Bildern porträtiert und in ihrer Vielfalt vorgestellt. Die Bilder sind einzigartige und unwiederbringliche Dokumente der Zeitgeschichte, die an die alte Zeit erinnern. 136 Seiten
Nr. P 575485 Gebunden **7,95 €**



Fritz R. Baran
Schlesien Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne schlesischer Städte von Auras bis Zülz
360 Seiten/Gebunden
Nr. P 4021 29,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Schlesien, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Schlesien neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche östlich der Oder gelegene Städte und Kreise der Provinz Schlesien vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die heute zu Polen und der Tschechischen Republik gehörenden Städte.



Heinrich Pletícha/
Wolfgang Müller
Kulturlandschaft Sachsen
Format 21,5 cm x 26,5 cm. Mit vielen farbigen- und S/W-Abbildungen. 198 Seiten/Gebunden
Nr. P 8980 9,95 €

Sachsen mit seinern landschaftlichen Kontrasten, vom Erzgebirge bis zum Leipziger Tiefland, durchflossen von einem der großen Ströme, der Elbe, hat mit der Kulturmetropole Dresden und der Messestadt Leipzig seine Fixpunkte. Die zahlreichen Burgen und Schlösser, prachtvollen Renaissancebauten und Kirchen prägen Sachsens Reiz und sind Zeugnisse seiner wechselvollen Geschichte. Durch den Lauf der Jahrhunderte bis zur Gegenwart zeigt dieser Bildband das Land, mit dem Vogtland und dem Erzgebirge im Süden und Südosten, dem Leipziger Tiefland im Westen, der Oberlausitz mit ihrem Gebirgsrand im Osten und in der Mitte dem reizvollen Elbtal, anschaulich und kenntnisreich in seiner ganzen Vielfalt.



Fritz R. Barran
Ostbrandenburg Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostbrandenburgischer Städte von Arnswalde bis Züllichau
144 Seiten/Gebunden
Nr. P 3022 19,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostbrandenburg, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen zu den gerade auch östlich der Oder gelegenen Städte und Gemeinden neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostbrandenburg nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Lucke berät Varoufakis

Brüssel – Der EU-Abgeordnete und AfD-Sprecher Bernd Lucke ist kurz vor Ostern auf Einladung des griechischen Finanzministers Giannis Varoufakis nach Athen gereist, um seinen Plan eines „sanften“, stufenweisen Ausscheidens der Hellenen aus dem Euro vorzustellen. Die beiden kennen sich seit Jahren aus ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit. In deutschen Medien wurde die spektakuläre Einladung so gut wie nirgends gemeldet. *H.H.*

EU attackiert Wiener Schnitzel

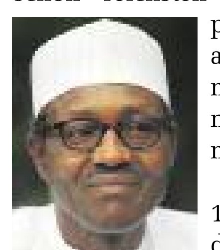
Brüssel – Aufregung an der Donau: Die EU erwägt laut der Wiener Zeitung „Die Presse“ Schritte gegen das weltberühmte Wiener Schnitzel. Schon jetzt müssten Zutaten wie Ei, Mehl und glutenhaltige Semmelbrösel eigens ausgezeichnet werden, da sie „Allergie-Schocks“ auslösen könnten, heißt es aus Brüssel. Auch Schweine- und Kalbfleisch könnten allergieverstärkend wirken. Die EU will erreichen, dass die Zutaten geändert werden. *H.H.*

ZUR PERSON

Greiser Hoffnungsträger

Als nigerianischer Wähler war man schon froh, die Stimmabgabe lebend überstanden zu haben. Chaos und Gewalt beherrschten in früheren Jahren die Präsidentschaftswahlen, bei denen es regelmäßig hunderte Tote gab. Was jetzt in Nigeria stattgefunden hat, ist eine Premiere: kaum Tote, keine Anzeichen von Wahlfälschung und ein abgewählter Präsident, der sofort seine Niederlage eingeräumt hat.

Diese noble Geste hätte keiner von Goodluck Jonathan erwartet. Er galt als korrupt und geldgierig. Doch er versprach faire Wahlen, und er hielt Wort. Mit **Muhammadu Buhari** haben die Nigerianer jetzt einen alten Bekannten an die Staatsspitze gewählt. Als General hatte er sich bereits 1983 an die Macht geputscht. Damals regierte er mit Stock und Peitsche: Die Polizei ließ er mit diesen Waffen ausrüsten, um die Massen zu disziplinieren. Da er die Grenzen für Importe schloss, folgten in dem damals schon reichsten Land Afrikas prompt Massenarmut und die nach ihm benannte Hungersnot „El Buhari“.



Nachdem er 1985 unsanft aus dem Amt vertrieben worden war, strebte Buhari auf legitime Weise durch Wahlen die Präsidentschaft an. Nach dem vierten Anlauf hat es nun geklappt. Dass der 72-Jährige als „Hoffnungsträger“ gilt, hat zwei Gründe: Er ist ein eiserner Korruptionsbekämpfer, der schon als Putschist 500 korrupte Politiker, Beamte und Geschäftsleute einsperren ließ.

Und er will als Moslem die islamistische Boko Haram stoppen, die Buharis Heimatregion, den Norden Nigerias, terrorisiert. Da der aus dem Süden des Landes stammende Christ Goodluck Jonathan wenig gegen die Mörderbanden unternahm, setzen jetzt selbst die Christen ihre Hoffnung auf den moslemischen Präsidenten, damit er die Ausbreitung des radikalen Islam verhindert. *Harald Tews*



Sprudelnder Quell

Wenn Bürger nicht mehr wollen

Warum die Demokratie in Gefahr ist, wieso ein IHK-Vize in Steuerstreik tritt, und wie wir den Dschihadisten zu neuem Glück verhelfen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da braut sich was zusammen. Selbst der Europarat hat den Brand von Tröglitz zum Anlass genommen, seiner Sorge über die wachsende Radikalisierung in den Völkern Europas Luft zu machen. Überall auf dem Kontinent breite sich eine Atmosphäre von „Hass und Intoleranz“ aus, die Demokratie sei „zunehmend gefährdet“.

Die Demokratie ist in Gefahr? Meine Güte! Was aber heißt Demokratie in der EU eigentlich? „Demokratie in Brüssel bedeutet offenbar, dass die Wähler mit der Politik der politischen Elite übereinstimmen müssen“, erklärt der Direktor der niederländischen Denkfabrik „Teldersstichting“, Patrick van Schie. Wenn die Bürger einmal anderer Meinung seien als jene „Eliten“, dann heiße es, die Sache sei eben zu kompliziert für die Bürger. Wenn sie sogar anders abstimmten, als die „Eliten“ es wünschten, dann würde solange nochmal abgestimmt und Druck ausgeübt, bis das Ergebnis den Vorstellungen der Politiker entspreche, so van Schie, dessen Einrichtung laut „Deutsche Wirtschaftsnachrichten“ der Partei von Ministerpräsident Mark Rutte nahesteht.

Und diese „Demokratie“ gerät also „zunehmend“ in die Schusslinie unbotmäßiger Bürger. Das sollte jedem toleranten, weltoffenen und bunten Europäer den Schlaf rauben!

Welch bedrohliche Ausmaße die Unbotmäßigkeit angenommen hat, können wir an einem ganz unerwarteten Beispiel studieren. Joachim Punge, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Dortmund, hat angedroht, seine Steuerzahlungen eigenmächtig zu kürzen, weil der Staat seinen Pflichten nicht mehr nachkomme, für welche er das Steuergeld einziehe.

Punge wurden während der vergangenen Jahre drei Autos gestohlen, eines aus der Garage, dann ein weiteres bei einem Trickbetrug und schließlich das seiner Tochter. Zweimal wurde bei ihm zu Hause eingebrochen, dreimal im Büro, und zweimal haben Diebe den Wagen seiner Frau aufgebrochen. Außerdem hat man ihm das Portemonnaie geklaut und der Tochter das Mobiltelefon.

Nun wollte der IHK-Vize, der Träger des Bundesverdienstkreuzes ist, vom Dortmunder Polizeipräsidenten wissen, wie der Stand der Ermittlungen zum Wagen seiner Tochter sei und was getan worden sei, um den Dieb zu stellen. Antwort: keine.

Da ist ihm der Kragen geplatzt. In einem offenen Brief kündigt Punge an, die „Sicherungsmaßnahmen an meinem Eigentum jetzt von meinen Steuerzahlungen abzuziehen, weil mit meinen Steuerzahlungen die Sicherheit nicht mehr hergestellt werden kann und ich dann für meine Sicherheit eigenverantwortlich auftreten muss“. Im Zivilberuf ist der Verbandsfunktionär Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Er dürfte also wissen, wie man so etwas macht.

> Sachsen-Anhalt will 2000 Asylheime schützen, hat aber nur noch 6000 Polizeibeamte

Der Mann könnte eine Lawine von Nachahmern lostreten. In Sachsen-Anhalt ist ja gerade Ausnahmezustand wegen des Brandes von Tröglitz, wo ein noch nicht bezogenes Asylantenheim ein Raub der Flammen wurde. Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) hat nun tapfer angekündigt, die Asylunterkünfte des Landes noch besser von der Polizei schützen zu lassen.

Vor wem? Davon wird klugerweise nicht gesprochen. Fast durchweg sind es andere Asylbewerber, welche Asylbewerber bedrohen oder attackieren. Das ist unangenehm, weil das Feindbild ja die Deutschen abgeben sollen. Auch deshalb ist „Tröglitz“ jetzt eine ganz große Nummer in den Medien. Da überhaupt noch keine „Flüchtlinge“ dort sind, können den Bau nur deutsche Nachbarn abgefackelt haben, so die Kalkulation. Also los.

Was das mit dem Fall Punge zu tun hat? Kommt jetzt: Bei der Gelegenheit haben wir nämlich ganz nebenbei erfahren, dass es in Sachsen-Anhalt bereits 2000 solcher Unterkünfte gibt, aber nur noch 6000 Polizisten. Wenn die Beamten ab sofort die Asylheime effektiv schützen sollen, haben sie für andere Sachen logischerweise weniger Zeit. Oder auch gar keine mehr. Die Sicherheit der steuerzahlenden Bürger gerät dabei zwangsläufig ins Hintertreffen. Schon jetzt schließen die sich an immer mehr Orten zu Bürgerwehren zusammen, um den Kampf gegen die grassierende Kriminalität in die eigenen Hände zu nehmen. Sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen angesichts der Welle von Dieben, die über die Grenze rollt.

Und die Politik macht nichts? Aber nein, hellhörig geworden treten führende Politiker immer energischer auf – gegen die Bürgerwehren. In Sachsens Innenministerium „schrillen die Alarmglocken“ wegen der privaten Patrouillen, Brandenburgs Regierung, die ihre Polizei massiv ausgedünnt hat, empfiehlt ihren Bürgern, sich doch lieber an die massiv ausgedünnte Polizei zu wenden. Das reiche für die Sicherheit der Brandenburger völlig aus.

Wegen der Bürgerwehren bestehe nämlich die Gefahr von „Selbstjustiz“, warnen die Politiker. Ein bezaubernder Einwand, wenn die Organe der Staatsjustiz entweder mit dem Schutz der ständig wachsenden Zahl von Asylheimen vollauf beschäftigt sind oder in Folge von Kürzungen gar nicht mehr existieren.

Gut, solange die Bürger von dem, was ihnen nicht geklaut wird, wenigstens artig Steuern zahlen für eine Polizei, die es für sie nicht mehr gibt, ist ja alles in Butter. Wenn jedoch das Dortmunder Beispiel Schule macht, dann erst wird es ernst.

Daher muss ein Weg gefunden werden, das Geld der Bürger komplett unter staatliche Kontrolle zu bringen. Und wie? Ganz einfach: Bargeldverbot! Renommierte Expertenkreise halten es mittlerweile für ausgemacht, dass das Verbot kommen wird, vielleicht schon in drei Jahren.

Was das soll? Man wird behaupten, dadurch würden Schwarzgeld und andere Verbrechen unmöglich gemacht. Auch Diebstahl wäre unmöglich, alles zu unserer Sicherheit also. In Wahrheit zielt das Verbot auf ganz was anderes. Wenn wir nur noch mit Karte bezahlen, kann man unsere Geldflüsse (und damit unser Leben) nicht bloß lückenlos kontrollieren. Man kann uns auch jederzeit das Geld wegnehmen. In Australien debattiert die Politik bereits eine Steuer auf Bankguthaben. Das dürfte hier auch bald kommen. Damit kann sich der Staat finanzieren, wie er will, und mit Negativzinsen könnte sich die Welt der Banken an uns schadlos halten. Solange wir aber die Möglichkeit besitzen, den Zaster zu Hause in bar aufzubewahren, könnten wir uns dem entziehen. Sobald es aber kein Bargeld mehr gibt, haben wir keine Chance mehr – alles perfekt.

Auch wenn er uns kaum noch schützen kann und das Land verrottet, benötigt der Staat Geld für wichtige Aufgaben. In Berlin ist gerade ein Programm angelaufen, um nach Deutschland zurückgesickerte „Ex-Dschihadisten“ auf der Suche nach einem neuen Leben zu unterstützen. Zunächst kostet das 115 000 Euro pro Jahr und gibt zwei Betreuern Lohn und Brot, die sich um 30 zurückgekehrte Kämpfer eines angeblich „heiligen Krieges“ liebevoll kümmern sollen.

Wie der „Tagesspiegel“ aufklärt, sind die Ex-Krieger „traumatisiert“ und „desillusioniert“ von dem, was sie als Angehörige einer Truppe von Massenmördern und Vergewaltigern erlebt haben. Die Armen.

Merkwürdig: Wer vor mehr als 70 Jahren auch nur indirekt (ohne selbst getötet zu haben) in den NS-Völkermord verwickelt gewesen sein soll, der landet auch mit über 90 Jahren noch vor Gericht. „Desillusionierte“ Ex-Mitglieder einer Mörderbande werden dagegen als „traumatisierte“ Opfer mit viel Steuergeld verständnisvoll in ein neues Leben geleitet, statt sie an der Grenze abzuweisen und zu ihren Komplizen zurückzuschicken oder sie wegen Beteiligung an einem Völkermord in Deutschland anzuklagen.

Nun ja, wer das nicht kapiert, der stimmt mit der „Elite“ in Politik und Medien eben nicht überein und ist daher ganz sicher eine Gefahr für Demokratie und Toleranz in Europa.

MEINUNGEN

***Christoph von Marschall** sieht die **EU** im „Tagesspiegel“ (29. März) vor dem **Zerreißen**:*

„Man muss weder ein Schwarzseher sein noch übertreiben, um für möglich zu halten, dass von Europa, wie wir es kennen und für etwas Gegebenes halten, bald nicht mehr viel übrig ist – nicht in ferner Zukunft, sondern in zwei, drei Jahren.“

*Für **Ulf Poschardt** degeneriert die Union nach dem Abgang von **Peter Gauweiler** immer mehr zu einem „braven Chor von Gefolgsleuten“. In der „Welt“ (1. April) schreibt er:*

„Er wird fehlen, weil Typen wie Gauweiler dünn gesät sind in der parlamentarischen Landschaft und auch nicht mehr nachwachsen. Die Angst vor dem Anecken, das Bibbern vor dem neoprotestantischen Sprach- und Moralkartell und der Mangel an eigenständigem Denken im bürgerlichen Lager wachsen: Die soliden Umfragewerte im Bund für die Union übertünchen die schleichende Glaubwürdigkeitserosion.“

*Für **Alexander Kissler** ist der **Feminismus** historisch **am Ende**. Im „Cicero“ (31. März) schreibt er:*

„Mit dem ‚Antifeminismus‘ (dessen Bekämpfung die neue Hauptaufgabe sein soll) hat der akademische Feminismus, noch immer staatlich alimentiert, eine finale Spielwiese gefunden. Er definiert sich nun im Gegenüber, im Kontra, im Ablehnen, nicht länger im Aufbauen und Fordern. Er kapituliert vor seinen eigenen Ansprüchen. Der Versuch, mit dem ‚Antifeminismus‘ einen Straftatbestand des Denkens zu etablieren, ein künftiges hate crime (Hass-Verbrechen), zeigt, wie rasch und endgültig dem Feminismus die Felle davon geschwommen sind. Er will drohen statt argumentieren, netzwerken statt aufklären.“

***Carsten Linnemann**, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, legt im Organ seines Verbandes „Mittelstands-Magazin“ (April-Nummer) den **Finger in die Wunde der „Euro-Rettung“**:*

„Heute rächt sich, dass der („Rettungsschirm“) ESM keinen Fahrplan beinhaltet, der aufzeigt, wie man mit Staaten umgeht, die die Auflagen nicht einhalten können oder wollen. Das macht die Währungsunion erpressbar. Erst recht dann, wenn EU-Kommissionspräsident Juncker wiederholt, dass ein Austritt Griechenlands ‚nicht passieren‘ wird.“

*Die Fernseh-Unterhalterin **Hella von Sinnen** regt sich in der „Bild“-Zeitung (4. April) über die **Engstirnigkeit** im deutschen Fernsehen auf:*

„In letzter Zeit stelle ich fest: Alles ist verboten. Ich empfinde das Fernsehen als engstirnig und reglementiert.“

***Günter Ederer** erklärt im renommierten Internet-Portal „Achse des Guten“ (4. April), warum Kanzlerin **Merkel** den Forderungen der **Griechen** immer wieder **nachgibt**:*

„Der ebenso inhaltlich wie taktisch falsche Satz der Angela Merkel: ‚Scheitert der Euro, scheitert Europa‘ beinhaltet doch auch, dass die kommunistische Tsipras-Regierung gerade machen kann, was sie will.“